Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Wirtschaft im Wandel

3/2012

28.03.2012, 18. Jahrgang

Oliver Holtemöller

Editorial

Jutta Günther, Matthias Brachert, Michael Barkholz

Aktuelle Trends: Headquarterlücke zwischen Ost- und Westdeutschland – Führungsfunktionen im Westen deutlich stärker vertreten (S. 79)

Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Kiel Economics

Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft überwindet die kurze Schwächephase

Die Risiken, die von der Schulden- und Vertrauenskrise in Europa ausgehen, haben zuletzt etwas nachgelassen; die Aussichten für die deutsche Konjunktur haben sich verbessert. Das Bruttoinlandsprodukt wird in Deutschland im Jahr 2012 um 1,3% und im Jahr 2013 um 2,2% zunehmen; die Arbeitslosenquote dürfte weiter sinken – auf 6,4% im Jahr 2012 und auf 6,1% im Jahr 2013. (S. 80)

Cornelia Lang

IWH-Industrieumfrage in Ostdeutschland zum Jahresauftakt 2012: Verarbeitendes Gewerbe nach Schwäche wieder zuversichtlicher

Im Jahr 2011 liefen die Geschäfte vor allem bei den Investitionsgüterherstellern gut. Für das Jahr 2012 sind die Erwartungen insgesamt zurückhaltender. Von steigenden Umsätzen geht nur noch die Hälfte der Unternehmen aus. Die Beschäftigungspläne sind per saldo im Plus. (S. 114)

Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage im Februar 2012: Stimmung am Bau etwas weniger euphorisch (S. 119)

Editorial

Die deutsche Konjunktur hat sich schnell von der erneuten Zuspitzung der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise erholt. Während die Wirtschaft im Euroraum im Jahr 2012 insgesamt wohl schrumpfen wird, nimmt die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland deutlich zu. Wo liegen die Unterschiede? Eine wichtige Rolle spielt der Arbeitsmarkt. Die Anzahl der Erwerbstätigen ist in Deutschland innerhalb der vergangenen fünf Jahre um 5% gestiegen – und das, obwohl die Bevölkerung rückläufig ist. Die Arbeitnehmerentgelte sind im gleichen Zeitraum um 14% gestiegen. Die Große Rezession 2008/2009 hat diesen mittelfristigen Trend nur kurz bremsen können. Man kann trefflich darüber diskutieren, welchen Beitrag die Arbeitsmarktreformen dazu geleistet haben. Nicht leugnen lässt sich aber, dass die positive Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen maßgeblich zur Verlagerung der Auftriebskräfte vom Außenhandel hin zur Binnennachfrage beigetragen hat. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat sich nämlich im vergangenen Jahr kaum verändert.

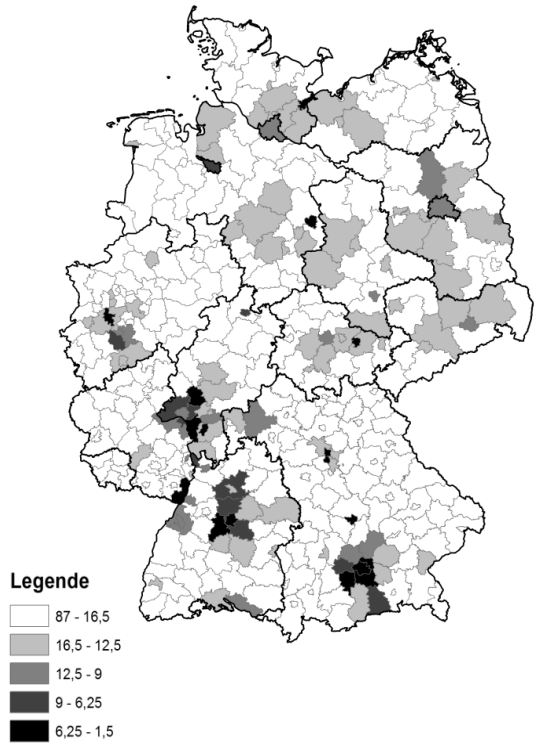
Zwar stimuliert zurzeit auch die expansive Geldpolitik die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in erheblichem Maße. Aber die Tatsache, dass die gemeinsame europäische Geldpolitik nicht in allen Ländern des Euroraums gleichermaßen stimulierend wirkt, zeigt, dass die strukturellen Faktoren entscheidend sind. Für die europäischen Partnerländer mit Schuldenproblemen und Anpassungsrezessionen lässt sich daraus der Schluss ableiten, dass die Bewältigung der Krise nur über die Optimierung der Arbeitsmarktinstitutionen funktionieren kann. Arbeitslosenquoten in der Größenordnung von 20% in Griechenland und Spanien bzw. knapp 15% in Portugal sprechen eine deutliche Sprache. Mit Transferleistungen hingegen können die strukturellen Probleme nicht gelöst werden: Denn Transferleistungen müssen keinesfalls im Empfängerland nachfragewirksam werden – auf dem europäischen Binnenmarkt kann jede Konsumentin und jede Investorin dort einkaufen, wo das Preis-Leistungs-Verhältnis am besten ist. Dass dies auch tatsächlich passiert, kann man daran ablesen, dass die Handelsbilanzsalden der Schuldnerstaaten noch immer negativ sind; Deutschland exportiert weiterhin auf Pump in diese Länder.

Die innerdeutsche Erfahrung zeigt zudem, dass auch Transfers über mehr als 20 Jahre hinweg nicht notwendigerweise zu einem Abbau struktureller Probleme führen. Es ist nicht zu ändern: Strukturelle Probleme können nicht durch Transfers nachhaltig gelöst werden, sondern nur mit struktureller Wirtschaftspolitik. Das ist freilich eine schwierige und langwierige Aufgabe. Niemand sollte deshalb erwarten, dass die Probleme in Griechenland, Spanien und Portugal in kurzer Zeit überwunden werden können.

Oliver Holtemöller
Leiter der Abteilung Makroökonomik

Headquarterlücke zwischen Ost- und Westdeutschland

- Führungsfunktionen im Westen deutlich stärker vertreten -



Region	Headquarterintensität*
Westdeutschland	17,1
Ostdeutschland (ohne Berlin)	20,2
Gesamtdeutschland	17,3

Region	Regionen mit höchster Headquarterintensität*
1. Erlangen (kreisfreie Stadt)	1,5
2. Wolfsburg (kreisfreie Stadt)	3,3
3. Ingolstadt (kreisfreie Stadt)	3,6
4. München (kreisfreie Stadt)	3,6
5. Landkreis München	4,3
6. Stuttgart (kreisfreie Stadt)	4,7
7. Landkreis Böblingen	4,7
8. Landkreis Germersheim	5,4
9. Jena (kreisfreie Stadt)	5,5
10. Landkreis Starnberg	5,7

* Die Headquarterintensität bezeichnet das Verhältnis von Beschäftigten in Fertigungsberufen zu Managern im Jahr 2010 im Verarbeitenden Gewerbe. **IWH**

Quelle: Darstellung des IWH basierend auf den Daten der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (2010). Führungsfunktionen im Verarbeitenden Gewerbe werden definiert als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Berufsgruppen 751 bis 763, Fertigungsberufe umfassen die Berufsgruppen 07 bis 43.

Für den weiteren Aufholprozess Ostdeutschlands spielen Headquarter, also Unternehmen mit Führungsfunktionen, eine wichtige Rolle. Führungs- bzw. Headquarterfunktionen generieren in ihrer Region nicht nur höhere Einkommen, sondern sind auch ein idealer Nährboden für regionale Spillovereffekte. Doch wie lässt sich die Headquarterintensität einer Region messen? In der vorliegenden Analyse werden Führungs- bzw. Headquarterfunktionen über typische Managementtätigkeiten definiert (Unternehmer, Geschäftsführer, Bereichsleiter etc.). Das Verhältnis von Fertigungs- zu Managementtätigkeiten in einer Region kann dann als Headquarterintensität betrachtet werden, und je kleiner der Quotient, umso headquarterintensiver die Region. Betrachtet man das Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2010, klafft zwischen Ost und West eine „Headquarterlücke“ (17 versus 20). Anders ausgedrückt: Das Verhältnis von Beschäftigten in Fertigungsberufen zu Managern ist im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe durchschnittlich rund 18% höher als in den Regionen Westdeutschlands. Nur wenige ostdeutsche Regionen wie Jena, Erfurt, Dresden oder Teltow-Fläming finden bisher Anschluss an die Ausstattung mit Headquarterfunktionen führender westdeutscher Regionen. Es zeigt sich aber auch, dass die schwache Präsenz von Führungsfunktionen kein ausschließlich ostdeutsches Phänomen ist. Auch in den westdeutschen Regionen findet sich eine sehr heterogene Ausstattung mit Führungsfunktionen, wenngleich sich fast alle deutschen Headquarterzentren in Westdeutschland befinden.

Jutta Günther (Jutta.Guenther@iwh-halle.de)
Matthias Brachert (Matthias.Brachert@iwh-halle.de)
Michael Barkholz (Michael.Barkholz@iwh-halle.de)

IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 18 (3), 2012, S. 80-113

Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft überwindet die kurze Schwächephase*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Kiel Economics**

Die Risiken, die von der Schulden- und Vertrauenskrise in Europa ausgehen und die deutsche Wirtschaft belasten, haben zuletzt etwas nachgelassen; die Aussichten für die deutsche Konjunktur haben sich verbessert. Das Bruttoinlandsprodukt wird in Deutschland nach der Schwächephase im Winterhalbjahr 2011/2012 im Jahr 2012 um 1,3% und im Jahr 2013 um 2,2% zunehmen; die Arbeitslosenquote dürfte weiter sinken – auf 6,4% im Jahr 2012 und auf 6,1% im Jahr 2013. Diese Entwicklung führt – trotz nachlassender Konsolidierungsbemühungen – zu einem raschen Abbau der öffentlichen Neuverschuldung.

Die Weltwirtschaft und die deutsche Wirtschaft sind deutlich besser ins Jahr 2012 gestartet, als im Herbst 2011 zu erwarten war. Damals schien die Gefahr groß, dass die deutsche Wirtschaft zusammen mit dem übrigen Euroraum neuerlich in eine Rezession abgleitet. Auch wenn die Risiken keineswegs verschwunden sind, stellen sie sich gegenwärtig deutlich geringer dar. Dies liegt vor allem daran, dass die europäische Wirtschaftspolitik in den vergangenen Monaten rascher und zielführender aktiv wurde, als dies im Herbst zu erwarten war. Unter den Maßnahmen, die seither ergriffen wurden, um die Finanzmärkte im Euroraum zu stabilisieren, waren jene der Europäischen Zentralbank (EZB) die wichtigsten. Ob die weitere Restrukturierung der Staatsschulden Griechenlands die Schulden- und Vertrauenskrise nicht doch noch zuspitzen wird, ist freilich zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen. Zudem werden die Krisenländer des Euroraums aufgrund der außerordentlich scharfen Konsolidierungsprogramme ein schweres Rezessionsjahr durchzustehen haben. Die Wahrscheinlichkeit eines „Lehman-II"-Ereignisses, etwa aufgrund eines Zusammenbruchs des Bankensystems in Südeuropa oder eines Auseinanderbrechens des Euroraums, ist jedoch deutlich gesunken.

Tabelle:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für Deutschland in den Jahren 2012 und 2013

	2011	2012	2013
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
private Konsumausgaben	1,5	1,3	1,3
Staatskonsum	1,4	1,5	1,3
Anlageinvestitionen	6,4	3,0	5,7
Ausrüstungen	7,5	3,5	7,9
Bauten	5,8	2,5	4,0
sonstige Anlagen	4,8	5,0	6,0
inländische Verwendung	2,3	1,6	2,3
Exporte	8,3	3,2	6,5
Importe	7,4	4,2	7,2
Bruttoinlandsprodukt	3,0	1,3	2,2
nachrichtlich: USA	1,7	2,1	2,4
Euroraum	1,4	−0,3	1,3
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Arbeitsvolumen, geleistet	1,7	0,4	0,5
Tariflöhne je Stunde	1,7	2,6	2,4
Effektivlöhne je Stunde	2,8	3,5	4,2
Lohnstückkosten[a]	1,2	2,4	2,3
Verbraucherpreisindex	2,3	2,3	2,5
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland)	41 100	41 444	41 636
Arbeitslose[b]	2 976	2 828	2 710
	in %		
Arbeitslosenquote[c]	6,8	6,4	6,1
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Finanzierungssaldo des Staates	−1,0	−0,5	0,3

[a] Berechnungen auf Stundenbasis. – [b] Nationale Definition – [c] Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; eigene Prognose (Stand: 14.03.2012).

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 8/2012 am 14. März 2012 veröffentlicht.

** Hans-Ulrich Brautzsch, Katja Drechsel, Andrej Drygalla, Makram El-Shagi, Oliver Holtemöller, Martina Kämpfe, Tobias Knedlik, Axel Lindner, Brigitte Loose, Birgit Schultz, Götz Zeddies (alle IWH), Carsten-Patrick Meier, Jonas Dovern (Kiel Economics).

Auch in den meisten übrigen Weltregionen hat sich die Wirtschaftslage etwas gebessert. In den USA setzt sich die Erholung langsam fort. Es scheint, dass die strukturellen Belastungen der US-Wirtschaft, insbesondere durch die Immobilienkrise, zwar fortbestehen, jedoch nach und nach an Gewicht verlieren. Auch in Asien lassen dämpfende Faktoren nach: Dort war die Konjunktur seit der Natur- und Nuklearkatastrophe im März 2011 bis in den Winter hinein recht schwach. Im Herbst kam die neuerliche Unterbrechung von Wertschöpfungsketten durch schwere Überschwemmungen in Thailand hinzu. Außerdem bremste die chinesische Wirtschaftspolitik mit ihrer Bekämpfung von Überhitzungserscheinungen an den Immobilienmärkten die Konjunktur. Seit der Jahreswende 2011/2012 hellen sich die Konjunkturerwartungen aber auch in China wieder auf.

Verschlechtert haben sich allerdings die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufgrund des starken Ölpreisanstiegs, ausgelöst vor allem durch die Spannungen um das Atomprogramm des Irans und die vielfachen Risiken im arabischen Raum. Weil auch die strukturellen Probleme in den USA nur langsam kleiner werden, die Krise im Euroraum andauern wird und zudem die Wachstumsdynamik in China – wirtschaftspolitisch durchaus gewollt – wohl nicht mehr die Dynamik der vergangenen Jahre erreichen wird, dürfte die Weltkonjunktur im Jahr 2012 trotz sehr expansiver Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nur mäßig Fahrt aufnehmen. Der Welthandel dürfte um lediglich 4,6% expandieren, und im Jahr 2013 um 6,6% – eine Rate, die in etwa dem langjährigen Mittel entspricht.

Vor diesem weltwirtschaftlichen Hintergrund bleibt die deutsche Konjunktur im ersten Quartal des Jahres 2012 noch relativ schwach, bevor sie wieder mehr Schwung aufnehmen dürfte. Zwar wurde die Geschäftslage im Februar erstmals seit vergangenem September wieder besser eingeschätzt als im Monat zuvor, und das Niveau des ifo Geschäftsklimaindikators ist im langjährigen Vergleich nach wie vor außerordentlich hoch. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe lag indes im Januar noch geringfügig unter ihrem Stand im Schlussquartal 2011, und auch der Auftragseingang in der Industrie war – um die durch Großaufträge verursachten, erheblichen Schwankungen korrigiert – schwach. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich der Produktionsanstieg dann aber deutlich beschleunigen und auch im kommenden Jahr nur wenig an Schwung verlieren. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen sind bereits seit vergangenem Herbst aufwärtsgerichtet. Das Konsumklima hat sich ebenfalls verbessert, und die deutschen Aktienindizes befinden sich im Aufwind. Die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt wird die Einkommen steigen lassen, was positiv auf den privaten Konsum wirken wird. Hinzu kommt, dass die einheitliche Geldpolitik im Euroraum für Deutschland nach wie vor ausgesprochen expansiv ist und die Binnennachfrage auch von dieser Seite stimuliert wird. Insbesondere die Investitionen dürften dann wieder auf breiterer Basis zulegen. Insgesamt ist eine Überauslastung der deutschen Wirtschaft zu erwarten, die auch zu einem höheren Lohn- und Preisauftrieb als in den vergangenen Jahren führen wird.

Nach dieser Prognose wird das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2012 um 1,3% und im Jahr 2013 um 2,2% zunehmen. Für das Jahr 2012 liegt das 66%-Prognoseintervall zwischen 0,4% und 2,1%; im Jahr 2013 reicht es von 0% bis 4,4%. Die Arbeitslosenquote dürfte weiter sinken – auf 6,4% im Jahr 2012, und auf 6,1% im Jahr 2013. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte im laufenden Jahr mit 2,2% nur wenig geringer ausfallen als im vergangenen Jahr; 2013 dürfte er auf 2,3% anziehen.

Diese Entwicklung führt auch zu Mehreinnahmen der öffentlichen Haushalte. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt verringert sich das Defizit des Staates voraussichtlich auf 0,5% im Jahr 2012. Für das Jahr 2013 wird für die öffentlichen Haushalte ein positiver Finanzierungssaldo erwartet. Dieser ist allerdings rein konjunkturell bedingt, der strukturelle Finanzierungssaldo bleibt weiterhin negativ.

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E60

Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, Finanzmärkte, öffentliche Finanzen, Geldpolitik, Finanzpolitik, Weltwirtschaft, Deutschland, Ostdeutschland, Arbeitsmarkt

Überblick

Die Weltwirtschaft und die deutsche Wirtschaft sind deutlich besser ins Jahr 2012 gestartet, als im Herbst 2011 zu erwarten war. Damals schien die Gefahr groß, dass die deutsche Wirtschaft zusammen mit dem übrigen Euroraum neuerlich in eine Rezession abgleitet. Nach der abermaligen Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum im Sommer, bei der nun auch italienische Staatsanleihen unter massiven Druck gerieten, waren die Aktienkurse weltweit drastisch gefallen, und die Umfrageindikatoren hatten sich deutlich verschlechtert. Mit den Krisenstaaten hatten auch deren wichtigste Gläubiger, nämlich die Banken im Euroraum, massiv an Bonität verloren, und eine europäische Bankenkrise schien unmittelbar bevorzustehen.

Auch wenn die Risiken keineswegs verschwunden sind, stellen sie sich gegenwärtig deutlich gerin-

ger dar. Dies liegt vor allem daran, dass die europäische Wirtschaftspolitik in den vergangenen Monaten rascher und zielführender aktiv wurde, als dies im Herbst zu erwarten war. Unter den Maßnahmen, die seither ergriffen wurden, um die Finanzmärkte im Euroraum zu stabilisieren, waren jene der Europäischen Zentralbank (EZB) die wichtigsten. Da viele europäische Banken offenbar nicht mehr in der Lage waren, ihren Finanzierungsbedarf am Kapitalmarkt zu decken, beschloss die EZB Anfang Dezember, den Banken Zentralbankliquidität in unbegrenztem Umfang erstmalig für die Dauer von drei Jahren anzubieten. Zudem lockerte sie erneut die Anforderungen an die von den Banken bei diesen Refinanzierungsgeschäften zu hinterlegenden Sicherheiten. Bei den Zuteilungsrunden im Dezember und im Februar wurden jeweils Rekordsummen von etwa 500 Mrd. Euro nachgefragt, insbesondere von Banken aus Südeuropa. Im Januar stellte sich ein deutlicher Rückgang der Risikoprämien für die Schuldtitel der Krisenstaaten ein: Einerseits wurde wohl ein Teil der Liquidität zum Kauf dieser Titel benutzt, andererseits schätzten die Märkte nun das Risiko einer durch Bankenkrisen ausgelösten Staatsinsolvenz deutlich geringer ein.

Doch auch die Reformbemühungen in den Krisenstaaten selbst haben wohl zur Beruhigung der Lage beigetragen. In Griechenland, Spanien und Italien wurden im November und Dezember die bisherigen politischen Führungen von stärker reformorientierten Regierungen abgelöst. In Italien und Spanien wurden bereits zahlreiche Reformen nicht zuletzt im Bereich des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme durchgesetzt. Wenn der im Dezember auf europäischer Ebene beschlossene Fiskalpakt auch substanziell wenig Neues brachte, war er doch Ausdruck der Entschlossenheit unter den Regierungen des Euroraums, die Krise gemeinsam zu bewältigen. Ob die weitere Restrukturierung der Staatsschulden Griechenlands die Schulden- und Vertrauenskrise nicht doch noch zuspitzen wird, ist freilich zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen. Zudem werden die Krisenländer des Euroraums aufgrund der außerordentlich scharfen Konsolidierungsprogramme ein schweres Rezessionsjahr durchzustehen haben. Die Wahrscheinlichkeit eines „Lehman-II"-Ereignisses, etwa aufgrund eines Zusammenbruchs des Bankensystems in Südeuropa oder eines Auseinanderbrechens des Euroraums, ist jedoch deutlich gesunken.

Auch in den meisten übrigen Weltregionen hat sich die Wirtschaftslage etwas gebessert. In den USA setzt sich die Erholung langsam fort. Es scheint, dass die strukturellen Belastungen der US-Wirtschaft, insbesondere durch die Immobilienkrise, zwar fortbestehen, aber nach und nach an Gewicht verlieren. Auch in Asien lassen dämpfende Faktoren nach: Dort war die Konjunktur seit der Natur- und Nuklearkatastrophe im März 2011 bis in den Winter hinein recht schwach. Im Herbst kam die neuerliche Unterbrechung von Wertschöpfungsketten durch schwere Überschwemmungen in Thailand hinzu. Außerdem bremste die chinesische Wirtschaftspolitik mit ihrer Bekämpfung von Überhitzungserscheinungen an den Immobilienmärkten die Konjunktur. Seit der Jahreswende 2011/2012 hellen sich die Konjunkturerwartungen aber auch in China wieder auf.

Verschlechtert haben sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen allerdings aufgrund des starken Ölpreisanstiegs (im Februar von 110 auf 123 US-Dollar für ein Barrel der Sorte Brent), ausgelöst vor allem durch die Spannungen um das Atomprogramm des Irans und die vielfachen Risiken im arabischen Raum. Die Impulse aus höheren Einnahmen für Ölexportländer wie Russland wiegen die Belastungen für die übrige Welt nicht auf. Weil auch die strukturellen Probleme in den USA nur langsam kleiner werden, die Krise im Euroraum andauern wird und zudem die Wachstumsdynamik in China – wirtschaftspolitisch durchaus gewollt – wohl nicht mehr die Dynamik der vergangenen Jahre erreichen wird, dürfte die Weltkonjunktur im Jahr 2012 trotz sehr expansiver Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nur mäßig Fahrt aufnehmen. Der Welthandel dürfte um lediglich 4,6% expandieren, und im Jahr 2013 um 6,6% – eine Rate, die in etwa dem langjährigen Mittel entspricht.

Vor diesem weltwirtschaftlichen Hintergrund bleibt die deutsche Konjunktur im ersten Quartal des Jahres 2012 noch relativ schwach, bevor sie wieder mehr Schwung aufnehmen dürfte. Insbesondere wird die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt die Einkommen steigen lassen, was positiv auf den privaten Konsum wirken wird. Hinzu kommt, dass die einheitliche Geldpolitik im Euroraum für Deutschland nach wie vor ausgesprochen expansiv ist und die Binnennachfrage auch von dieser Seite stimuliert wird. Insgesamt ist eine Überauslastung der deutschen Wirtschaft zu erwarten, die auch zu einem höheren Lohn- und Preisauftrieb als in den vergangenen Jahren führen wird. Nach dieser Prognose wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland im Jahr 2012 um 1,3% und im Jahr 2013 um 2,2% zunehmen; die Arbeitslosenquote dürfte weiter sinken – auf 6,4% im Jahr 2012, und auf 6,1% im Jahr 2013. Diese Entwicklung führt

auch zu Mehreinnahmen der öffentlichen Haushalte. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt verringert sich das Defizit des Staates auf 0,5% im Jahr 2012. Für das Jahr 2013 wird für die öffentlichen Haushalte ein positiver Finanzierungssaldo erwartet. Dieser ist allerdings rein konjunkturell bedingt, der strukturelle Finanzierungssaldo bleibt weiterhin negativ.

Internationale Konjunktur

Stabile Erholung in den USA

Nach einem enttäuschenden ersten Halbjahr 2011 hat sich die Konjunktur in den USA zum Jahresende deutlich beschleunigt; das reale Bruttoinlandsprodukt legte im vierten Quartal um 0,7% zu. Getragen wurde die Expansion neben dem privaten Verbrauch vor allem von einem kräftigen Lageraufbau und den Wohnungsbauinvestitionen. Dämpfend wirkten dagegen der öffentliche Sektor, der Außenhandel und die gewerblichen Bauinvestitionen, die allerdings in den beiden Vorquartalen sehr stark zugelegt hatten.

Etwas verbessert zeigte sich zuletzt der Arbeitsmarkt: In den Wintermonaten wurden jeweils deutlich mehr als 200 000 Arbeitsplätze geschaffen, und die Arbeitslosenquote sank im Februar auf 8,3%. Setzt sich diese Dynamik fort, erscheint – auch aufgrund des strukturellen Rückgangs der Partizipationsquote – bis zum Jahresende ein Rückgang auf gut 7½% realistisch (vgl. Kasten 1). Allerdings geht dieser Rückgang mit einem im Vergleich zu früheren Aufschwüngen schwächeren Aufbau der Beschäftigung einher, weil die Partizipationsquote, anders als in der Vergangenheit, im Aufschwung nicht merklich steigen dürfte. Trotzdem wird sich die Stimmung der privaten Haushalte in den kommenden Monaten wohl weiter aufhellen, und der Anstieg der privaten Einkommen wird sich im Jahresverlauf merklich beschleunigen, was die Konsumnachfrage stimulieren wird.

Im Immobiliensektor bleibt die Lage weiterhin angespannt, es dürfte aber eine Bodenbildung erfolgt sein: Die Immobilienpreise gaben zwar bis zuletzt leicht nach, wodurch der Anteil der beliehenen Wohnimmobilien mit einem Marktwert unterhalb der Hypothekenschuld zum Jahresende 2011 auf 22,8% stieg. Positiv ist hingegen zu vermerken, dass die Investitionen in Wohneigentum im vierten Quartal bereits das dritte Mal in Folge einen positiven Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leisteten und erstmals seit dem Jahr 2005 per saldo Arbeitsplätze im Bausektor geschaffen wurden. Niedrige Immobilienpreise sowie günstige Finanzierungsbedingungen dürften bei steigenden Einkommen und sinkender Verschuldung der privaten Haushalte die Nachfrage nach Wohnbauten weiter anregen. Bei zuletzt sehr niedriger Bauaktivität wird dies voraussichtlich dazu führen, dass der Bestand an zum Verkauf stehenden Häusern deutlich abgebaut wird. In der Folge werden die Wohnungsbauinvestitionen im Verlauf des Prognosezeitraums wohl stark zulegen.

Um ihre Politik transparenter zu kommunizieren, hat die US-Notenbank (Fed) erstmals ein explizites Inflationsziel (mittelfristig 2%) benannt und damit begonnen, die Erwartungen der Mitglieder ihres Entscheidungsgremiums über die Zinsentwicklung zu veröffentlichen. Aus den aktuellen Erwartungen geht hervor, dass der historisch niedrige Zins wohl bis Ende 2014 beibehalten wird. Zusätzliche Anleihekäufe, also eine Ausweitung der Maßnahmen zur quantitativen Lockerung, wie sie vereinzelt noch im Spätherbst gefordert wurden, erscheinen dagegen vor dem Hintergrund einer anziehenden Konjunktur und einer Aufhellung am Arbeitsmarkt zunehmend weniger wahrscheinlich. Insgesamt bleibt die Geldpolitik sehr expansiv ausgerichtet.

Die Finanzpolitik hingegen wirkt aufgrund auslaufender Stimuli schon seit geraumer Zeit restriktiv, obgleich weniger stark als erwartet wurde, da – nicht zuletzt aus wahlkampftaktischen Überlegungen – deutlichere Sparanstrengungen ausbleiben bzw. sozialpolitische Maßnahmen verlängert wurden. Die im vergangenen Sommer überparteilich vereinbarten automatischen Ausgabenkürzungen werden erst mit Beginn des Fiskaljahres 2013 (im Oktober) einsetzen. Inwiefern diese und andere straffende Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden, wird nicht zuletzt von den politischen Verhältnissen nach den Präsidentschafts- und Kongresswahlen im November abhängen; in dieser Prognose wird die derzeitige Rechtslage unterstellt.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr wohl um 2,1% zunehmen, und im Jahr 2013 um 2,4% (vgl. Abbildung 2). Bei sich leicht schließender Produktionslücke und einer stagnierenden Partizipationsquote wird die Arbeitslosenquote sinken; im Durchschnitt dürfte sie dieses Jahr bei 8,1% und im kommenden Jahr bei 7,5% liegen (vgl. Tabelle 1). Aufgrund der immer noch geringen Auslastung der gesamtwirtschaft-

Kasten 1:
Zur voraussichtlichen Entwicklung des US-Arbeitsmarktes

Die Erholung der US-Konjunktur verläuft im aktuellen Aufschwung nur schleppend. Dies zeigt sich am deutlichsten auf dem Arbeitsmarkt: Verglichen mit früheren Rezessionen erholt sich die Beschäftigung deutlich langsamer; gleichzeitig ist die Arbeitslosenquote immer noch hoch, und die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist die höchste seit mehr als 50 Jahren. Eine Normalisierung auf dem Arbeitsmarkt scheint für eine Stärkung der privaten Nachfrage der Haushalte jedoch unabdingbar. Der jüngste Rückgang der Arbeitslosenquote war vor diesem Hintergrund auf den ersten Blick ein positives Zeichen für die Konjunktur. Im Folgenden wird untersucht, mit welcher Dynamik am Arbeitsmarkt in den kommenden Quartalen zu rechnen ist.

Bei der Prognose der Arbeitslosenquote ist zu beachten, dass deren Dynamik eine Asymmetrie über den Konjunkturzyklus aufweist: In Rezessionen steigt die Quote schnell und heftig an, während sie in den anschließenden Aufschwungphasen nur allmählich zurückgeht. Lineare Regressionsmodelle können diese Eigenschaft nicht abbilden. Dagegen bieten sich so genannte Schwellenwertmodelle (threshold models) an, um die unterschiedlichen Dynamiken der beiden Regime zu modellieren.

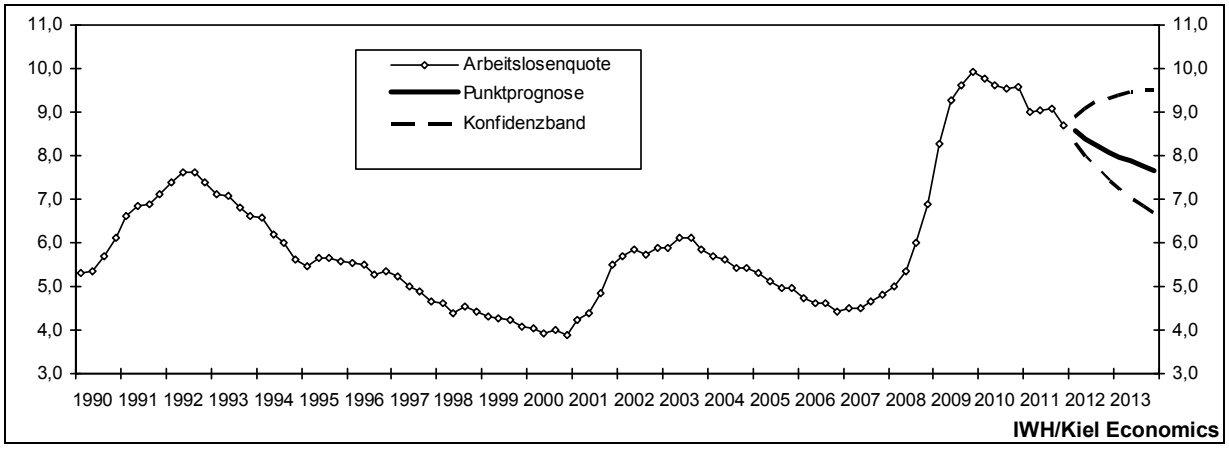
Im Folgenden wird davon ausgegangen, dass die vierteljährige Veränderung der Arbeitslosenquote (*dAQ*) als Funktion ihrer eigenen Verzögerten sowie der relativen Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktes (*dBIP*) und der Abweichung der Arbeitslosenquote von ihrem Trendwert (NAIRU)[a] beschrieben werden kann. In einem ersten Modellierungsschritt verwerfen sowohl Tests nach *Tsay* (1989) als auch nach *Hansen* (1996)[b] eindeutig die Hypothese, dass es keinen Schwellenwert gibt, an dem sich die Dynamik von *dAQ* verändert. Dabei gibt es die stärkste Evidenz für einen Bruch in der Dynamik für einen Schwellenwert von 0,1 Prozentpunkten für die erste Verzögerte von *dAQ*, also einen leichten Anstieg der Arbeitslosenquote. In einem zweiten Modellierungsschritt wird auf Basis von Daten für den Zeitraum zwischen dem ersten Quartal 1960 und dem vierten Quartal 2011 für jedes der beiden Regime eine Regressionsgleichung spezifiziert (alle Koeffizienten sind nach einem 1%-Signifikanzniveau von 0 verschieden):

$$dAQ_t = \begin{cases} 0{,}24 + 0{,}40\, dAQ_{t-1} - 0{,}07 dBIP_t + e_t^1 & \text{, wenn } dAQ_{t-1} > 0{,}1 \\ 0{,}12 + 0{,}14 dAQ_{t-2} - 0{,}04 dBIP_t - 0{,}01 dBIP_{t-1} - 0{,}05(AQ_{t-1} - \text{NAIRU}_{t-1}) + e_t^2 & \text{, wenn } dAQ_{t-1} \leq 0{,}1 \end{cases}$$

Es zeigt sich, dass der Prozess bei merklich steigender Arbeitslosenquote deutlich persistenter ist als im anderen Regime. Außerdem reagiert die Quote in Abschwüngen zum einen stärker und schneller auf Schwankungen des Bruttoinlandsproduktes, und zum anderen wirkt dann kein systematischer Korrektureffekt hin zur NAIRU.[c]

Für die derzeitige Situation und bedingt auf unsere Prognose des Konjunkturverlaufs zeigt das Schwellenwertmodell einen Rückgang der Arbeitslosenquote von rund 8,5% im laufenden Quartal bis auf 7,7% im vierten Quartal 2013 an (vgl. Abbildung 1). Das Konfidenzband (90%-Konfidenzniveau) ist allerdings relativ groß. Ende 2013 reicht es von gut 6,7% bis knapp 9,5%. Die Breite der Spanne reflektiert unvorhersehbare Schocks, die den Arbeitsmarkt während des Prognosehorizonts treffen können, sowie alle Aspekte, die mit dem Modell nicht abgebildet werden.

Abbildung 1:
Verlauf der Arbeitslosenquote
- in % -



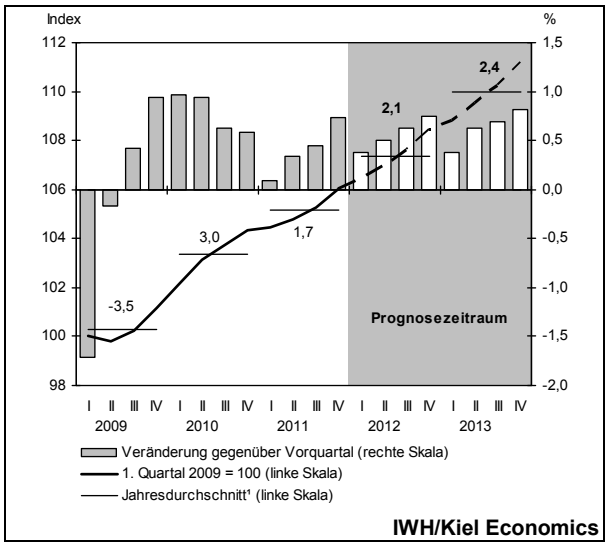
Quellen: Bureau of Labor Statistics; eigene Prognose.

Dazu gehört vor allem die konjunkturell oder demographisch bedingte Entwicklung der Partizipationsquote. So ist beispielsweise der Rückgang der Arbeitslosenquote um 0,7 Prozentpunkte seit September vor allem durch den parallelen Rückgang der Partizipationsquote um 0,4 Prozentpunkte zu erklären.[d] Für die künftige Entwicklung der Arbeitslosenquote ist somit von entscheidender Bedeutung, zu welchem Grad sich der Rückgang der Partizipationsquote auf strukturelle oder zyklische Faktoren zurückführen lässt. Zyklische Faktoren dürften im Prognosezeitraum in Richtung steigender Partizipationsquote wirken: Im Zuge einer voranschreitenden Erholung und verbesserter Jobchancen werden wieder mehr Personen auf den Arbeitsmarkt drängen. Strukturelle Faktoren wirken dagegen eher in die andere Richtung: Die geburtenreichen Jahrgänge der „Babyboomer" erreichen ein Alter, in dem sie sich mehr und mehr aus der Erwerbstätigkeit zurückziehen. Gleichzeitig sinkt der Anteil der so genannten „Prime-age"-Kohorten (25 bis 54 Jahre), die durch die höchste Partizipation gekennzeichnet sind. Darüber hinaus stagniert mittlerweile die Partizipationsquote der Frauen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kontinuierlich gestiegen ist.[e]

Die jährliche Datenrevision des Bureau of Labor Statistics auf Basis der Volkszählung 2010 weist einen strukturell bedingten Rückgang der Quote aus.[f] Für den Prognosezeitraum ist davon auszugehen, dass sich dieser Effekt weiter fortsetzt.[g] Zyklische Faktoren werden – anders als bei vergangenen Rezessionen – weniger stark wirken, sodass sich beide Effekte ausgleichen und die Partizipationsquote bis Ende 2013 konstant bleiben dürfte. Für die Projektion der Arbeitslosenquote hieße dies, dass der Rückgang wohl etwas stärker sein wird, als es die Punktschätzung auf Basis des Schwellenwertmodells nahelegt.

[a] Es wird auf die NAIRU-Schätzung des Congressional Budget Office (CBO) der USA zurückgegriffen. – [b] *Hansen, B.* (1996): Inference when a Nuisance Parameter is not Identitifed under the Null Hypothesis, in: Econometrica, Vol. 64 (2), 413-430, und *Tsay, R.* (1989): Testing and Modeling Threshold Autoregressive Processes, in: Journal of American Statistical Association, Vol. 84 (405), 231-240. – [c] Eine Out-of-Sample-Analyse zeigt für den Zeitraum von 1990 bis 2011, dass die Wurzel des mittleren quadratischen Prognosefehlers (RMSFE) für die aus dieser Modellspezifikation abgeleiteten Prognosen der Arbeitslosenquote deutlich kleiner ist als bei einer linearen Spezifikation, bei der die gleichen erklärenden Variablen zugelassen werden. (Die Prognosen werden dabei jeweils auf den tatsächlichen Verlauf der Veränderungsraten des Bruttoinlandsproduktes und die NAIRU-Schätzung bedingt.) Der Vorsprung in der Prognosegüte nimmt für größer werdende Prognosehorizonte zu: Für das jeweils nächste Quartal beträgt er knapp 5% relativ zum Vergleichsmodell; bei einem Prognosehorizont von acht Quartalen liegt der Vorteil sogar bei 32 %. – [d] Die Beschäftigungsquote ist im gleichen Zeitraum nahezu konstant geblieben. – [e] *Silvia, J. E.; Iqbal, A.; Watt, S.* (2012): Three Measures of a Healthy Labor Market: A Cyclical View, March 6, 2012. Economics Group, Wells Fargo Securities, LLC. – [f] Zwischen 2000 und 2010 ist demnach die Partizipationsrate kumuliert um 0,3 Prozentpunkte stärker gesunken als zuvor angenommen. Grund hierfür waren neue Erkenntnisse zur demographischen Entwicklung, insbesondere ein höherer Anteil 55- bis 64-Jähriger, die durch wesentlich geringere Partizipationsraten gekennzeichnet sind. – [g] Strukturelle Faktoren allein würden die Quote zum Jahresende auf 63,1% senken. *Stehn, S. J.* (2011): Labor Force Participation: Only a Small Rebound in Sight, in: US Economics Analyst, 11/04, February 11, 2011. Goldman Sachs Global ECS Research und *Stehn, S. J.* (2012): Labor Force Participation: Cyclical Boost, Structural Drag, US Daily, February 6, 2012. Goldman Sachs Global ECS Research.

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
- Saisonbereinigter Verlauf -



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2012: eigene Prognose.

Tabelle 1:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2011	2012	2013
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
reales Bruttoinlandsprodukt	1,7	2,1	2,4
privater Konsum	2,2	1,7	2,1
Staatskonsum und -investitionen	−2,1	−1,5	−1,5
private Bruttoanlage-investitionen	6,7	7,6	7,2
inländische Verwendung	1,6	1,9	2,2
Exporte	6,8	4,8	5,6
Importe	4,9	3,0	3,8
Außenbeitrag[a]	0,1	0,1	0,1
Verbraucherpreise	3,2	2,1	1,8
	in % des nominalen Bruttoinlandsproduktes		
Budgetsaldo[b]	−8,7	−7,3	−4,9
Leistungsbilanzsaldo	−3,1	−2,9	−2,7
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote	9,0	8,1	7,5

[a] Wachstumsbeitrag. – [b] Bundesstaat, Fiskaljahr.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; eigene Prognose.

lichen Kapazitäten ist, trotz extrem expansiver Geldpolitik, nur mit einer Preissteigerung von 2,1% in diesem und 1,8% im kommenden Jahr zu rechnen.

Anzeichen für ein Wiederanziehen der Konjunktur in Asien

In fast allen Ländern Asiens war die konjunkturelle Dynamik im Jahr 2011 seit dem Frühjahr und bis in den Spätherbst hinein schwach. Das gilt im besonderen Maß für die kleineren ostasiatischen Volkswirtschaften wie Taiwan oder Singapur, denn diese sind aufgrund ihres hohen Offenheitsgrads von der Schwäche des Welthandels besonders betroffen. Zum einen blieb die Nachfrage aus dem krisengeschüttelten Europa schwach, zum anderen waren zwei Angebotsschocks zu verkraften: vor allem die Natur- und Nuklearkatastrophe in Japan vom März, aber im September und Oktober auch verheerende Überschwemmungen in Thailand. Internationale Lieferketten wurden dadurch für Monate unterbrochen. Mit dem Nachlassen der Effekte dieser Angebotsschocks deutet sich seit der Jahreswende eine Belebung des asiatischen Außenhandels an, und die Konjunkturerwartungen haben sich vielerorts etwas aufgehellt.

In Japan hat die wirtschaftliche Erholung mit dem Rückgang der Produktion im letzten Quartal des Jahres 2011 wohl nur vorübergehend ausgesetzt. Denn der Rückschlag kam vorwiegend vom Außenhandel, wohl auch aufgrund der Stärke des Yens, während privater und öffentlicher Konsum sowie die Bruttoanlageinvestitionen weiter zunahmen. Wiederaufbauaktivitäten werden die Konjunktur im Jahr 2012 stützen, und es wird wohl zu einem Produktionszuwachs von knapp 2% kommen (nach −0,9% im Jahr 2011). Längerfristige Folgen hat die Katastrophe für die japanische Handelsbilanz: Diese ist seit April negativ, und nur dank der Erträge aus den umfangreichen japanischen Auslandsvermögen werden weiter Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet. Der höhere Bedarf an Importen fossiler Energieträger aufgrund der Stilllegung von Kernkraftwerken wird die Leistungsbilanz wohl auch in den kommenden Jahren belasten.

Vergleichsweise moderat fiel die konjunkturelle Abschwächung in China aus. Nach Angaben der amtlichen Statistik verlangsamte sich der Produktionszuwachs von 2,3% im dritten Quartal auf 2% im vierten. Die Ursachen liegen hier neben der schwachen Auslandsnachfrage in der Abkühlung des Immobiliensektors, die wirtschaftspolitisch durchaus gewollt ist. Mit dem Stromverbrauch und der Transportleistung des Schienenverkehrs deuten zwei gute Indikatoren für die gesamtwirtschaftliche Aktivität in China auf eine wieder kräftigere Zunahme der Produktion im Winter hin. Für das Jahr 2012 ist mit einer Zuwachsrate der Produktion von 8% zu rechnen, nach 9,2% im Jahr 2011.

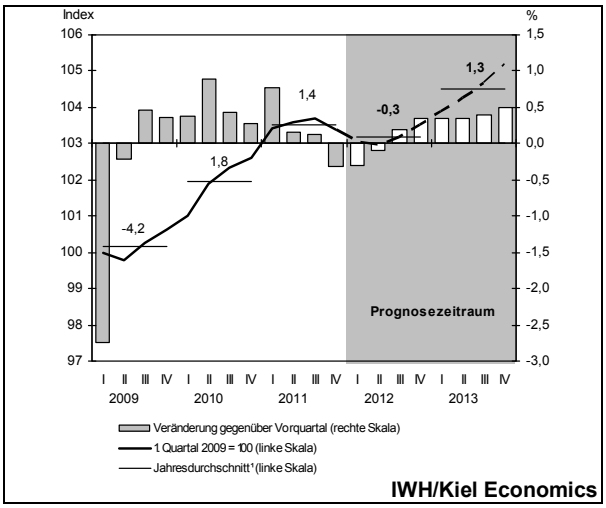
Deutlicher war die Abschwächung in Indien. Die hohe Konsumentenpreisinflation von etwa 9% hatte die Notenbank zu einer Verschärfung des geldpolitischen Kurses gezwungen. Eine spürbare Verlangsamung der Investitionsdynamik im Schlussquartal des Jahres 2011 war die Folge. Ein Rückgang der Inflation auf gut 5% im Winter gibt der indischen Notenbank Spielraum zu einer vorsichtigen Lockerung ihres Kurses. Unter dieser Annahme scheint ein Produktionszuwachs von knapp 7% für das Jahr 2012 erreichbar, nach 7,4% im Jahr 2011. Was für Indien gilt, trifft wohl für Asien insgesamt zu: Die Aussichten sind gut, dass sich die kräftige Wachstumsdynamik der vergangenen Jahre auch 2012 fortsetzt, allerdings mit etwas niedrigeren Raten. Darüber hinaus ist der jüngste starke Ölpreisanstieg gerade für die energiehungrigen ostasiatischen Volkswirtschaften ein erhebliches Konjunkturrisiko.

Europäische Union

Euroraum: Scharfe Rezession in Südeuropa

Im Euroraum ist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage Ende 2011 um 0,3% gesunken (vgl. Abbildung 3). Die Konjunktur war schon seit dem Früh-

Abbildung 3:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
- Saisonbereinigter Verlauf -



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

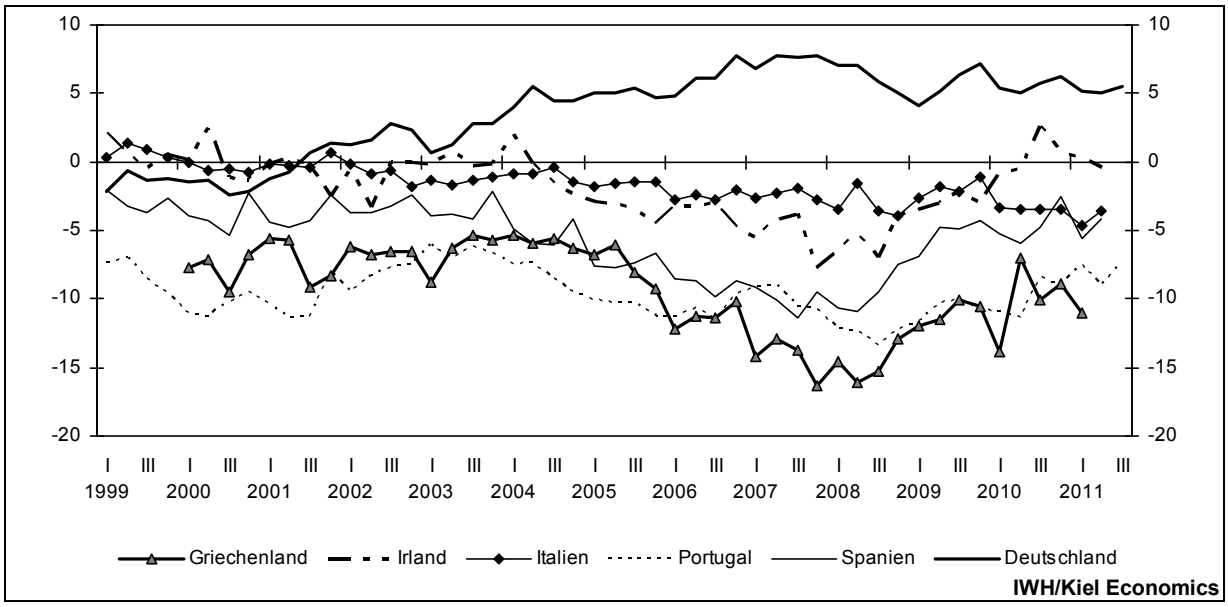
Quellen: Eurostat; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2012: eigene Prognose.

Kasten 2:
Zu den Anpassungsprozessen in Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien

Die aktuell für den Erfolg der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion entscheidende Frage ist, ob es den Ländern mit öffentlichen Finanzierungsproblemen zeitnah gelingt, auf einen Wachstumspfad zurückzukehren. Dazu müssen die als wichtige Krisenursache erkannten makroökonomischen Ungleichgewichte abgebaut werden. Insbesondere muss sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder deutlich verbessern, damit die Leistungsbilanzdefizite deutlich zurückgehen. Damit würde auch die Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung erhöht. Um zu analysieren, ob die Länder auf einem guten Weg sind, die notwendigen Anpassungsprozesse zu initiieren, werden im Folgenden eine Reihe von makroökonomischen Indikatoren geprüft.

Die Leistungsbilanzdefizite der betrachteten Länder gehen insgesamt seit dem Jahr 2008 deutlich zurück (vgl. Abbildung 4). Allerdings bleiben die Salden in den meisten Ländern massiv im negativen Bereich. Eine Ausnahme stellt Irland dar, das im Jahr 2010 sogar einen positiven Saldo aufwies.

Abbildung 4:
Leistungsbilanzsalden
- in % in Relation zum BIP, saisonbereinigte Quartalsdaten -

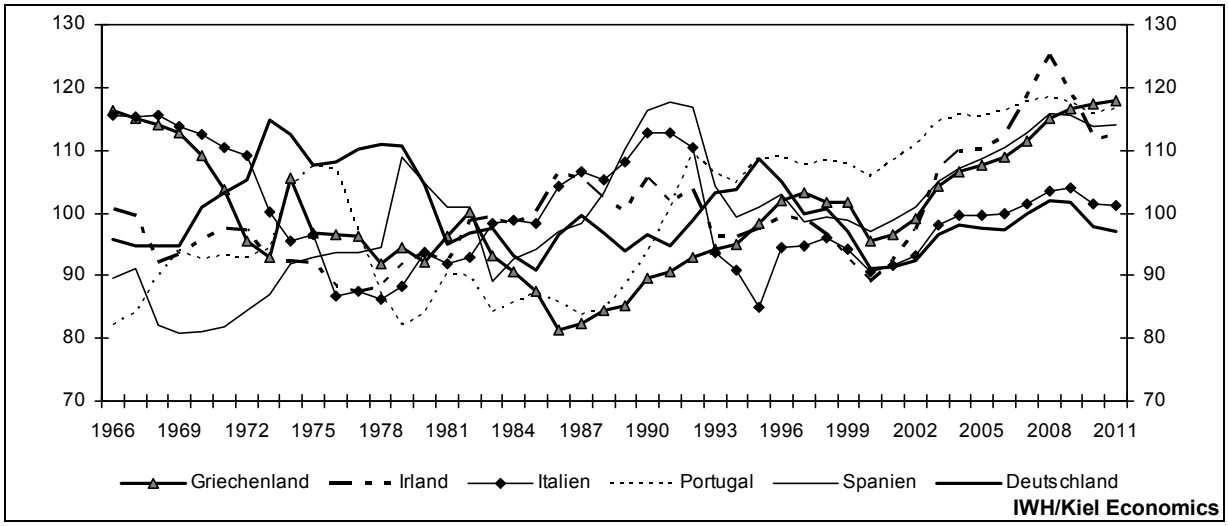


Quellen: OECD; Main Economic Indicators.

Die schnelle Erholung in Irland gelingt auch aufgrund einer recht starken realen Abwertung, während die realen effektiven Wechselkurse in den übrigen betrachteten Ländern in etwa stagnieren. Dabei sind die realen Wechselkurse in allen Ländern – bis auf Italien – noch immer auf einem recht hohen Niveau (vgl. Abbildung 5). Ein Blick auf die Entwicklung des realen effektiven (auf den langfristigen Mittelwert normierten) Wechselkurses ermöglicht eine grobe Abschätzung der derzeitigen realen Überbewertung. Da die lange Zeitspanne Perioden mit begrenzter Anpassungsfähigkeit der Preise und Wechselkurse beinhaltet, werden verschiedene Mittelwerte betrachtet.[a] Demnach wären die realen effektiven Wechselkurse im Jahr 2011 in Griechenland um zwischen 18% und 27%, in Irland um 12% bis 16%, in Italien um 1% bis 4%, in Portugal um 15% bis 23% und in Spanien um 10% bis 18% überwertet. Eine solche Abschätzung unterstellt, dass der reale effektive Wechselkurs im Durchschnitt in etwa einem neutralen Wert entsprach. Die Annahme ignoriert den Balassa-Samuelson-Effekt, der zu einer gleichgewichtigen realen Aufwertung in aufholenden Volkswirtschaften führt. Demnach sind die geschätzten Abwertungsbedarfe als Obergrenzen anzusehen.

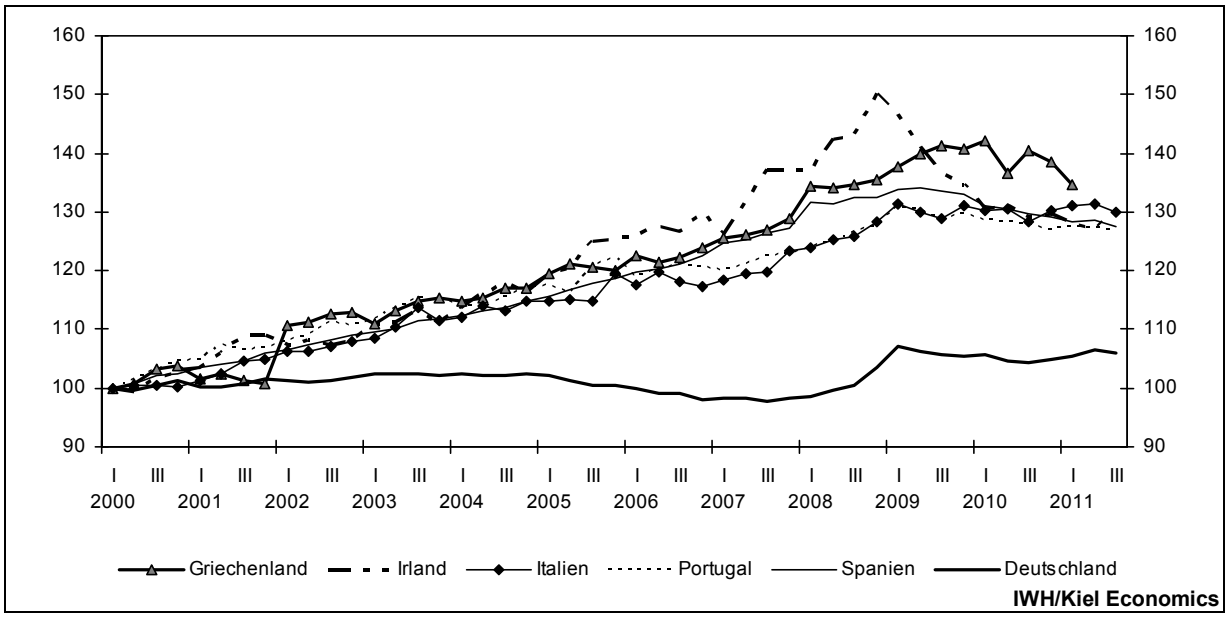
Der reale effektive Wechselkurs wird zurzeit von zwei wesentlichen Faktoren getrieben: dem recht schwachen Euro und den jeweiligen inländischen Preisentwicklungen. Eine besondere Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit der Länder spielen die Löhne, insbesondere die Lohnstückkosten (vgl. Abbildung 6). In allen untersuchten Ländern außer Irland sind die Lohnstückkosten seit ihren jeweiligen Höhepunkten leicht gesunken (Spanien 6%, Griechenland 5%, Portugal 3%, Italien 1%), verbleiben jedoch auf relativ hohem Niveau. In Irland sind sie seit Anfang 2008 um bemerkenswerte 13% gesunken. Das zeigt, dass auch eine recht schnelle Anpassung prinzipiell möglich ist, die sich unmittelbar in einer verbesserten Wettbewerbsposition niederschlägt.

Abbildung 5:
Reale effektive Wechselkurse
- Index, jeweiliger Mittelwert (1966 bis 2011) = 100 -



Quellen: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Real Narrow Effective Exchange Rate Index); eigene Berechnungen und Darstellung.

Abbildung 6:
Nominale Lohnstückkosten
- Index 2000 = 100, saison- und kalenderbereinigte Quartalsdaten -

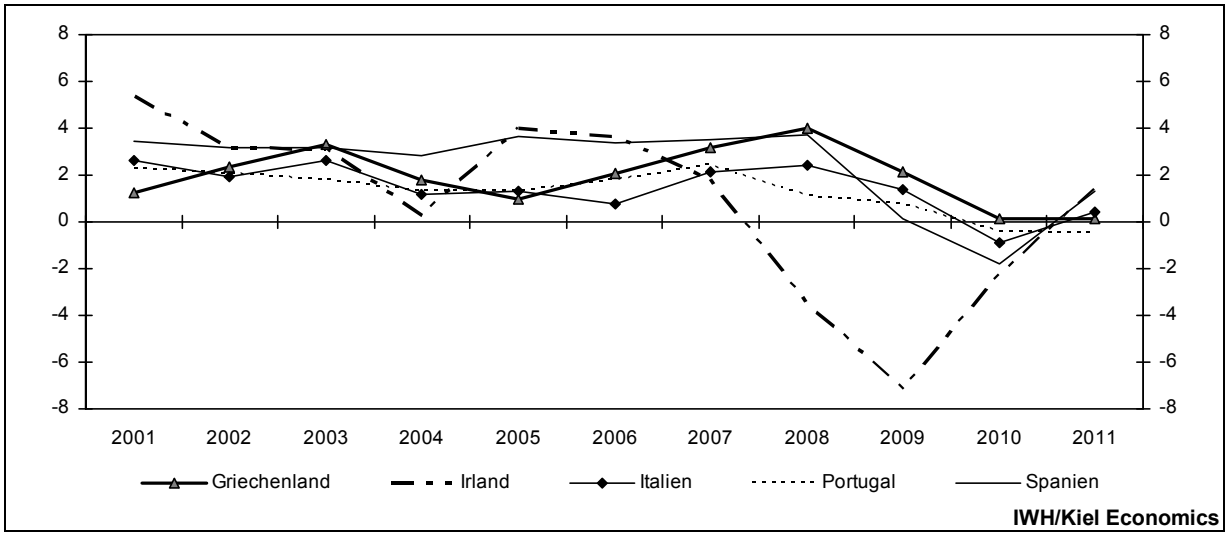


Quellen: Eurostat; eigene Berechnungen und Darstellung.

Untersucht man die Preisentwicklung für die gesamte Volkswirtschaft ohne Berücksichtigung von Gütersteuern und -subventionen (die Deflatoren der Bruttowertschöpfung), dann zeigt sich, dass die Preisniveaus nicht mehr stärker steigen als in Deutschland. Irland wies bereits in den Jahren 2008 bis 2010 niedrigere Inflationsraten auf als Deutschland, für Italien und Spanien galt das im Jahr 2010, und Portugal zeigte niedrigere Raten in den Jahren 2010 und 2011 (vgl. Abbildung 7).

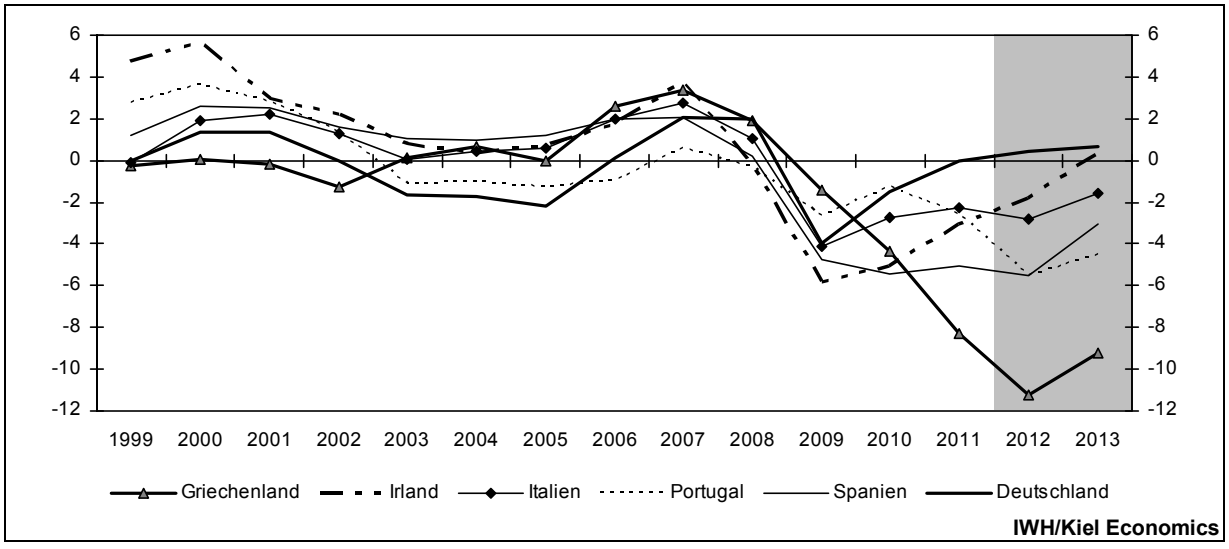
In denjenigen Ländern, in denen sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert, wird sich die Produktionslücke wohl im Jahr 2013 zu schließen beginnen. In Griechenland ist die Produktionslücke im vergangenen Jahr erneut gestiegen, der Abstand zwischen potenzieller und tatsächlicher Produktion beträgt dort nunmehr über 8% und wird in diesem Jahr weiter steigen (vgl. Abbildung 8). Auch in Portugal ist im Jahr 2011 die Produktions-

Abbildung 7:
Differenzen zwischen heimischer und deutscher Inflationsrate
- Bruttowertschöpfungsdeflator, Jahresdaten -



Quellen: Eurostat; eigene Berechnungen und Darstellung.

Abbildung 8:
Entwicklung der Produktionslücke seit 1999 (Jahresdaten)

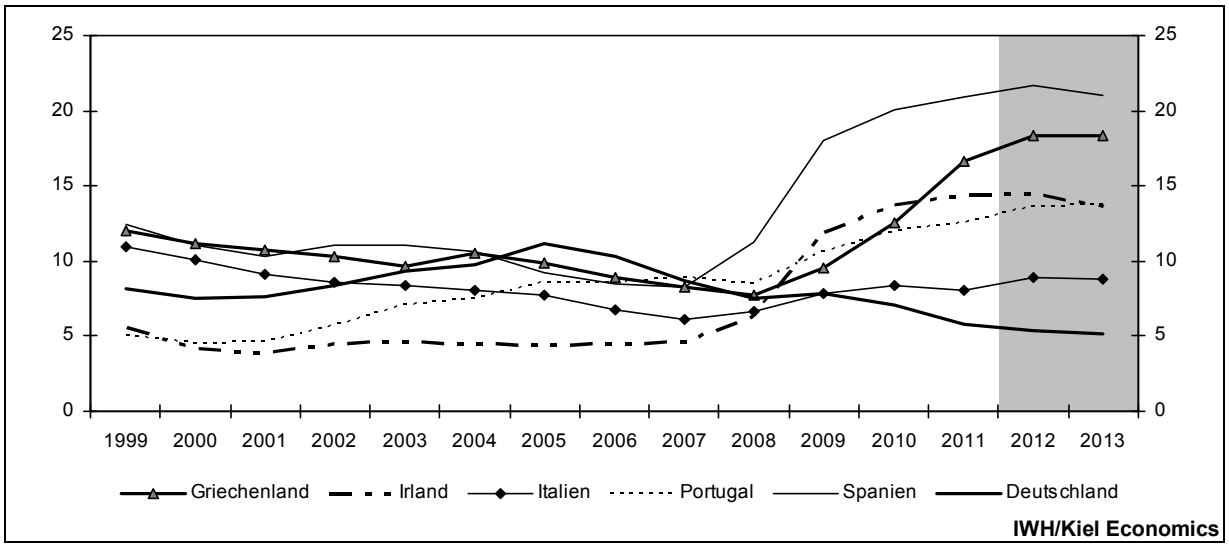


Quellen: Europäische Kommission; 2012 und 2013: eigene Prognose.

lücke noch einmal gestiegen, während sich in den anderen Ländern ein Schließen der Lücke andeutete. Diese Entwicklung wird auch in positiven Wachstumsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahr 2011 in Irland (1,1%), Italien (0,4%) und Spanien (0,7%) und der weiteren Schrumpfung der Produktion in Griechenland (−6,8%) und Portugal (−1,5%) gespiegelt. Angesichts der negativen Aussichten für die Region im Jahr 2012 ist jedoch zunächst davon auszugehen, dass der Rückstand der tatsächlichen auf die potenzielle Produktion im Jahr 2012 in allen Ländern, bis auf Irland, zunimmt, wobei berücksichtigt werden muss, dass auch das Produktionspotenzial in einigen Ländern weiter sinken wird.

Die Unterauslastung der Produktion ging mit steigender Arbeitslosigkeit in den betrachteten Ländern einher (vgl. Abbildung 9). Die Arbeitslosigkeit erreicht dabei vor allem in Spanien und Griechenland gesellschaftlich schwer akzeptable Ausmaße, die zudem die öffentlichen Finanzen weiter belasten. Nach einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenraten im Jahr 2012 zeichnet sich für das darauffolgende Jahr eine Stabilisierung der Raten ab.

Abbildung 9:
Arbeitslosenrate (Jahresdaten)



Quellen: Europäische Kommission; 2012 und 2013: eigene Prognose.

In Anbetracht der andauernden Krisen im Jahr 2011 wurden in den untersuchten Ländern in jüngster Zeit tiefgreifende Strukturreformen eingeleitet. Die Arbeitsmärkte in Spanien und Portugal wurden in erheblichem Umfang flexibilisiert, gesetzliche Abfindungsregelungen wurden reduziert, Flächentarifverträge wurden gelockert, gesetzliche Arbeitszeiten wurden verlängert und die Zahl der Feiertage reduziert. In Italien steht die große Reform des Arbeitsmarktes derzeit noch aus – sie wird für Ende März 2012 erwartet. Beschlossen wurde in Italien allerdings ein Reformpaket zur Deregulierung des Dienstleistungssektors. Auch in Griechenland wurden bereits Reformen umgesetzt, die sowohl den Arbeitsmarkt (z. B. Aufweichung der Flächentarifvertragsbindung, niedrigere Mindestlöhne für junge Arbeitnehmer und erleichterte Teilzeitbeschäftigung) als auch die Deregulierung von Marktzugängen betreffen. Insgesamt lassen diese Reformmaßnahmen erwarten, dass schon im Prognosezeitraum erste positive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum zu beobachten sein werden, die den negativen fiskalischen Impulsen der Sparpakete entgegenwirken.

Zusammengefasst ist die Lage in Griechenland weiterhin sehr schlecht, eine Besserung zeichnet sich noch nicht ab. Das Leistungsbilanzdefizit und die Produktionslücke sind persistent; die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist auch unter den Krisenländern die schlechteste, und die Arbeitslosenrate ist weiterhin hoch. Die Entwicklung spricht für einen deflationären Druck auf die Preise, dem durch weitere Reformmaßnahmen nachgegeben werden sollte. In Irland gelang ein bemerkenswerter Umschwung. Stark sinkende Löhne und Preise haben die Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessert, sodass das Außenhandelsdefizit abgebaut und die Produktion gesteigert werden konnte. In Italien waren die makroökonomischen Ungleichgewichte vor der Krise weit weniger stark ausgeprägt als in den anderen Ländern. Entsprechend ist der Anpassungsbedarf niedriger. Der geringere Preisdruck führte in Italien auch nicht zu einer bedeutenden Senkung der Lohnstückkosten. Ganz anders ist das Bild in Portugal, das gemessen in Relation zum BIP die höchsten Nettoauslandsverbindlichkeiten aufweist. Die Wettbewerbsfähigkeit ist hier genauso schlecht wie in Griechenland, doch der Preisdruck konnte sich in Portugal auf Arbeits- und Gütermärkten schon etwas entfalten. Spanien hat eine deutlich schlechtere Ausgangsposition als Italien. Die Auslandsverbindlichkeiten sind enorm und unterscheiden sich kaum von Griechenland. Allerdings ist das Leistungsbilanzdefizit aktuell stärker zurückgegangen als in Griechenland, da sich die Wettbewerbsfähigkeit aufgrund sinkender Löhne und Preise zu verbessern beginnt. Die auch in den kommenden Jahren sehr hohe Arbeitslosigkeit in Spanien wird mit weiter sinkenden Löhnen einhergehen.

Alles in allem zeigen die verschiedenen Indikatoren, dass in den Peripherieländern des Euroraums mittlerweile ein erheblicher Abwärtsdruck auf die Preise besteht, der angesichts der eingeleiteten Reformen, aber auch aufgrund der schwachen konjunkturellen Entwicklung im laufenden Jahr weiter zunehmen wird. Rigiditäten haben bisher dafür gesorgt, dass sich dieser Abwärtsdruck erst teilweise in einer merklichen Ermäßigung des Preisauftriebs niederschlägt.

[a] Neben Mittelwerten für die gesamte Periode von 1966 bis 2011 werden auch Mittelwerte für die Zeit nach 1975 und vor 1999 sowie zwischen 1975 und 1999 betrachtet.

Tabelle 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote im Euroraum
- 2011 bis 2013 -

	Bruttoinlandsprodukt[a]			Verbraucherpreise[b]			Arbeitslosenquote[c]		
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						*in %*		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Deutschland	3,0	1,3	2,2	2,5	2,3	2,5	5,9	5,5	5,2
Frankreich	1,6	0,4	1,2	2,3	1,7	1,4	9,7	10,2	10,3
Italien	0,4	−1,9	0,1	2,9	1,9	1,7	8,4	9,4	9,6
Spanien	0,7	−1,6	0,8	3,1	1,5	1,1	21,7	23,5	23,5
Niederlande	1,3	−0,8	1,4	2,5	1,7	1,3	4,4	5,1	4,8
Belgien	1,9	0,0	1,5	3,5	2,0	1,9	7,2	7,5	7,4
Österreich	3,1	0,7	1,8	3,6	2,2	2,1	4,2	4,1	4,1
Griechenland	−6,8	−4,5	−0,5	3,1	0,7	0,5	17,5	20,5	21,0
Finnland	2,9	0,8	2,0	3,3	2,5	1,8	7,8	7,3	7,2
Portugal	−1,5	−3,5	0,0	3,6	2,2	1,2	12,9	15,0	14,8
Irland	1,1	0,5	2,0	1,2	1,2	1,1	14,4	14,8	13,2
Slowakei	3,3	1,7	2,6	4,1	2,2	2,1	13,4	13,0	12,3
Luxemburg	1,6	0,5	2,2	3,7	2,4	2,3	4,8	5,0	4,8
Slowenien	−0,2	−0,3	1,0	2.1	1,7	1,2	8,1	8,4	8,2
Zypern	0,3	−0,5	1,7	3,5	2,7	2,0	7,8	9,8	9,8
Estland	8,0	2,0	3,7	5,1	3,6	2,6	12,5	11,4	11,0
Malta	2,1	1,0	2,2	2,4	2,2	2,2	6,4	6,8	6,6
Euroraum	1,4	−0,3	1,3	2,7	1,9	1,7	10,2	10,8	10,7

[a] Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. – [b] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [c] Standardisiert.

Quellen: Eurostat; eigene Prognose.

Tabelle 3:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2011	2012	2013
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
reales Bruttoinlandsprodukt	1,4	−0,3	1,3
privater Konsum	0,2	−0,2	0,1
öffentlicher Konsum	0,1	−0,6	0,8
Bruttoanlageinvestitionen	1,4	−0,9	2,3
inländische Verwendung	0,5	−0,6	1,2
Exporte[a]	6,1	4,2	7,2
Importe[a]	3,9	3,6	7,1
Außenbeitrag[b]	0,9	0,3	0,1
Verbraucherpreise[c]	2,7	1,9	1,7
Lohnstückkosten[d]	1,2	1,2	1,0
	in % des nominalen Bruttoinlandsproduktes		
Budgetsaldo[e]	−4,3	−3,8	−3,3
Leistungsbilanzsaldo	−0,6	−0,4	−0,3
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote[f]	10,2	10,8	10,7

[a] Einschließlich Intrahandel. – [b] Wachstumsbeitrag. – [c] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [d] Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – [e] Gesamtstaatlich. – [f] Standardisiert.

Quellen: Eurostat; eigene Prognose.

jahr immer schwächer geworden, vor allem wegen rückläufiger Investitionen und eines sinkenden Staatsverbrauchs. Im Schlussquartal gingen auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Exporte zurück. Die Arbeitslosenquote ist seit Juli stetig, insgesamt um 0,7 Prozentpunkte, auf zuletzt 10,7% gestiegen.

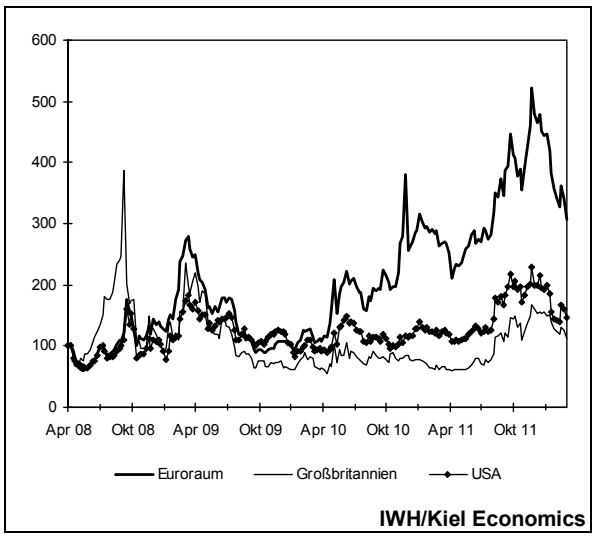
Zum Ende des Jahres 2011 ist es allerdings zu einer Bodenbildung gekommen, und zuletzt haben sich die Frühindikatoren sogar wieder etwas verbessert: Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind im Dezember deutlich gestiegen, und die Erwartungen in der Industrie haben sich zu Jahresanfang etwas aufgehellt. Indikatoren, die auch Umfragen bei Dienstleistern und privaten Haushalten umfassen, zeigen freilich, dass sich eine Stimmungswende nur in Deutschland, Finnland und Österreich abzeichnet. In Frankreich und den Beneluxländern bleibt die Stimmung gedrückt, und in den großen Krisenländern Spanien und Italien verschlechtert sie sich weiter. Gründe dafür gibt es genug: Die Finanzpolitik ist nahezu überall zu einem deutlich und zum Teil drastisch restriktiven Kurs gezwungen. Insgesamt ist für das Jahr 2012 mit einem restriktiven finanzpolitischen Impuls von etwa eineinhalb Prozent in Relation zum Brutto-

Kasten 3:
Liquiditätspolitische Maßnahmen der EZB verhindern drastische Verschlechterung der monetären Rahmenbedingungen im Euroraum

Nach der Senkung des Leitzinses im November und Dezember 2011 um jeweils 25 Basispunkte auf 1% hat die EZB das Zinsniveau in den vergangenen drei Monaten unverändert beibehalten. Von einer Änderung der Zinspolitik ist für die nächste Zeit nicht auszugehen, denn die konjunkturelle Lage im Euroraum bleibt weiter eingetrübt. Die monetären Rahmenbedingungen sind jedoch trotz des niedrigen Zinsniveaus im Euroraum in vielen Ländern des Euroraums so lange nicht günstig, wie die Refinanzierung des Bankensektors Probleme bereitet. Allerdings haben die außerordentlichen liquiditätspolitischen Maßnahmen der EZB (zwei Dreijahresgeschäfte als Mengentender mit Vollzuteilung) die Lage zunächst einmal deutlich entspannt. Die Zuteilungssumme des ersten Geschäftes in Höhe von 489,2 Mrd. Euro (21. Dezember 2011) wurde am 29. Februar 2012 mit 529,53 Mrd. Euro sogar noch übertroffen. Das Misstrauen gegenüber den Banken im Euroraum ist daraufhin deutlich zurückgegangen, wie die rückläufigen Versicherungsprämien für Ausfälle von Bankschulden zeigen (vgl. Abbildung 10), es ist jedoch immer noch beträchtlich. Die massive Ausweitung der Geldbasis aufgrund der jüngsten liquiditätspolitischen Maßnahmen der EZB stellt für die nächste Zeit kein Inflationsrisiko dar, sondern ist ein Sympton für die Schwere der Krise, in der sich der Finanzsektor im Euroraum aufgrund der Schulden- und Vertrauenskrise trotz derzeitiger Beruhigung befindet (vgl. Abbildung 11).

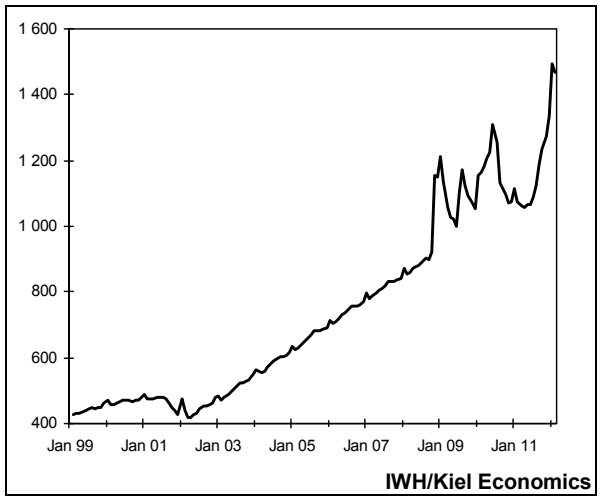
Da sich die Banken in erheblichem Ausmaß mit Liquidität versorgt haben, sind die Interbankzinsen am kurzen Ende zuletzt gesunken. Der durchschnittliche Zinssatz für unbesichertes Dreimonatsgeld (EURIBOR) lag im Februar bei durchschnittlich 1,0%, für besichertes Dreimonatsgeld lag der Zins (EUREPO) sogar nur bei 0,1%. Auch die durchschnittliche Umlaufsrendite zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum ist seit Jahresbeginn zurückgegangen und lag im Februar bei 3,8%. Die Bedingungen für die Finanzierung nichtfinanzieller Unternehmen an den Kapitalmärkten haben sich ebenfalls leicht verbessert; so lagen die Umlaufsrenditen für Schuldner mit höchster (mittlerer) Bonität im Februar 2012 bei durchschnittlich 2,2% (3,5%) und somit 30 (60) Basispunkte unter dem Niveau von Dezember 2011.

Abbildung 10:
Mittlere Preise für Kreditausfallversicherungen bei Bankschuldverschreibungen mit einer Restlaufzeit von fünf Jahren
- in Basispunkten -



Quellen: Credit Market Analysis Ltd; eigene Darstellung.

Abbildung 11:
Geldbasis im Euroraum



Quelle: EZB.

Trotz des niedrigen Zinsniveaus nimmt das Volumen der Bankkredite an private Haushalte und insbesondere an nichtfinanzielle Unternehmen kaum zu. Neben der schwachen Konjunktur sind dafür wohl auch die in vielen Ländern restriktiven Kreditvergabestandards ursächlich. Die Ergebnisse der jüngsten Umfrage unter den Banken im Eurosystem (Bank Lending Survey) offenbaren, dass diese Standards sowohl für Unternehmen als auch für die privaten Haushalte verschärft werden.[a] Diese Tendenz wird durch die Verbesserung der Liquiditätslage wohl nur gemildert werden.

Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist zuletzt ein wenig gestiegen, von 1,30 US-Dollar je Euro zu Jahresbeginn auf 1,32 Anfang März. Die Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums ist jedoch, gemessen am realen gewichteten Wechselkurs des Euro gegenüber den wichtigsten Handelspartnern im langjährigen Vergleich, recht hoch.

[a] Die Vergabestandards deutscher Banken blieben nahezu unverändert (vgl. Kasten 4).

inlandsprodukt zu rechnen, für Italien, Spanien und Irland mit deutlich mehr als 2%. Noch erheblich restriktiver wirken die radikalen Konsolidierungsprogramme in Portugal und Griechenland. Die zum Teil durchaus beachtlichen Strukturreformen in den Krisenländern, etwa auf dem Gebiet der Arbeitsmärkte, werden dagegen ihre positive Wirkung erst mittelfristig entfalten (vgl. Kasten 2). Auch deshalb werden die südeuropäischen Euroraumstaaten wohl ebenso noch in der zweiten Jahreshälfte 2012 Rezessionen von erheblicher Intensität durchzustehen haben (vgl. Tabelle 2).

Auch von Seiten des Finanzsektors werden sich die Bedingungen für Unternehmen und nichtfinanzielle Haushalte in den meisten Ländern des Euroraums eher verschlechtern. Trotz sehr niedriger Zinsen und drastischer liquiditätspolitischer Maßnahmen der EZB dürften die Banken ihre Kreditvergabebedingungen in den meisten Ländern weiter verschärfen (vgl. Kasten 3), nicht zuletzt, weil die Finanzinstitute bis zum Juni 2012 höhere regulatorische Anforderungen an ihre Eigenkapitalpolster erfüllen müssen. Zusätzlich belastet der hohe Ölpreis die gesamtwirtschaftliche Aktivität: Die Aufwendungen für den Import von Energieträgern dürften sich in diesem Jahr auf Rekordniveau bewegen. Der Konsum der privaten Haushalte wird durch das höhere Preisniveau gedämpft, manche Investition verliert ihre Rentabilität. Stützend wirken wird dagegen voraussichtlich eine moderate Belebung der außereuropäischen Nachfrage. Davon werden vor allem jene Volkswirtschaften des Euroraums profitieren, welche intensive Handelsbeziehungen mit der übrigen Welt unterhalten, also neben Deutschland etwa die Niederlande und Belgien. In diesen Ländern und auch in Frankreich dürfte die Produktion ab dem Frühjahr 2012 trotz des fortgesetzten Konsolidierungskurses langsam zunehmen.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2012 jedoch um 0,3% zurückgehen (im Euroraum ohne Deutschland um 0,8%), und die Arbeitslosenquote steigt im Jahresdurchschnitt wohl auf 10,8% (vgl. Tabelle 3). Der Verbraucherpreisanstieg bleibt aufgrund der jüngsten Verteuerung von Erdöl mit 1,9% im Jahresdurchschnitt trotz schwacher Konjunktur im Zielbereich der EZB. Für das Jahr 2013 ist mit einer schwachen Zunahme der Produktion um 1,3% zu rechnen, denn der Restriktionsgrad der Finanzpolitik wird im nächsten Jahr wohl nachlassen. Bei alldem ist unterstellt, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stabil bleiben. Dies ist keine selbstverständliche Annahme, bedenkt man die Tiefe der finanziellen Einschnitte und die gesellschaftspolitische Brisanz der Strukturreformen, welche in Südeuropa auf der Tagesordnung stehen.

Nur leichte Belebung der britischen Konjunktur

In Großbritannien bleibt die Konjunktur schwach. Im letzten Quartal des Jahres 2011 ist die Produktion gar um 0,2% gesunken. Informationen zu den Teilkomponenten der Nachfrage liegen noch nicht vor, Gründe für eine ausgeprägte Schwäche gibt es allerdings viele: Die Inflation ist aufgrund der Schwäche des Pfunds und der beträchtlichen Erhöhung indirekter Steuern schon seit zwei Jahren recht hoch (4,5% im Jahr 2011) und lässt die Realeinkommen der privaten Haushalte in der Tendenz sinken. Die Exporte wurden durch die Krise im Euroraum und den generell schwachen Welthandel gedrückt. Die Finanzpolitik sieht sich gezwungen, die Wirtschaft mit einem außerordentlich ehrgeizigen Konsolidierungsprogramm, das auch eine deutliche Rückführung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst beinhaltet, zu belasten. Nicht zuletzt deswegen ist die Arbeitslosigkeit weiter auf 8,4% (November) gestiegen. Außerdem haben die Probleme des europäischen Finanzsektors auch die Refinanzierungskosten britischer Banken steigen lassen, worauf die Banken mit einer spürbaren Verschärfung der Kreditvergabekonditionen reagieren.

Dennoch gleitet die britische Wirtschaft wohl nicht in eine Rezession ab. Die Exporte und – deutlicher noch – die Auftragseingänge zogen zuletzt wieder an. Vor allem aber ist der Finanzsektor – anders als etwa im Euroraum – stabil, und die Wirtschaftspolitik ist voll handlungsfähig. Sie hat denn auch auf die Verschlechterung der Lage reagiert: Seit November ist geplant, dass die Finanzpolitik in den Fiskaljahren 2011/2012 und 2012/2013 ein Stück weit (nämlich ½ Prozentpunkt relativ zum BIP) weniger restriktiv ausgerichtet sein wird als ursprünglich geplant, und die Bank von England hat im Februar ihr Programm der quantitativen Lockerung noch einmal ausgedehnt. Für das Jahr 2012 ist mit einer Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Großbritannien um reichlich ein halbes Prozent zu rechnen und für 2013 mit einem Anstieg um knapp 2%.

Robuste Wachstumsdynamik in den mittel- und osteuropäischen Ländern

In den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat die Produktion im Jahr 2011 mit rund 3% kräftig zugelegt. Zwar schwächte

sich die Konjunktur auch hier im Verlauf des Jahres deutlich ab, die wirtschaftliche Dynamik ist jedoch in den für die Region gewichtigen Ländern Polen und der Slowakei bis zuletzt recht hoch geblieben. Für die moderate Abschwächung war eine Dämpfung der Binnennachfrage durch die vielerorts restriktive Finanzpolitik verantwortlich, zugleich wirkt sich die aktuell schwächere Nachfrage aus dem Euroraum aus. Denn überwiegend resultierte die rasche wirtschaftliche Erholung in der Region nach der Großen Rezession aus der Wiederbelebung der Exporte.

Angesichts gestiegener Inflationsraten haben einige Zentralbanken ihre Zinsen im vergangenen Jahr angehoben, weitere Zinsschritte sind allerdings – bis auf Ausnahmen – angesichts der konjunkturellen Abschwächung eher unwahrscheinlich. Die Budgetkonsolidierung hat Fortschritte gemacht: So hat insbesondere Polen, das die Fristen für die Defizitkorrektur zu verfehlen drohte, Ende vergangenen Jahres wirksame Maßnahmen zur Haushaltssanierung ergriffen. Eine Ausnahme bildet Ungarn, das im vergangenen Jahr Finanzierungshilfe von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) in Anspruch nehmen musste. Der überraschende Budgetüberschuss im Jahr 2011 ist nur durch Einmalmaßnahmen zustande gekommen. Nach einer Herabstufung der Kreditwürdigkeit Ungarns durch alle drei großen Ratingagenturen sind die Finanzierungsrisiken gestiegen, sodass die EU nunmehr für den Fall unveränderter Finanzpolitik nach den Regeln des verschärften Stabilitätspaktes mit Sanktionsmaßnahmen droht.

Auf den Arbeitsmärkten zeichnete sich im vergangenen Jahr eine leichte Entspannung ab; die Arbeitslosenquoten liegen aber vielerorts noch im zweistelligen Bereich. Mit einem größeren Rückgang ist im Prognosezeitraum aufgrund der nur moderaten wirtschaftlichen Expansion nicht zu rechnen. Allerdings steigen die Stimmungsindikatoren seit der Jahreswende auch im mittel- und osteuropäischen Teil der Europäischen Union wieder. Alles in allem dürfte die Wachstumsdynamik in der Region auch in den Jahren 2012 und 2013 robust bleiben. Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um gut 2% zulegen, 2013 wird sich der Zuwachs wieder auf rund 3% beschleunigen.

Deutsche Konjunktur

Expansive Geldpolitik stimuliert deutsche Konjunktur

In Deutschland hat sich die Wirtschaft im Jahr 2011 mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsproduktes um 3% weiter von der schweren Rezession zwei Jahre zuvor erholt. Im Jahresdurchschnitt übertraf die gesamtwirtschaftliche Produktion erstmals wieder den Stand des Jahres 2008, wenn auch nur um 1,3%. Dabei setzte sich die schon in den beiden Vorjahren erkennbare Verlagerung der konjunkturellen Auftriebskräfte zur Inlandsnachfrage fort; die Binnennachfrage überstieg ihr Niveau von 2008 um 2%. Besonders ausgeprägt fiel diese Entwicklung 2011 – vor allem wegen der historisch niedrigen Zinsen – bei den Bauinvestitionen aus, die um 5,8% ausgeweitet wurden, wobei der Wohnungsbau mit einem Plus von 6,3% seinen stärksten Anstieg seit 1994 verzeichnete und mittlerweile um reichlich 7% über dem Stand im Jahr 2008 liegt. Die privaten Haushalte weiteten ihre Konsumausgaben mit 1,5% immerhin in einer Stärke aus, die – lässt man die im Angesicht der Mehrwertsteuererhöhung getätigten Käufe im Jahr 2006 unberücksichtigt – das letzte Mal vor zehn Jahren zu verzeichnen war. Hier dürfte sich in erster Linie die ausgesprochen gute Lage am Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht haben, die mit einer kräftig steigenden Beschäftigung und anziehenden Löhnen nicht nur die laufenden Realeinkommen der privaten Haushalte, sondern auch deren Einkommensaussichten verbesserte und die Sparquote merklich sinken ließ.

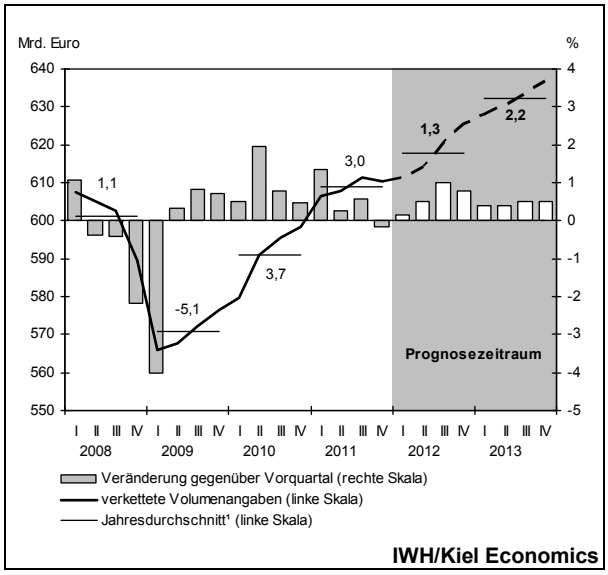
In der zweiten Jahreshälfte 2011 verlor der Aufschwung allerdings spürbar an Fahrt. Dabei spielte die Abkühlung der Weltkonjunktur eine Rolle. Maßgeblich dürfte jedoch die im Sommer begonnene, abermalige Zuspitzung der Schuldenkrise im Euroraum gewesen sein, die sich nicht zuletzt in starken Kursschwankungen an den Aktien- und Anleihemärkten und in einem massiven Einbruch der Geschäftserwartungen der Unternehmen niederschlug. Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Eintrübung und der stark gestiegenen Unsicherheit sank im vierten Quartal 2011 die Auslandsnachfrage, zudem schränkten die privaten Haushalte ihren Konsum ein und die Unternehmen verlangsamten die Investitionstätigkeit; insgesamt war das reale Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal des vergangenen Jahres leicht rückläufig. Entstehungsseitig war dies allerdings allein durch den negativen Wachstumsbeitrag des Saldos von Gütersteuern

und -subventionen bedingt; die reale Bruttowertschöpfung legte um 0,1% zu.

Mittlerweile haben sich die Perspektiven für die deutsche Konjunktur mit der Abnahme der Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Schuldenkrise wieder verbessert. So haben die Geschäftserwartungen der Unternehmen bereits im vergangenen Oktober ihren Tiefpunkt durchschritten und sind seither aufwärtsgerichtet, zuletzt recht deutlich. Das Konsumklima hat sich ebenfalls bis zuletzt verbessert, und die deutschen Aktienindizes befinden sich im Aufwind. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass nach der Zurückbildung der retardierenden Faktoren das Bild der Konjunktur zunehmend wieder durch die expansiven Kräfte, insbesondere durch die Geldpolitik, bestimmt wird. So regen die äußerst niedrigen Kreditzinsen, vor allem für Hypotheken, die Investitionstätigkeit an. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird durch die niedrige Bewertung des Euro aufgrund der Krise im Euroraum stabilisiert. Die privaten Konsumausgaben erhalten währenddessen Impulse von Seiten der in der Tendenz weiter steigenden Beschäftigung und der anziehenden Löhne.

Im ersten Quartal 2012 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt allerdings nur geringfügig gestiegen sein. Zwar wurde die Geschäftslage im Februar erstmals seit vergangenem September wieder besser eingeschätzt als im Monat zuvor, und das Niveau der Beurteilung ist im langjährigen Vergleich nach wie vor außerordentlich hoch. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe lag indes im Januar noch geringfügig unter ihrem Stand im Schlussquartal 2011, und auch der Auftragseingang in der Industrie war – um die durch Großaufträge verursachten, erheblichen Schwankungen korrigiert – schwach.

Abbildung 12:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2012: eigene Prognose.

Tabelle 4:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung[a]
- Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal -

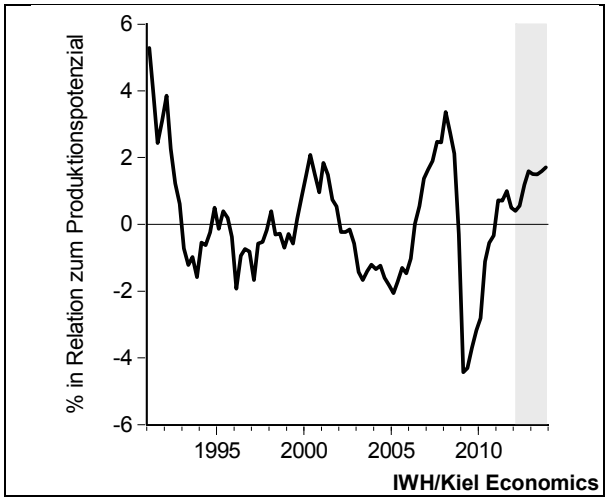
	2011				2012				2013			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
inländische Verwendung	1,0	0,2	0,5	0,1	0,1	0,6	1,1	0,8	0,3	0,4	0,6	0,6
private Konsumausgaben	0,5	−0,7	1,2	−0,2	0,2	0,5	0,8	0,1	0,4	0,3	0,3	0,3
öffentlicher Konsum	0,1	0,8	0,6	0,1	−0,5	0,9	1,0	1,4	−1,2	0,0	0,9	1,1
Ausrüstungen	0,7	0,5	1,9	0,0	0,3	1,2	2,5	2,4	2,2	1,8	1,4	1,4
Bauten	7,2	−0,5	−1,0	1,9	0,1	1,5	1,6	1,0	0,9	0,7	0,6	0,6
sonstige Anlagen	−0,4	1,1	2,0	2,0	0,0	1,1	1,6	1,8	1,5	1,4	1,3	1,2
Vorratsinvestitionen[b]	0,0	0,4	−0,4	0,0	0,1	−0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Außenbeitrag[b]	0,4	0,1	0,1	−0,3	0,0	−0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	−0,1	−0,1
Exporte	1,6	2,7	2,6	−0,8	0,4	0,9	1,8	1,8	1,8	1,6	1,5	1,5
Importe	1,0	2,9	2,7	−0,3	0,3	1,2	1,9	1,9	1,8	1,8	1,7	1,7
Bruttoinlandsprodukt	1,3	0,3	0,6	−0,2	0,2	0,5	1,0	0,8	0,4	0,4	0,5	0,5

[a] Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – [b] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandproduktes in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2012: eigene Prognose.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich der Produktionsanstieg dann aber deutlich beschleunigen und auch im kommenden Jahr nur wenig an Schwung verlieren (vgl. Tabelle 4, Abbildung 12). Die Kapazitätsauslastung, die im ersten Quartal nur leicht über der Normalauslastung gelegen haben dürfte, wird ab dem zweiten Quartal zunehmen (vgl. Abbildung 13). Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2012 um 1,3% steigen (vgl. Tabelle 5), bereinigt um die niedrigere Anzahl an Arbeitstagen sogar um 1,5% (vgl. Tabelle 6). Für das kommende Jahr wird eine Zunahme um 2,2% prognostiziert. Für das Jahr 2012 liegt das 66%-Prognoseintervall zwischen 0,4% und 2,1%; im Jahr 2013 reicht es von 0% bis 4,4% (vgl. Abbildung 14).[1] Dieses Intervall beziffert die

Abbildung 13:
Produktionslücke in Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2012: eigene Prognose.

Tabelle 5:
Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsproduktes
- in Prozentpunkten -

	2011	2012	2013
inländische Verwendung	2,2	1,5	2,2
Konsumausgaben	1,1	1,0	1,1
private Konsumausgaben	0,8	0,7	0,7
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,3	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	1,1	0,6	1,0
Ausrüstungen	0,5	0,2	0,6
Bauten	0,5	0,2	0,4
sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,0	−0,1	0,2
Außenbeitrag	0,8	−0,3	0,0
Exporte	3,9	1,6	3,3
Importe	−3,1	−1,9	−3,3
Bruttoinlandsprodukt	3,0	1,3	2,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Prognose.

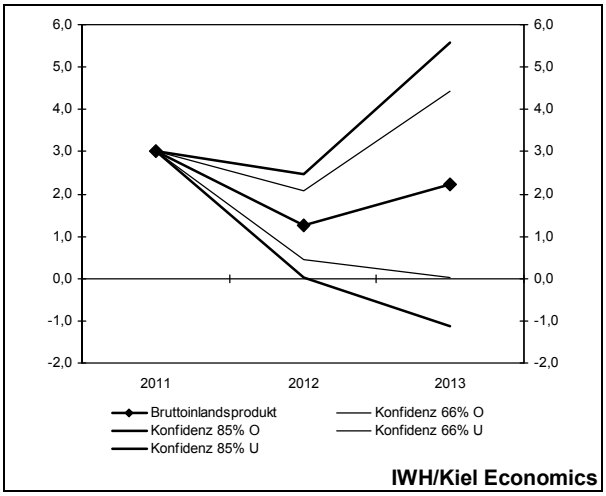
Tabelle 6:
Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate
- in % bzw. Prozentpunkten -

	2011	2012	2013
statistischer Überhang[a]	1,2	0,2	1,2
Jahresverlaufsrate[b]	2,0	2,5	1,8
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	3,1	1,5	2,3
Kalendereffekt[c]	−0,1	−0,2	−0,1
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich[d]	3,0	1,3	2,2

[a] Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – [b] Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – [c] In % des realen BIP. – [d] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Prognose.

Abbildung 14:
Prognoseunsicherheit[1]
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



[1] Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben. – O = Obergrenze; U = Untergrenze.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung.

[1] Das 66%-Prognoseintervall überlagert die Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 66% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute (ifo, IfW, IWH, RWI) aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Prognoseunsicherheit die mit dem Basisszenario verbunden ist, dessen Rahmenbedingungen in Kasten 4 beschrieben werden; es berücksichtigt jedoch keine Extremrisiken wie beispielsweise die weltweite Große Rezession im Jahr 2008/2009. Die Arbeitslosigkeit wird wohl weiter sinken und Ende 2013 in der Nähe der Marke von 2,5 Millionen Personen liegen. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte im laufenden Jahr mit 2,2% nur wenig geringer ausfallen als im vergangenen Jahr; 2013 dürfte er auf 2,3% anziehen. Bei alldem wird sich das öffentliche Haushaltsdefizit im laufenden Jahr weiter verringern; im kommenden Jahr wird der Finanzierungssaldo des Staates leicht positiv sein.

Zu den Risiken

Das wesentliche Abwärtsrisiko für diese Prognose stellt nach wie vor die Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum dar. Zwar ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Krise noch einmal so dramatisch zuspitzt wie im zweiten Halbjahr 2011, nicht sehr groß. Dem stehen die großzügige Liquiditätsbereitstellung für das Bankensystem und die in den Krisenländern beschlossenen Strukturreformen entgegen. Das Risiko einer erneuten Zuspitzung ist jedoch auch nicht vernachlässigbar. Insbesondere könnte sich die Konjunktur in den Krisenländern deutlich schlechter entwickeln als hier prognostiziert, denn es ist schwer einzuschätzen, wie restriktiv die massiven öffentlichen Sparanstrengungen in mehreren großen Ländern des Euroraums wirken werden.

Neuerliche Turbulenzen könnten insbesondere nach den Parlamentswahlen in Griechenland auftreten, denn es ist ungewiss, ob eine neue Regierung zu dem mit den Partnern im Euroraum vereinbarten Reform- und Sparprogramm stehen wird, das die Basis für die Transferzahlungen für Griechenland bildet. Auch in Spanien oder Italien könnten die Reformprogramme infrage gestellt werden. Ein deutliches Nachlassen der oder gar eine Abkehr von den Reform- und Sparbemühungen in ei-

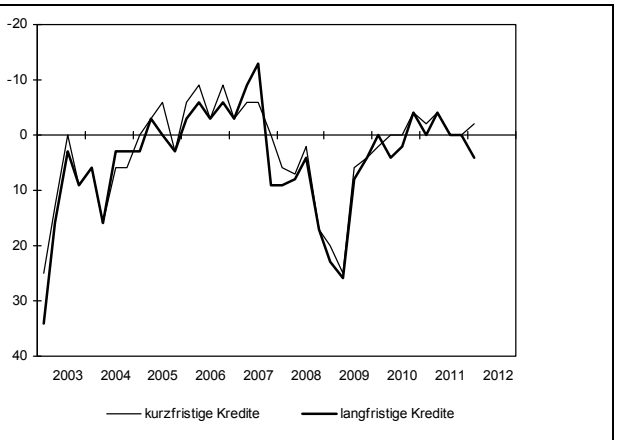
Kasten 4:
Rahmenbedingungen für die Prognose

Für die Prognose wird unterstellt, dass der US-Dollar-Kurs des Euro ab dem zweiten Quartal 2012 und im Jahr 2013 bei 1,34 liegt. Der Ölpreis (Sorte Brent) wird im Jahr 2012 im Schnitt bei 116 und im Jahr 2013 bei 115 US-Dollar pro Barrel liegen. Es wird angenommen, dass die EZB den maßgeblichen Leitzins im Jahr 2012 unverändert bei 1% belässt und erst Mitte des Jahres 2013 auf 1,25% anheben wird. Ende 2013 liegt der Leitzins bei 1,5%. Der Welthandel steigt nach einem Wachstum von 5,9% im Jahr 2011 um 4,6% im Jahr 2012 und 6,6% im Jahr 2013. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird sich im Prognosezeitraum nicht wesentlich verändern.

Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte in Deutschland haben sich im Jahr 2011 kaum verändert und gestalten sich – anders als in vielen anderen Euroraum-Ländern – weiterhin sehr günstig. Die Kreditentwicklung der privaten Haushalte wurde trotz des Rückganges der Konsumentenkredite vor allem durch eine Ausweitung der Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten getrieben. Dies dürfte insbesondere durch die weiterhin niedrigen Zinsen für Wohnungsbaukredite stark begünstigt werden.

Die Ergebnisse der Umfrage unter den Banken in Deutschland (Bank Lending Survey) im Januar zeigen, dass die Kreditvergabebedingungen der Banken an Unternehmen im Jahr 2011 per saldo sowohl für Großunternehmen als auch für kleine und mittlere Unternehmen unverändert blieben.[a] Die Banken ga-

Abbildung 15:
Entwicklung der Kreditrichtlinien in Deutschland
- Nettosalden aus gewichteten Antworten[1] (Diffusionsindizes) -



[1] Differenz (in % der gegebenen Antworten) zwischen der Summe der Angaben „deutlich“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas“ und „deutlich gelockert“ auf die Frage „Wie haben sich die Kreditrichtlinien (credit standards) Ihres Hauses für die Gewährung von Krediten an Unternehmen (inklusive Kreditlinien) in den letzten drei Monaten verändert?“. Positiver Saldo = durchschnittliche Verschärfung; negativer Saldo = durchschnittliche Lockerung.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Bank Lending Survey; eigene Darstellung.

ben jedoch jüngst an, dass die Vergabebedingungen für langfristige Kredite deutlich verschärft wurden, während die Kreditrichtlinien für Kurzfristkredite leicht gelockert wurden (vgl. Abbildung 15). Für die kommenden drei Monate gehen die Banken von einer nur leichten Verschärfung der Kreditrichtlinien aus. Die Finanzierungsbedingungen dürften alles in allem bis zum Ende des Prognosezeitraums günstig bleiben, zumal im Vergleich mit den Bedingungen im übrigen Euroraum.

Tabelle 7:
Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen[a]
- Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (−), in Mrd. Euro gegenüber 2011 –

	2012	**2013**
Erhöhung der Tabaksteuer	0,3	0,5
Abbau der kalten Progression bzw. Senkung des Solidaritätszuschlags		−1,9
Einführung einer Kernbrennstoffsteuer	0,6	−0,2
Wegfall der Heizkostenkomponente beim Wohngeld	0,2	0,2
Steuervereinfachungsgesetz 2011	−0,8	−0,6
Weihnachtsgeld für Beamte	−0,5	−0,5
Betreuungsgeld		−0,4
zusätzliche Infrastrukturinvestitionen	−0,4	−0,1
Bankenabgabe	0,6	0,6
ältere Maßnahmen[b]	1,8	2,5
Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt	1,7	2,0
Änderungen SGB II und III	1,0	1,5
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben	1,0	1,6
Streitkräftereform		1,0
diskretionäre Maßnahmen von Ländern und Gemeinden	0,5	1,0
Eingriffe in die Rentenformel	3,7	5,5
Erhöhung des gesetzlichen Beitragssatzes zur Krankenversicherung zum 01.01.2011 von 14,9% auf 15,5%	0,2	0,3
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2012 um 0,3 Prozentpunkte	−3,1	−3,1
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2013 um 0,2 Prozentpunkte		−2,2
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2013 um 0,1 Prozentpunkte		1,1
Neuausrichtung der Pflegeversicherung	−0,7	−1,0
Versorgungsstrukturgesetz	−0,2	−0,2
Summe	5,9	7,6

[a] Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute. – [b] Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage, Aufschiebung des Wiederaufbaus des Berliner Stadtschlosses, Jahressteuergesetz 2010.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; eigene Berechnungen und Schätzungen.

Im Jahr 2011 schwenkte die Finanzpolitik auf einen spürbar restriktiven Kurs ein. Im Prognosezeitraum wird der Konsolidierungskurs fortgesetzt, der Restriktionsgrad wird allerdings nach und nach gelockert. So stehen einer Reihe von Abgabenerhöhungen zusätzliche Investitionen, Beitragssenkungen und Steuerentlastungen gegenüber, die den Restriktionsgrad abmildern. Alles in allem dürfte der restriktive finanzpolitische Impuls in diesem Jahr bei 0,2% und im kommenden Jahr bei 0,1% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegen (vgl. Tabelle 7).

[a] Dies signalisiert, dass sich die anhaltende Schuldenkrise weniger stark auf die Finanzierungsbedingungen der deutschen Banken auswirkt als im System der Banken im Euroraum insgesamt, in dem jüngst erhebliche Verschärfungen zu verzeichnen waren.

nem dieser Länder würde die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen der südlichen EWU-Länder möglicherweise erneut drastisch steigen lassen, und die Unsicherheit würde wieder stark zunehmen.

Robuste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich im vierten Quartal des Jahres 2011 weiter verbessert. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen stieg

gegenüber dem Vorquartal um 0,1%. Die Zahl der Erwerbstätigen lag um 129 000 Personen bzw. 0,3% über dem Wert des Vorquartals. Mit 162 000 Personen bzw. 0,6% stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sogar noch stärker. Mehr als die Hälfte davon waren Vollzeitstellen. Vom gesamten Beschäftigungszuwachs entfielen nur 8,7% auf Leiharbeit. Ein Jahr zuvor waren es noch 36,2%. Der Anteil der Leiharbeiter an der Zahl der Arbeitnehmer war mit 2,2% um 0,1 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr. Hingegen ging die Zahl der Personen in Ein-Euro-Jobs, die statistisch zu den Erwerbstätigen zählen, gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 127 000 Personen bzw. 41,6% zurück und beträgt nunmehr nur noch 178 000.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist weiter gesunken. Im vierten Quartal des Jahres 2011 waren saisonbereinigt 2,91 Millionen Personen arbeitslos, dies waren 31 000 Personen weniger als im Vorquartal. Der Rückgang blieb damit erneut erheblich hinter dem Anstieg der Erwerbstätigen zurück. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass aufgrund der anhaltend günstigen Arbeitsmarktlage Personen, die bisher der so genannten „Stillen Reserve i. e. S."[2] zuzurechnen waren, einen Arbeitsplatz gefunden haben. Zum anderen hat das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot infolge eines starken Anstiegs des Wanderungssaldos – nicht zuletzt infolge der Krise in den südeuropäischen Staaten des Euroraums – deutlich zugenommen. So sind im Jahr 2011 nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes etwa 240 000 Personen mehr aus dem Ausland zugezogen als ins Ausland fortgezogen sind.[3] Im Jahr 2010 lag dieser Saldo noch bei 128 000 Personen. Der starke Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials ist jedoch zum Teil auch auf das Auslaufen der Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus acht EU-Mitgliedsländern zurückzuführen. Zwischen Mai und Dezember 2011 haben durch die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit etwa 59 000 Personen aus den neuen EU-Staaten in Deutschland eine Arbeit aufgenommen.[4]

Die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat sich zu Beginn des Jahres 2012 zunächst fortgesetzt. So nahm nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen im Januar um 86 000 Personen bzw. 0,2% zu. Auch Unternehmensumfragen weisen auf eine anhaltend hohe Arbeitsnachfrage hin.[5] Infolge der schwachen Produktionsentwicklung wird sich die Zunahme der Beschäftigung jedoch etwas abschwächen. Im zweiten Quartal dieses Jahres wird der Beschäftigungsaufbau vorübergehend zum Stillstand kommen (vgl. Abbildung 16). Die Unternehmen werden bestrebt sein, durch die Rückführung von Mehrarbeitsstunden, durch Abschmelzen von Arbeitszeitkonten sowie durch Kurzarbeit ihren Fachkräftebestand über die konjunkturelle Schwächephase hinweg zu halten.[6] Infolge der kräftigen Produktionszunahme ab Mitte

---

2 Dazu gehören (a) Personen, die beschäftigungslos sind und Arbeit suchen, ohne bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos registriert zu sein, sowie (b) Personen, die bei ungünstiger Lage auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben, aber bei guter Arbeitsmarktlage einen Arbeitsplatz suchen. Vgl. *Bundesagentur für Arbeit:* Arbeitsmarkt 2010. Nürnberg 2010, 36.

3 Vgl. *Statistisches Bundesamt:* Pressemitteilung Nr. 14 vom 13. Januar 2012. In der im Jahr 2009 veröffentlichten 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung war noch von einem Wanderungssaldo von 10 000 für das Jahr 2010 und 40 000 Personen für 2011 ausgegangen worden. Vgl. *Statistisches Bundesamt:* 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2009, 34. Deutlich nahm im Jahr 2011 die Einwanderung aus EU-Ländern zu, die besonders stark von der Finanz- und Schuldenkrise betroffen sind. Vgl. *Statistisches Bundesamt:* Pressemitteilung Nr. 482 vom 22. Dezember 2011.

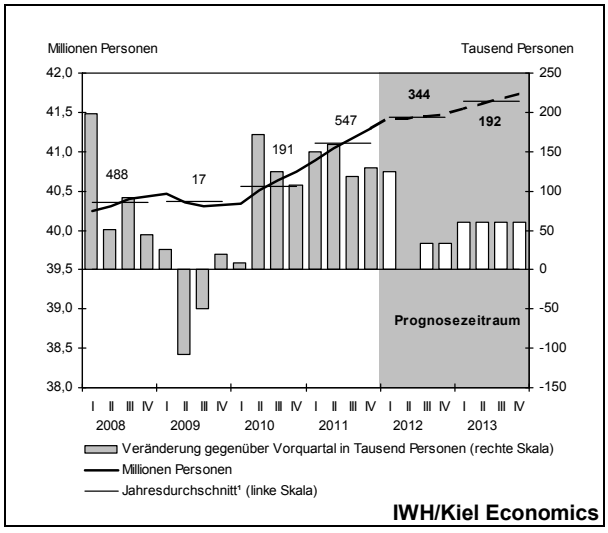
4 Vgl. hierzu *Bundesagentur für Arbeit:* Auswirkungen der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai auf den Arbeitsmarkt. Stand: Dezember 2011. Nürnberg, Februar 2012, 2. Der Anstieg der Beschäftigten aus den neuen EU-Staaten ist in etwa genauso hoch wie die Zahl der Zuzüge aus diesen Mitgliedstaaten. Damit dürfte der Anstieg der Beschäftigung nur zum Teil durch Zuwanderung erfolgt sein. Ein Teil dürfte bereits in Deutschland gelebt haben, aber nicht erwerbstätig gewesen sein. Vgl. ebenda, 3.

5 So lag im Februar das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft etwas höher als im Monat zuvor. Vgl. *ifo München*: ifo Beschäftigungsbarometer Deutschland. Februar 2012. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit lag im Februar dieses Jahres zwar um vier Punkte unter dem Stand des Vormonats, allerdings um elf Punkte über dem Vorjahresstand. Vgl. *Bundesagentur für Arbeit:* Der BA-X im Februar 2012: Arbeitskräftenachfrage gibt auf hohem Niveau nach. Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg gab es im vierten Quartal des Jahres 2011 1,13 Millionen offene Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Das waren ca. 134 000 mehr als vor einem Jahr und sogar 211 000 mehr als im dritten Quartal 2011. Vgl. *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB):* IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots 2010-2011. Presseinformation des IAB vom 16.02.2012.

6 Die Arbeitszeitkonten sowie die Zahl der Überstunden pro Kalenderwoche sind nach Berechnungen des IAB nahezu wieder auf dem Vorkrisenstand. Vgl. *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg:* Arbeitszeitpolster wieder gefüllt. Presseinformation des IAB vom 01.03.2012.

des Jahres 2012 wird die Zahl der Erwerbstätigen jedoch wieder zunehmen. Im Durchschnitt des Jahres 2012 werden etwa 344 000 Personen bzw. 0,8% mehr beschäftigt sein als im Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahr 2013 um etwa 192 000 Personen bzw. 0,5% über dem Vorjahr liegen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sinkt in diesem Jahr um 147 000 und im kommenden Jahr um 118 000 Personen. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote wird im Jahr 2012 6,4% und im Jahr darauf 6,1% betragen.

Abbildung 16:
Erwerbstätige
- Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf -



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1 000 Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2012: eigene Prognose.

Nachdem die zu Beginn des Jahres 2011 ausgehandelten Tarifverträge neben kräftigen tabellenwirksamen Lohnsteigerungen auch hohe Einmalzahlungen enthielten, sind gerade diese Pauschalzahlungen in letzter Zeit geringer ausgefallen. Dafür steigen jedoch die Grundgehälter nun kräftiger. Allerdings gibt es wie bereits in den vergangenen Jahren viele Tarifbereiche, in denen keine neuen Tarifverträge abgeschlossen wurden. Dies führte letztlich dazu, dass die Tariflohnzuwächse Ende 2011 insgesamt nur bei 1,7% lagen, obwohl bei vielen Neuabschlüssen Lohnsteigerungen zwischen 3% und 4% vereinbart wurden. Die erzielten Abschlüsse haben häufig eine Gültigkeitsdauer bis weit in das Jahr 2012 hinein. Es wird davon ausgegangen, dass bei den demnächst anstehenden Neuabschlüssen kräftige Tariflohnsteigerungen vereinbart werden, sodass die Tariflohnentwicklung in diesem Jahr bei 2,6% und im nächsten Jahr bei 2,4% liegen wird.

Die Effektivlöhne je Arbeitnehmer stiegen im Jahr 2011 außergewöhnlich kräftig um 3,3%. Das führte auf Jahresbasis zur höchsten Lohndrift seit der deutschen Vereinigung. Am Ende des Jahres 2011 kam es durch die konjunkturelle Abschwächung zu einer Verlangsamung des Effektivlohnanstiegs je Arbeitnehmer, der sich bis in das erste Quartal des Jahres 2012 hineinzog. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums werden die Löhne wieder kräftig an Fahrt gewinnen, nicht zuletzt weil Sonderfaktoren, die in den vergangenen Jahren den Lohnauftrieb gedämpft haben, auslaufen (vgl. Kasten 5). Insbesondere im Jahr 2013 erhalten die Effektivlöhne durch die dann den Arbeitsmarkt bestimmenden Knappheiten einen besonders kräftigen Schub. Insgesamt steigen die Effektivlöhne je Arbeitnehmer um 2,9% im Jahr 2012 und im Jahr darauf um 4,0%. Die Stundenlöhne steigen in diesem Jahr um 3,5% und im nächsten um 4,2%. Demzufolge wird sich die Lohnstückkostenbelastung der Produktion im Jahr 2012 um 2,4%, im Jahr 2013 um 2,3% erhöhen.

Nachfragedelle bremst deutschen Export

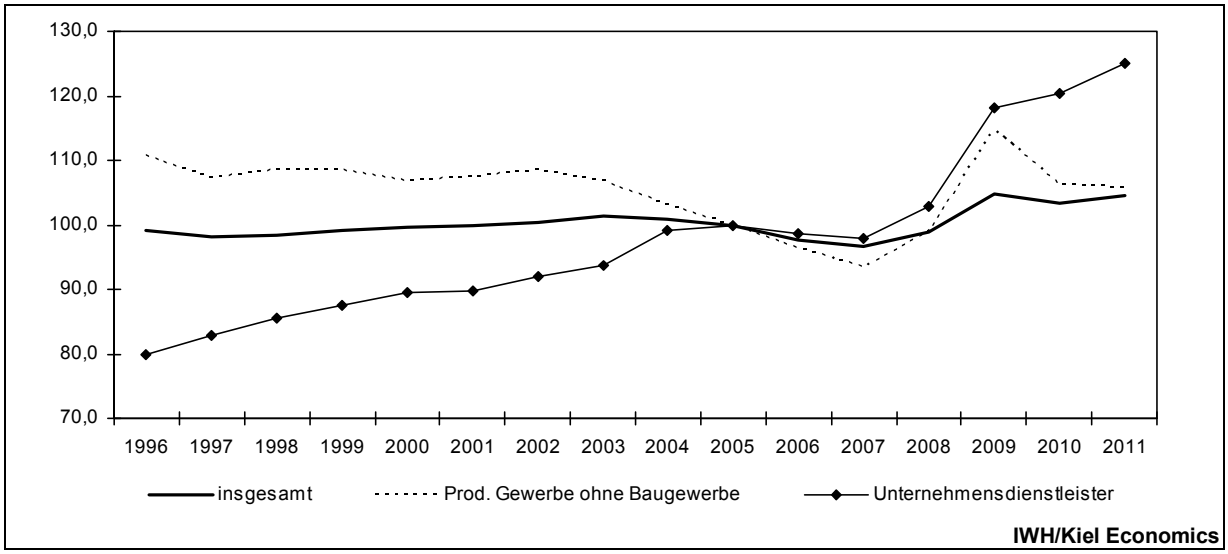
Die deutschen Ausfuhren expandierten im vergangenen Jahr mit über 8% erneut deutlich stärker als der Welthandel. Somit konnte sich der deutsche Export von der konjunkturellen Eintrübung im Euroraum abkoppeln. Außerordentlich kräftig legten die Lieferungen nach China und Russland zu. Doch auch die USA weiteten ihre Nachfrage nach deutschen Gütern, insbesondere infolge der dort wiederanziehenden Investitionstätigkeit, deutlich aus. Ebenfalls überdurchschnittlich nahmen die Exporte in die mittel- und osteuropäischen EU-Länder zu, die vor allem mehr Vorleistungs- und Investitionsgüter nachfragten. Unterdurchschnittlich entwickelten sich nicht nur die Lieferungen in den Euroraum, sondern auch in die südostasiatischen Schwellenländer.

Bereits im vierten Quartal des vergangenen Jahres gingen die deutschen Exporte, insbesondere infolge von Produktionsrückgängen nicht nur in den südeuropäischen, sondern mittlerweile auch anderen EU-Mitgliedsländern, zurück. Auch zum Jahresbeginn 2012 standen sie weiter im Zeichen der Rezession in zahlreichen europäischen Handelspartnerländern. Zudem expandierte die Nachfrage der asiatischen Schwellenländer, insbesondere aufgrund der geringeren konjunkturellen Dynamik in China, nur schwach. Im zweiten Quartal dürften die Exporte wieder anziehen. Hierzu trägt vor allem die wieder stärkere Ausweitung der Nachfrage der

Kasten 5:
Reallohnentwicklung und Flexibilisierung der Beschäftigung in Deutschland

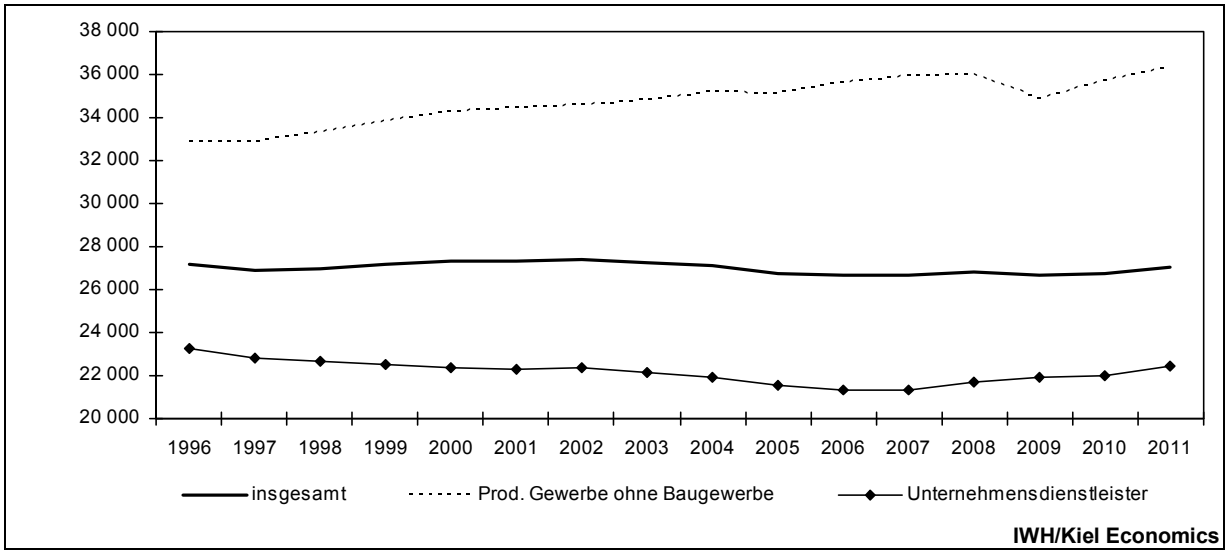
Zwischen den Jahren 2002 und 2007 konnte die deutsche Wirtschaft ihre internationale Wettbewerbssituation stark verbessern. Die Lohnstückkosten, die in einer Wirtschaft mit steigendem Preisniveau im Zeitverlauf typischerweise zunehmen, gingen in Deutschland sogar leicht zurück (vgl. Abbildung 17). Ebenso sanken die realen durchschnittlichen Effektivverdienste je Arbeitnehmer. Sie liegen auch aktuell noch unter ihrem Höchstwert aus dem Jahr 2002 (vgl. Abbildung 18). Diese Entwicklung erklärt sich zu einem Teil aus geringen Tariflohnsteigerungen[a], welche durch die schlechte Arbeitsmarktsituation erzwungen wurden. Auch kam es durch rechtliche Änderungen bei den sozialen Sicherungssystemen (Einführung des ALG II) zu einem höheren Anreiz, eine geringer entlohnte Beschäftigung auszuüben. Darüber hinaus erklärt jedoch auch der verstärkte Einsatz von verschiedenen Instrumenten zur Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen die schwache Reallohnentwicklung pro Kopf.

Abbildung 17:
Lohnstückkosten (Stundenkonzept) nach ausgewählten Branchen
- Index 2005 = 100 -



Quelle: Statistisches Bundesamt.

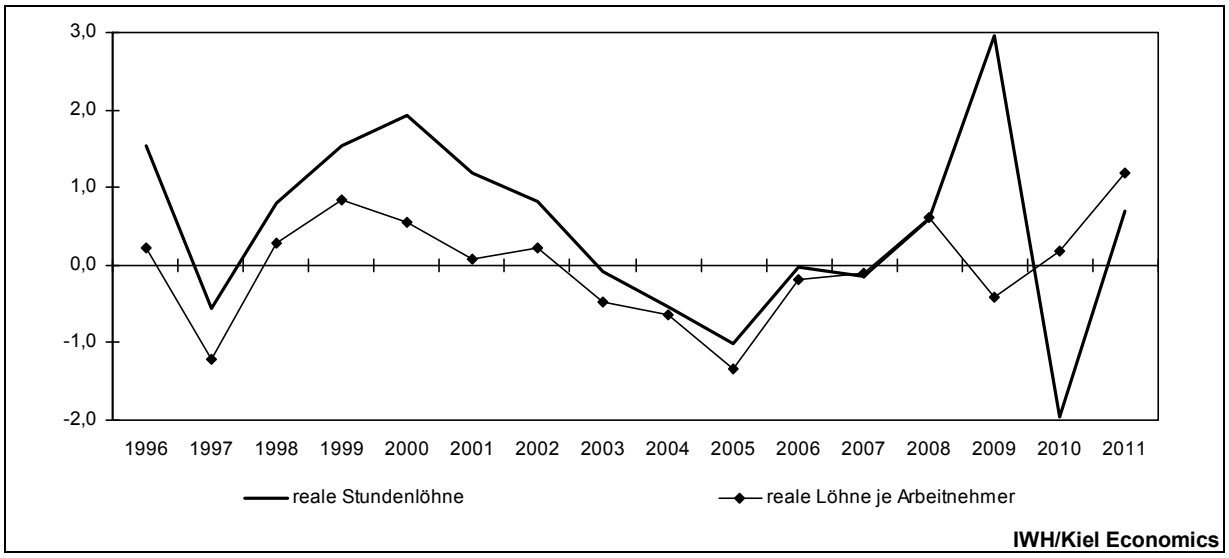
Abbildung 18:
Reale Jahreseffektivverdienste je Arbeitnehmer in Deutschland nach ausgewählten Branchen
- in Euro -



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zum einen ging die geleistete Arbeitszeit je Arbeitnehmer merklich zurück, weil Beschäftigungsverhältnisse in Teilzeit stark an Bedeutung gewannen. In der Folge sank der Pro-Kopf-Reallohn allein aufgrund der abnehmenden Arbeitszeit pro Beschäftigtem deutlich stärker als der reale Stundenlohn (vgl. Abbildung 19). Hinzu kommt, dass für Teilzeitarbeit häufig ein geringerer Stundenlohn als für Vollzeitarbeit gezahlt wird.

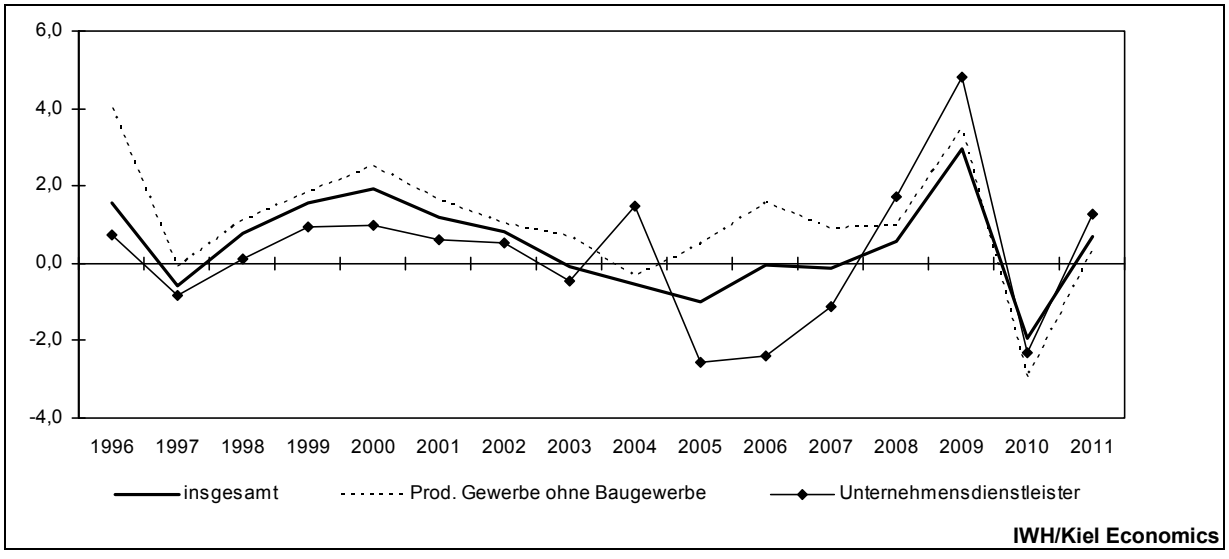
Abbildung 19:
Vergleich der realen Veränderung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer und je Stunde
- in % -



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Zum anderen wurden ab 2002 vermehrt Arbeitszeitkonten eingesetzt. Diese ermöglichen, eine kurzfristig erhöhte Arbeitsnachfrage schnell und kostengünstig zu decken. Sie können temporär bei einer hohen Kapazitätsauslastung sogar zu einer Abnahme der Lohnkosten je geleistete Stunde führen, wenn Arbeitnehmer Überstunden auf Arbeitszeitkonten aufbauen und nicht ausbezahlt bekommen. Dies war in Deutschland bis zur Krise in den Jahren 2008 und 2009 der Fall. In der Krise, als Arbeitszeitkonten geleert wurden, kehrt sich dieser Effekt jedoch um (vgl. Abbildung 20).

Abbildung 20:
Reale Veränderung der Bruttolöhne und -gehälter je geleistete Stunde ausgewählter Branchen
- in % -



Quelle: Statistisches Bundesamt.

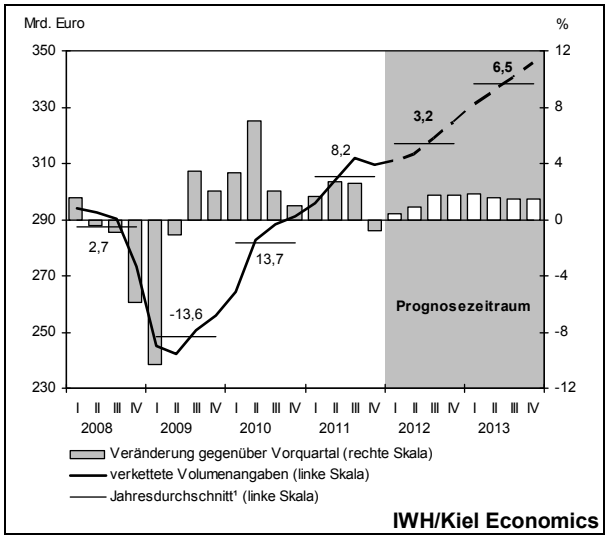
Schließlich wurde in der Zeit zwischen 2002 und 2008 die Leiharbeit kräftig ausgeweitet, von knapp 300 000 in Leiharbeit Beschäftigten im Jahr 2002 auf etwa 800 000 im Jahr 2008. Diese Leiharbeitnehmer erhielten häufig nur geringe Löhne und Gehälter, nicht zuletzt weil sie wenig Verhandlungsmacht gegenüber den Arbeitgebern hatten.

Folgerichtig verringerten sich die realen Arbeitnehmerlöhne bei den Unternehmensdienstleistungen, zu denen die Arbeitnehmerüberlassungen gehören, überdurchschnittlich. Auf der anderen Seite sanken im für den Außenhandel besonders relevanten Produzierenden Gewerbe die Reallöhne nicht. Vielmehr stiegen sie nach dem Jahr 2002 durchschnittlich um 0,7%[b] pro Jahr, und erst infolge der Kurzarbeit im Krisenjahr 2009 gab es einen kräftigen, kurzzeitigen Rückgang. Trotzdem sanken die Lohnstückkosten in diesem Bereich von 2002 bis zum Ausbruch der Krise kräftig und sogar stärker als in der Gesamtwirtschaft. Dies spricht dafür, dass vor allem hohe Produktivitätsgewinne zur Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geführt haben. Relativierend ist jedoch anzumerken, dass die Ausweitung der Leiharbeit insbesondere im Produzierenden Gewerbe stattgefunden hat. Daher müsste aus ökonomischer Sicht ein Teil der Arbeitnehmer im Bereich der Unternehmensdienstleistungen dem Produzierenden Gewerbe zugeordnet werden, was im Resultat für einen weniger starken Anstieg der tatsächlichen Löhne in diesem Wirtschaftsbereich spricht.

Ohne die verschiedenen Instrumente zur Flexibilisierung der Beschäftigung hätte sich die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft nicht so stark verbessert. Allerdings deutet sich gegenwärtig an, dass sich die günstige Entwicklung der Wettbewerbsposition des Produzierenden Gewerbes aus der Vorkrisenzeit nicht fortsetzt. So gab es in letzter Zeit im Bereich der Leiharbeit einige rechtliche und tarifliche Änderungen, sodass davon auszugehen ist, dass die Löhne hier deutlich steigen werden. Auch dürfte sich das Gewicht der Leiharbeit an den gesamten Beschäftigungsverhältnissen in Deutschland nicht mehr im Tempo der Vorkrisenjahre erhöhen. Vor allem sind es aber wohl die aktuellen Knappheitsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland, die dazu führen, dass die Arbeitnehmer im Prognosezeitraum hohe Lohnforderungen durchsetzen können, die dem Produktivitätsfortschritt entsprechen.

[a] Die Tariflöhne sind zwischen den Jahren 2002 und 2008 im Mittel um 1,5% pro Jahr gestiegen, von 1991 bis 2001 durchschnittlich um 3%. Im Jahr 2011 lag der Tariflohnanstieg bei 1,6%. – [b] Zwischen den Jahren 1996 und 2001 lag der mittlere reale Lohnanstieg je Beschäftigten bei 1,1% pro Jahr.

Abbildung 21:
Reale Exporte
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2012: eigene Prognose.

Schwellenländer bei. Ab der zweiten Jahreshälfte 2012 dürften die Ausfuhren mit der konjunkturellen Belebung im Euroraum und dem weiteren Anziehen der Weltkonjunktur wieder kräftiger expandieren. Aufgrund des schwachen Jahresbeginns wird sich der Exportzuwachs 2012 im Jahresdurchschnitt deutlich verlangsamen. Mit der weiteren konjunkturellen Stabilisierung in den europäischen Handelspartnerländern beläuft sich der Exportzuwachs im Jahr 2013 voraussichtlich auf 6,5%, nach 3,2% in diesem Jahr (vgl. Abbildung 21).

Die Einfuhren expandierten im vergangenen Jahr insgesamt etwas schwächer als die Exporte. Mit der bis zum Herbst recht hohen Konsum- und Exportdynamik legten jedoch insbesondere die Importe von Konsum- und Vorleistungsgütern merklich zu. Nach einem leichten Rückgang im Schlussquartal 2011 wird die Importdynamik bei kaum expandierender Binnen- und Exportnachfrage zunächst wohl schwach bleiben. In der zweiten Jahreshälfte 2012 dürfte mit kräftig anziehenden Investitionen und Exporten auch die Importnachfrage wieder spürbar ausgeweitet werden, sodass die Einfuhren im Jahr 2012 wohl um 4,2% zulegen. Im kommenden Jahr werden die Importe, unterstützt durch die robuste inländische Konsumnachfrage, um 7,2% ausge-

weitet. Insgesamt liefert der Außenhandel im Prognosezeitraum keinen Beitrag zum Produktionsanstieg (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8:
Reale Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen

	2011	2012	2013
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Exporte	8,2	3,2	6,5
Importe	7,4	4,2	7,2
	in % des BIP		
Exporte	50,2	51,2	53,5
Importe	43,7	44,9	47,3
	Außenbeitrag		
Mrd. Euro	159,7	154,7	157,5
Wachstumsbeitrag[a]	0,8	−0,3	0,0

[a] Veränderung des Außenbeitrags gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsproduktes des Vorjahres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Prognose.

Mit dem rasanten Anstieg der Rohstoffpreise haben sich die Terms of Trade im Jahr 2011 stark verschlechtert. Annahmegemäß flacht sich der Preisauftrieb an den Rohstoffmärkten jedoch allmählich ab, sodass sich der Anstieg der Einfuhrpreise deutlich verlangsamen wird. Aufgrund der konjunkturellen Situation in wichtigen Absatzmärkten sind die Produzenten zunächst kaum in der Lage, Preissteigerungen durchzusetzen. Somit werden sich die Terms of Trade im Jahr 2012 nochmals leicht verschlechtern. Im kommenden Jahr dürften sie sich bei weiter abnehmender Preisdynamik an den Rohstoffmärkten etwas verbessern.

Investitionen legen wieder auf breiter Basis zu

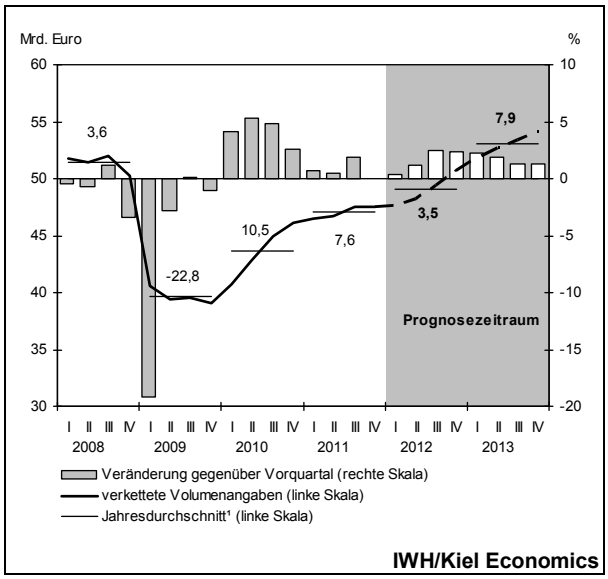
Die Anlageinvestitionen expandierten angesichts historisch niedriger Zinsen mit 6,4% im Jahr 2011 nochmals kräftig und sogar stärker als im Nachkrisenjahr 2010. Die Beschleunigung ging dabei ausschließlich von der Baunachfrage aus – insbesondere von den gestiegenen Investitionen in Wohn- und Wirtschaftsbauten –, die neben den niedrigen Zinsen auch von der milden Witterung zu Beginn und zum Ende des Jahres profitierte. Demgegenüber wurden die Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf der ersten drei Quartale 2011 nur vergleichsweise mäßig ausgeweitet, zuletzt stagnierten sie sogar nur noch.[7] Zum Jahresbeginn war das Auslaufen der degressiven Abschreibungsregelungen für das gedämpfte Expansionstempo verantwortlich, im weiteren Verlauf des vergangenen Jahres dürfte aber vor allem die Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum und die schwache weltwirtschaftliche Entwicklung die Unternehmen von höheren Ausgaben für Maschinen und Geräte zurückgehalten haben.

Im ersten Quartal 2012 dürfte die Investitionszurückhaltung bei den Ausrüstungen zunächst noch anhalten. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie hat zu Jahresbeginn ein weiteres Mal nachgegeben, und die inländischen Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller waren zuletzt rückläufig. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums stellt sich das Investitionsumfeld allerdings günstiger dar: Die aufgehellten Absatzaussichten außerhalb Europas, etwa in den USA und bei den Rohölländern, dürften die Investitionsbereitschaft der Exportunternehmen wieder anregen. Dazu wird wohl der bei guten Arbeitsmarkt- und Einkommensaussichten anziehende private Konsum die Zuversicht der binnenorientierten Unternehmen stärken. Zwar betrifft dies zunächst nur die Unternehmen des Kraftfahrzeugbaus, die bereits zu Jahresbeginn über unzureichende technische Kapazitäten berichteten. Wenn sich im späteren Verlauf die Erholungstendenzen inner- und außerhalb Deutschlands verstetigen, dürften allerdings auch weitere Branchen an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen und in neue Ausrüstungen investieren. Zwar werden die gestiegenen Energiepreise und die zu erwartenden höheren Lohnstückkosten die Gewinnerwartungen der Unternehmen dämpfen. Die Finanzierungsbedingungen sind aber angesichts der guten Eigenkapitalbasis der Unternehmen, der nach wie vor niedrigen Zinsen und kaum veränderter Kreditbedingungen immer noch als ausgesprochen günstig einzuschätzen. Die Ausrüstungsinvestitionen steigen nach dieser Prognose im Jahr 2012 um 3,5% und im kommenden Jahr um knapp 8% (vgl. Abbildung 22). Der gewerbliche Bau dürfte nach einem witterungsbedingt schwachen ersten Quartal mit Zeitverzögerung ebenfalls von den Kapazitätserweiterungen profitieren. So sind die Auftragseingänge hier zuletzt leicht, die weiter reichenden Baugenehmigungen sogar deutlich angestiegen. Alles in allem legen die Unternehmensinvestitionen in diesem Jahr voraussichtlich um knapp 3% und im kommenden Jahr um knapp 6,7% zu (vgl. Tabelle 9).

Auch die Wohnungsbauinvestitionen bleiben aufwärtsgerichtet. Dafür sprechen sowohl die zuletzt nochmals kräftig gestiegenen Auftragseingänge

[7] Der mit 7,2% immer noch hohe Jahreszuwachs ergibt sich bei den Ausrüstungsinvestitionen zu knapp zwei Dritteln aus dem hohen Niveau zum Jahresende 2011.

Abbildung 22:
Reale Investitionen in Ausrüstungen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2012: eigene Prognose.

Tabelle 9:
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

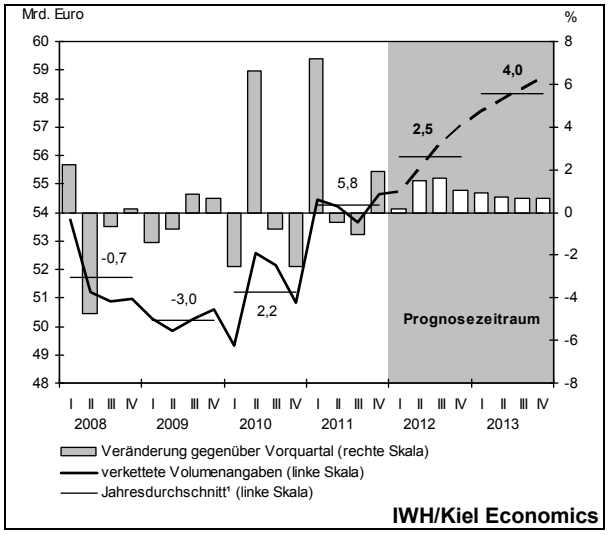
	2011	2012	2013
Anlageinvestitionen insgesamt	6,4	3,0	5,7
Ausrüstungen	7,6	3,5	7,9
sonstige Anlagen	4,8	5,0	6,0
Bauinvestitionen insgesamt	5,8	2,5	4,0
Wohnbauten	6,3	3,4	4,5
Nichtwohnbauten insgesamt	5,1	1,3	3,3
gewerbliche Bauten	7,2	0,8	4,0
öffentliche Bauten	0,3	2,5	1,5
nachrichtlich:			
Unternehmensinvestitionen	7,2	2,9	6,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Prognose.

des Bauhauptgewerbes als auch der Anstieg der Baugenehmigungen. Nach wie vor regen die stabile Arbeitsmarktlage, die steigenden real verfügbaren Einkommen, die günstigen Hypothekenzinsen und die Renditeerwartungen bei Immobilien die Bauabsichten der privaten Haushalte an. Allerdings sprechen die nicht mehr so stürmischen Zuwachsraten bei den zu genehmigenden Wohnneubauten dafür, dass sich die Impulse zum Ende des Prognosezeitraums etwas abschwächen werden. Der aufgestaute und wegen niedriger Zinsen realisierte Eigenbedarf dürfte dann wohl weitestgehend gesättigt sein. Sicherheitsbedingte Anlagen in Wohnimmobilien bleiben dagegen voraussichtlich weiterhin attraktiv. Positive Impulse dürften auch weiterhin von der Modernisierung und insbesondere der energetischen Sanierung ausgehen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im Prognosezeitraum wohl ebenfalls zulegen. Die Entspannung der Finanzlage vieler Kommunen lässt die Investitionstätigkeit nach einem witterungsbedingt rückläufigen ersten Quartal im Verlauf der Jahre 2012 und 2013 steigen, wenn auch nur verhalten aufgrund der Anforderungen der Schuldenbremse. Insgesamt nehmen die Bauinvestitionen im Jahr 2012 um 2,5% und im darauffolgenden Jahr um 4% zu (vgl. Abbildung 23).

Abbildung 23:
Reale Bauinvestitionen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2012: eigene Prognose.

Privater Konsum profitiert von hohen Lohnzuwächsen

Nach der außergewöhnlich kräftigen Ausweitung der Käufe im dritten Quartal 2011 ging der Konsum der privaten Haushalte am Ende des Jahres leicht zurück. Insgesamt stieg damit der private Konsum im vergangenen Jahr real um 1,5%. Dies dürfte vor allem auf die kräftigen Einkommenszuwächse zurückzuführen sein (vgl. Tabelle 10).

Nachdem im ersten Halbjahr 2011 die Bruttolöhne und -gehälter durch die günstige Arbeitsmarktlage mit 5,1% nochmals stärker gestiegen

waren als zuvor, zeigte sich im zweiten Halbjahr ein leichter Rückgang des Anstiegs. Insgesamt stiegen die Masseneinkommen jedoch aufgrund geringerer Sozialleistungen im vergangenen Jahr nur um 1,8%. Weil aber die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen kräftig zulegten, stiegen die verfügbaren Einkommen im Jahr 2011 insgesamt um 3,2%.

Tabelle 10:
Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte[a] in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2011	2012	2013
verfügbare Einkommen, nominal	3,2	3,1	3,6
darunter:			
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	3,7	3,4	3,9
monetäre Sozialleistungen	−1,4	1,2	0,5
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	5,8	3,6	4,4
Sparen	0,3	1,4	3,5
private Konsumausgaben, nominal	3,6	3,3	3,6
nachrichtlich: Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	4,7	3,8	4,5
Sparquote (in %)	11,0	10,8	10,8
Preisindex des privaten Konsums	2,1	2,0	2,3
private Konsumausgaben, real	1,5	1,3	1,3

[a] Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Prognose.

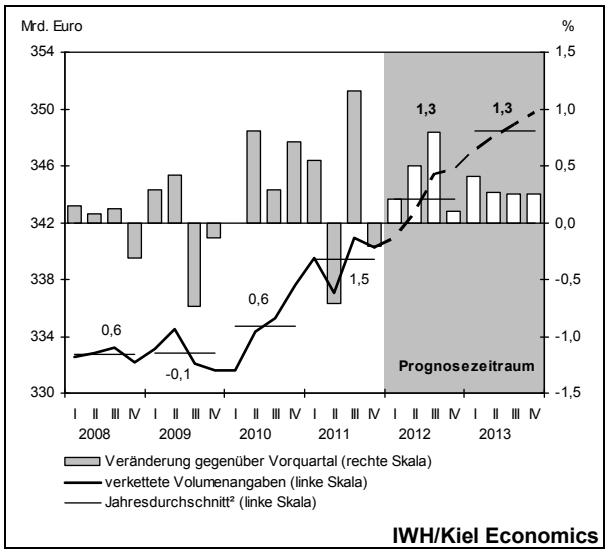
Die Beschäftigten werden im Prognosezeitraum am Produktionszuwachs mehr als bisher partizipieren können, da die Knappheitsverhältnisse am Arbeitsmarkt die Löhne treiben. Daher werden die Effektivlöhne je Arbeitnehmer um 2,9% in diesem Jahr und um 4,0% im nächsten steigen. Durch die weitere Erhöhung der Arbeitsnachfrage legen die Bruttolöhne und -gehälter insgesamt im Jahr 2012 um 3,8% zu und um 4,5% im Jahr danach. Die Nettolöhne werden durch eine Verringerung des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialkassen geringfügig entlastet und steigen in beiden Jahren kräftig.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit hat in den vergangenen 1½ Jahren zu sinkenden monetären Sozialleistungen geführt. Im Jahr 2012 dürfte dieser Trend gestoppt werden, da durch die gute Lohnentwicklung im Vorjahr die Renten und andere daran gekoppelte Sozialtransfers steigen. Insgesamt kommt es in diesem Jahr zu einer Ausweitung der monetären Sozialleistungen um 1,2%, danach um 0,5%.

Auch die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen werden weiter kräftig zunehmen, wenngleich es durch das schwache Winterhalbjahr 2011/2012 vorübergehend zu einer leichten Dämpfung der Zuwächse kommt. Insgesamt werden sie in den Jahren 2012 und 2013 etwas langsamer steigen als die Bruttolöhne und -gehälter.

Alles in allem nehmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2012 mit 3,1% etwas langsamer zu als im vorangegangenen Jahr. Im Jahr 2013 steigen sie mit 3,6% nochmals deutlich stärker. Auch der Preisanstieg nimmt im Prognosezeitraum weiter zu. Insgesamt ist in den Jahren 2012 und 2013 jedoch auch real mit Einkommenszuwächsen zu rechnen. Der Anreiz zu sparen dürfte aufgrund der teilweise negativen Realzinsen niedrig sein. Daher dürfte die Sparquote im Jahr 2012 leicht sinken und im kommenden Jahr konstant bleiben.

Abbildung 24:
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[1]
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



[1] Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2012: eigene Prognose.

Aktuell deutet sich an, dass die privaten Käufe im ersten Quartal 2012 immer noch keinen Anschluss an die hohen Zuwächse im dritten Quartal 2011 gefunden haben. Die im vierten Quartal sichtbar gewordene Konsumzurückhaltung hat sich wohl bis ins Jahr 2012 hingezogen. Mit dem Anspringen der Konjunktur wird sich das in den nächsten Quartalen jedoch wieder ändern. Die privaten Haushalte werden ihre Käufe in diesem Jahr insgesamt real

um 1,3% ausweiten. Die verbesserten Einkommensperspektiven dürften im Jahr 2013 nochmals zu einer Ausweitung der privaten Käufe um real 1,3% führen (vgl. Abbildung 24).

Kräftiger Preisanstieg hält an

Nach den kräftigen Preissteigerungen im ersten Halbjahr 2011 nahm die Inflation in der zweiten Jahreshälfte etwas ab. Insgesamt stiegen die Preise im vergangenen Jahr um 2,3%. Auch nach dem Jahreswechsel waren weitere kräftige Preissteigerungen zu beobachten. Im Februar 2012 lag die Inflationsrate bei 2,3%. Insgesamt wird die Entwicklung der Verbraucherpreise nach wie vor stark von den Energiepreisen getrieben. So lagen die Preise von Haushaltsenergie und von Kraftstoffen im vierten Quartal um etwa 10% über ihrem Vorjahresstand. Ohne Energiepreise hätte die Inflation in diesem Zeitraum nur bei 1,4% gelegen. Im Prognosezeitraum dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise trotz der Annahme konstanter Ölpreise und eines stabilen Wechselkurses zunehmen. Auch die überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung in den nächsten Jahren wird für Preisauftrieb sorgen. Die Inflationserwartungen haben zu Beginn 2012 wieder etwas nachgelassen, jedoch deuten sie nach wie vor auf einen recht kräftigen Preisanstieg hin. Alles in allem dürfte sich das Preisniveau in diesem Jahr um 2,3% und im kommenden Jahr um 2,5% erhöhen.

Haushaltskonsolidierung schreitet voran

Im vergangenen Jahr hat sich das Defizit der öffentlichen Haushalte, insbesondere aufgrund der konjunkturell bedingt günstigen Einnahmeentwicklung, spürbar reduziert, auch wenn die geplanten Konsolidierungsmaßnahmen nur zum Teil umgesetzt worden sind. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt lag das Defizit bei 1,0% und damit weit unterhalb der im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Defizitgrenze. Zudem unterschritt der Bund die nach den Regeln der Schuldenbremse im Jahr 2011 zulässige Neuverschuldung deutlich.

Mit 6,4% erhöhten sich die Staatseinnahmen im vergangenen Jahr, insbesondere durch Mehreinnahmen aus Lohn- und Einkommensteuern, so stark wie seit 20 Jahren nicht mehr. Im Winterhalbjahr 2011/2012 entwickelten sich die Einnahmen der öffentlichen Hand aufgrund der ins Stocken geratenen Konjunktur jedoch deutlich schwächer als zuletzt. Der Arbeitsmarkt zeigt sich allerdings nach wie vor robust, sodass bei anhaltendem Beschäftigungsaufbau, insbesondere aber aufgrund hoher Lohnsteigerungen das Lohnsteueraufkommen im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wieder stärker expandieren dürfte. Gleiches gilt für die Sozialbeiträge, wenngleich hier die Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung zum 1. Januar 2012 um 0,3 Prozentpunkte einnahmenmindernd wirkt. Mit dem kräftig anziehenden privaten Konsum werden auch die Verbrauchsteuereinnahmen im Verlauf wieder zunehmend ausgeweitet. Aufgrund der guten Gewinnsituation dürften die Steuern auf Unternehmertätigkeit im Jahr 2012 nochmals kräftig, im kommenden Jahr dann aber deutlich verhaltener expandieren. Zudem werden im Jahr 2013 zusätzlich geplante Steuerentlastungen sowie die weitere Absenkung des kumulierten Beitragssatzes zur Sozialversicherung einnahmenmindernd wirken. Alles in allem werden die Einnahmen des Staates im Jahr 2012 um 3,5% und im Jahr 2013 um 3,8% zunehmen.

Die öffentlichen Ausgaben waren im vergangenen Jahr leicht rückläufig. Verantwortlich hierfür waren in erster Linie die aufgrund der guten Beschäftigungslage rückläufigen monetären Sozialleistungen. Im Prognosezeitraum wird der finanzpolitische Restriktionskurs etwas gelockert, und die Staatsausgaben werden wieder leicht steigen. So dürften relativ hohe Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst, im Jahr 2012 zusätzlich die Erhöhung des Weihnachtsgeldes für Beamte, zu Mehrausgaben führen. Zudem schlägt im Jahr 2012 die Rentenanpassung zu Buche. Dagegen werden die weiter anziehende Beschäftigung und der beschleunigte Rückgang der Arbeitslosigkeit den Ausgabenanstieg dämpfen. Auch werden die öffentlichen Investitionen, nicht zuletzt weil die Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen ausgelaufen sind, im Prognosezeitraum wohl etwas schwächer expandieren. Alles in allem beläuft sich der Anstieg der Staatsausgaben im Jahr 2012 auf 2,5% und im kommenden Jahr auf 2%.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum abgebaut. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt verringert sich das Defizit des Staates voraussichtlich auf 0,5% im Jahr 2012. Für das Jahr 2013 wird für die öffentlichen Haushalte ein positiver Finanzierungssaldo erwartet. Dieser ist allerdings rein konjunkturell bedingt, der strukturelle Finanzierungssaldo bleibt weiterhin negativ, sodass weiterer Konsolidierungsbedarf besteht. Gleichwohl kann der Bund, der gemäß der Schuldenbremse sein strukturelles Defizit bis 2016 auf 0,35% des Bruttoinlandspro-

duktes zurückfahren muss, bei dieser Entwicklung die in der Übergangsregelung zur Schuldenbremse festgelegten Defizitgrenzen einhalten.

Mittelfristige Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung

Die Mittelfristprojektion setzt auf der Kurzfristprognose für die Jahre 2012 bis 2013 auf und beruht auf Berechnungen zum Produktionspotenzial. Letzteres wird mit der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Methode geschätzt[8] und in Übereinstimmung mit der Vorgehensweise bei der Gemeinschaftsdiagnose als exogen unterstellt (vgl. Kasten 6).

Die Schätzung ergibt für den Zeitraum von 2011 bis 2016 einen durchschnittlichen Anstieg des Produktionspotenzials von 1,5% (vgl. Tabelle 11). Der Kapitalstock dürfte mit 0,6% zum Potenzialwachstum beitragen. Für den technologischen Fortschritt wird unterstellt, dass dessen Trendwachstum im Projektionszeitraum wieder zunimmt, nachdem es in den Jahren vor der Rezession durch den Beschäftigungsaufbau im Niedriglohnsektor gedrückt wurde. Ferner ist mit einer Zunahme des Arbeitsvolumens um durchschnittlich 0,3% zu rechnen. Zwar dürfte sich im Projektionszeitraum der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter fortsetzen. Ebenso dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen weiter sinken, da sich die zunehmende Bedeutung der Teilzeitarbeit wohl auch in Zukunft fortsetzen wird. Die Partizipationsrate dürfte hingegen im Projektionszeitraum um 0,5% zunehmen. Schätzungen deuten zwar auf einen weiteren Anstieg der Erwerbsquote am aktuellen Rand hin, allerdings wird für den weiteren Projektionszeitraum in Übereinstimmung mit der EU-Methode annähernd Konstanz unterstellt.

Die hier vorgelegte Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland für die mittlere Frist beruht auf einem modellgestützten Ansatz. Die Nachfrageseite ist so modelliert, dass langfristig

Kasten 6:
Rahmenbedingungen und Annahmen der Projektion

Für die Weltwirtschaft in den Jahren 2013 bis 2016 wird unterstellt, dass die Konjunktur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nur allmählich wieder Fahrt aufnimmt, und dass die Wachstumsdynamik in den Schwellenländern zwar hoch bleibt, aber etwas geringer ausfällt als im Durchschnitt der vergangenen Dekade. Entsprechend wird angenommen, dass der Welthandel im Zeitraum von 2013 bis 2016 um durchschnittlich 6,1% und damit etwas langsamer als im Schnitt der vergangenen zehn Jahre zunehmen wird. Der Ölpreis (Sorte Brent) wird nach einem temporären Höchststand von durchschnittlich 118 US-Dollar im ersten Quartal 2012 im zweiten Quartal auf 115 US-Dollar zurückgehen und 2013 auf diesem Niveau verharren. Des Weiteren wird angenommen, dass der reale Ölpreis im Zeitraum von 2014 bis 2016 konstant bleibt. Der Euro-Dollar-Wechselkurs beträgt ab dem zweiten Quartal 2012 im gesamten Projektionszeitraum 1,34 US-Dollar je Euro. Es wird unterstellt, dass die deutsche Wirtschaft an preislicher Wettbewerbsfähigkeit bei annahmegemäß unveränderten nominalen Wechselkursen einbüßt, weil sich die Preis- und Lohndynamik in vielen Partnerländern des Euroraums aufgrund von Strukturproblemen weiter abschwächen wird. Dies dürfte zu einem negativen Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags führen.

Stimulierende Effekte auf die Inlandsnachfrage dürfte die anhaltend expansive Geldpolitik der EZB mit sich bringen. Unter der Annahme, dass die langfristigen Inflationserwartungen konstant bleiben, ist aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung und der hohen Arbeitslosigkeit im übrigen Euroraum unterstellt, dass der Leitzins bis zum Ende des Prognosezeitraums unter dem langfristigen neutralen Niveau liegt.

Im Jahr 2011 fiel der Wanderungssaldo deutlich höher aus, als in der im Jahr 2009 veröffentlichten 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung angenommen wurde (40 000 vs. ca. 240 000).[a] Dies ist u. a. auf die seit Mai 2011 geltende uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit für die acht neuen EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa sowie auf verstärkte Zuwanderungen aus EU-Staaten zurückzuführen, die von der Schulden- und Vertrauenskrise besonders stark betroffen sind. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung im Projektionszeitraum fortsetzen wird: Für das Jahr 2012 dürfte der Wanderungssaldo um 130 000 Personen höher liegen als in der Bevölkerungsprojektion bereits berücksichtigt. Für die Jahre 2013 bis 2016 ist ein zusätzlicher Wanderungssaldo von 60 000, 40 000, 30 000 bzw. 20 000 unterstellt.

[a] Vgl. *Statistisches Bundesamt:* 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, a. a. O. – *Statistisches Bundesamt:* Pressemitteilung Nr. 14 vom 13.01.2012.

[8] Eine Beschreibung zur Schätzung des Produktionspotenzials findet sich in: *Arbeitskreis Konjunktur:* Konjunktur aktuell: Europäische Schulden- und Vertrauenskrise bringt deutsche Konjunktur ins Stocken, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 18 (1), 2012, Kasten 5 auf S. 28.

Tabelle 11:
Das Produktionspotenzial und seine Determinanten
- 1995 bis 2016;[a] jahresdurchschnittliche Veränderung in % -

	1995 bis 2011[b]		1995 bis 2011		2011 bis 2016	
Produktionspotenzial	1,3		1,3		1,5	
Kapitalstock	1,9	(0,7)	1,9	(0,7)	1,6	(0,6)
Solow-Residuum	0,7	(0,7)	0,7	(0,7)	0,8	(0,8)
Arbeitsvolumen	0	(0)	−0,1	(−0,1)	0,3	(0,2)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	−0,2		−0,2		−0,3	
Partizipationsrate	0,6		0,6		0,5	
Erwerbsquote	0,1		0,1		0,2	
durchschnittliche Arbeitszeit	−0,5		−0,5		−0,2	
nachrichtlich:						
Arbeitsproduktivität	1,3		1,4		1,2	

[a] Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – [b] Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Projektion.

Tabelle 12:
Verwendung des nominalen Bruttoinlandsproduktes

Jahr	Bruttoinlands-produkt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat	insgesamt	Bruttoanlage-investitionen	Vorrats-veränderung	
in Mrd. Euro							
2006	2 313,9	1 339,5	424,7	419,6	417,8	1,8	130,1
2011	2 570,8	1 474,4	502,9	462,0	467,7	−5,7	131,4
2016	3 150	1 807	596	594	594	0,1	153
Anteile am BIP in %							
2006	100	57,9	18,4	18,1	18,1	0,1	5,6
2011	100	57,4	19,6	18,0	18,2	−0,2	5,1
2016	100	57½	19	18¾	18¾	0	4¾
Veränderung insgesamt in %							
2011/2006	11,1	10,1	18,4	10,1	11,9	-	-
2016/2011	22½	22½	18½	28½	27	-	-
jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2011/2006	2,1	1,9	3,4	1,9	2,3	-	-
2016/2011	4¼	4¼	3½	5¼	5	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Projektion.

das zuvor beschriebene Produktionspotenzial erreicht wird. Da die Anpassung der Produktion an das Produktionspotenzial endogen erfolgt, muss der Abbau von Unter- oder Überauslastungen der Kapazitäten nicht zwangsläufig innerhalb des mittelfristigen Projektionszeitraums von fünf Jahren erfolgen.

Unter den genannten Rahmenbedingungen wird die deutsche Wirtschaft bis zum Ende des Projektionszeitraums mit durchschnittlich 2% wachsen; das nominale Bruttoinlandsprodukt wird um durchschnittlich 4¼% zunehmen. Die Produktionskapazitäten dürften weiterhin überausgelastet sein; die Produktionslücke dürfte erst gegen Ende des Projektionszeitraums zurückgehen. Die konjunkturellen Impulse verlagern sich hierbei mehr und mehr auf die Inlandsnachfrage (vgl. Tabelle 12). Dabei ist die für Deutschland deutlich expansiv wirkende Geldpolitik der EZB für die Investitionstätigkeit

Tabelle 13:
Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

Jahr	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte				
				insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunden	in jeweiligen Preisen	Deflator
	in Mio.	*in Mio.*	*in Stunden*	*in Mrd. Euro*	*in Euro*	*in Euro*	*in Mrd. Euro*	*2005 = 100*
2006	39 192	34 736	1 424,0	2 306,7	58 856	41,3	2 313,9	100,3
2011	41 100	36 554	1 412,6	2 439,7	59 361	42,0	2 570,8	105,4
2016	41 992	37 301	1 392	2 687	63 991	46	3 150	117
Veränderung insgesamt in %								
2011/2006	4,9	5,2	−0,8	5,8	0,9	1,7	11,1	5,0
2016/2011	2¼	2	− 1½	10	7¾	9½	22½	11¼
jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2011/2006	1,0	1,0	−0,2	1,1	0,2	0,3	2,1	1,0
2016/2011	½	½	− ¼	2	1½	1¾	4¼	2¼

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Projektion.

sehr fördernd. Sowohl die Nachfrage nach Ausrüstungen als auch die nach Wohnbauten werden durch das niedrige Zinsniveau weiter angeregt. Ebenso wird der private Konsum aufgrund einer weiteren Zunahme der Beschäftigung und deutlicher Lohnerhöhungen zulegen. Der durchschnittliche jährliche Anstieg des BIP-Deflators wird im Projektionszeitraum 2¼% betragen (vgl. Tabelle 13).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2012 und 2013

	2010	2011	2012	2013	2012		2013	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsproduktes								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	0,5	1,3	0,8	0,5	1,1	0,6	0,4	0,5
Arbeitsvolumen	2,3	1,7	0,4	0,5	0,6	0,3	0,5	0,4
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	1,8	0,3	- 0,4	0,0	- 0,5	- 0,3	0,1	- 0,1
Produktivität[1]	1,4	1,3	0,8	1,8	0,3	1,3	1,8	1,7
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	3,7	3,0	1,3	2,2	0,9	1,6	2,3	2,1
2. Verwendung des Inlandsproduktes in jeweiligen Preisen								
a) in Mrd. Euro								
Konsumausgaben	1 911,8	1 977,3	2 043,2	2 115,5	991,7	1 051,5	1 027,5	1 088,0
private Haushalte[2]	1 423,0	1 474,4	1 523,5	1 578,9	741,1	782,3	767,8	811,1
Staat	488,8	502,9	519,7	536,6	250,6	269,1	259,8	276,8
Anlageinvestitionen	433,6	467,7	487,1	520,0	229,8	257,4	246,2	273,8
Ausrüstungen	170,8	183,5	189,2	204,0	89,5	99,8	96,5	107,5
Bauten	235,0	255,5	268,2	284,9	126,1	142,1	134,8	150,1
sonstige Anlageinvestitionen	27,8	28,6	29,6	31,0	14,2	15,4	14,9	16,1
Vorratsveränderung[3]	- 4,0	- 5,7	- 6,6	- 2,1	3,5	- 10,2	6,9	- 9,1
inländische Verwendung	2 341,4	2 439,4	2 523,7	2 633,4	1 225,0	1 298,7	1 280,7	1 352,7
Außenbeitrag	135,5	131,4	120,3	122,0	65,2	55,2	66,0	55,9
Exporte	1 159,8	1 289,2	1 342,6	1 441,5	660,0	682,7	705,2	736,3
Importe	1 024,4	1 157,7	1 222,3	1 319,5	594,8	627,5	639,2	680,3
Bruttoinlandsprodukt	2 476,8	2 570,8	2 644,0	2 755,3	1 290,2	1 353,8	1 346,7	1 408,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	2,6	3,4	3,3	3,5	3,2	3,5	3,6	3,5
private Haushalte[2]	2,6	3,6	3,3	3,6	3,3	3,4	3,6	3,7
Staat	2,7	2,9	3,3	3,3	2,8	3,8	3,7	2,9
Anlageinvestitionen	5,9	7,9	4,2	6,7	3,5	4,8	7,1	6,4
Ausrüstungen	10,1	7,4	3,1	7,8	2,7	3,5	7,8	7,8
Bauten	3,5	8,7	5,0	6,2	4,0	5,8	6,9	5,6
sonstige Anlageinvestitionen	2,7	3,1	3,6	4,7	3,9	3,3	5,1	4,4
inländische Verwendung	3,8	4,2	3,5	4,3	3,1	3,8	4,5	4,2
Exporte	16,5	11,2	4,1	7,4	5,0	3,4	6,9	7,9
Importe	16,7	13,0	5,6	7,9	6,2	5,0	7,4	8,4
Bruttoinlandsprodukt	4,3	3,8	2,8	4,2	2,6	3,0	4,4	4,0
3. Verwendung des Inlandsproduktes, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2005)								
a) in Mrd. Euro								
Konsumausgaben	1 801,5	1 827,7	1 852,0	1 875,8	904,9	947,1	917,3	958,5
private Haushalte[2]	1 339,0	1 358,7	1 375,9	1 393,8	671,3	704,6	679,9	714,0
Staat	462,6	469,0	476,2	482,2	233,7	242,5	237,6	244,6
Anlageinvestitionen	414,1	440,6	454,1	479,8	213,7	240,4	226,6	253,1
Ausrüstungen	175,8	189,1	195,7	211,2	91,6	104,1	98,9	112,3
Bauten	205,7	217,6	223,0	231,9	105,3	117,7	110,2	121,7
sonstige Anlageinvestitionen	32,1	33,7	35,3	37,5	16,7	18,6	17,8	19,7
inländische Verwendung	2 228,0	2 279,8	2 316,2	2 370,5	1 133,4	1 182,8	1 161,8	1 208,7
Exporte	1 131,9	1 225,4	1 264,7	1 347,3	623,6	641,1	661,4	686,0
Importe	992,0	1 065,6	1 110,0	1 189,9	540,6	569,4	577,7	612,2
Bruttoinlandsprodukt	2 368,8	2 439,7	2 470,2	2 525,2	1 216,1	1 254,1	1 244,3	1 280,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	0,9	1,5	1,3	1,3	1,1	1,6	1,4	1,2
private Haushalte[2]	0,6	1,5	1,3	1,3	1,1	1,4	1,3	1,3
Staat	1,7	1,4	1,5	1,3	1,0	2,1	1,6	0,9
Anlageinvestitionen	5,5	6,4	3,0	5,7	2,2	3,8	6,0	5,3
Ausrüstungen	10,5	7,5	3,5	7,9	2,9	4,0	8,0	7,9
Bauten	2,2	5,8	2,5	4,0	1,4	3,5	4,6	3,5
sonstige Anlageinvestitionen	4,7	4,8	5,0	6,0	5,4	4,7	6,5	5,7
inländische Verwendung	2,4	2,3	1,6	2,3	1,1	2,0	2,5	2,2
Exporte	13,7	8,3	3,2	6,5	4,0	2,5	6,1	7,0
Importe	11,7	7,4	4,2	7,2	4,9	3,5	6,9	7,5
Bruttoinlandsprodukt	3,7	3,0	1,3	2,2	0,9	1,6	2,3	2,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2012 und 2013

	2010	2011	2012	2013	2012		2013	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsproduktes (2005 = 100)								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
private Konsumausgaben[2]	1,9	2,1	2,0	2,3	2,1	1,9	2,3	2,3
Konsumausgaben des Staates	1,0	1,5	1,8	2,0	1,8	1,7	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	0,4	1,4	1,1	1,0	1,2	1,0	1,0	1,0
Ausrüstungen	- 0,4	- 0,1	- 0,4	- 0,1	- 0,3	- 0,5	- 0,2	- 0,1
Bauten	1,3	2,8	2,4	2,1	2,6	2,2	2,2	2,1
Exporte	2,4	2,7	0,9	0,8	0,9	0,9	0,7	0,8
Importe	4,5	5,2	1,4	0,7	1,3	1,4	0,6	0,8
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,8	1,6	1,9	1,7	1,5	2,0	1,9
5. Einkommensentstehung und -verteilung								
a) in Mrd. Euro								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	1 815,4	1 902,9	1 971,7	2 059,8	968,4	1 003,2	1 009,3	1 050,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	236,2	243,7	250,5	261,2	121,5	129,0	126,5	134,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 026,7	1 074,7	1 115,3	1 165,9	532,6	582,7	554,9	611,0
übrige Primäreinkommen[4]	552,6	584,6	605,9	632,7	314,3	291,6	327,9	304,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	330,6	325,8	321,3	337,5	135,6	185,8	147,7	189,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 146,1	2 228,7	2 293,0	2 397,3	1 104,0	1 189,0	1 157,0	1 240,4
Abschreibungen	376,7	383,7	391,0	398,8	195,7	195,4	199,6	199,3
Bruttonationaleinkommen	2 522,8	2 612,4	2 684,0	2 796,1	1 299,7	1 384,3	1 356,5	1 439,6
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	1 897,8	1 962,7	2 020,1	2 115,9	969,5	1 050,6	1 018,7	1 097,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	635,0	644,4	654,3	688,8	315,4	338,9	337,3	351,5
Arbeitnehmerentgelt	1 262,9	1 318,3	1 365,8	1 427,1	654,1	711,7	681,4	745,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	2,5	4,8	3,6	4,5	3,7	3,6	4,2	4,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,1	3,2	2,8	4,3	3,1	2,6	4,1	4,4
Bruttolöhne und -gehälter	2,7	4,7	3,8	4,5	4,0	3,6	4,2	4,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,2	3,3	2,9	4,0	2,8	2,9	3,8	4,3
übrige Primäreinkommen[4]	2,3	5,8	3,6	4,4	3,4	4,0	4,3	4,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	18,2	- 1,5	- 1,4	5,0	- 4,7	1,2	8,9	2,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,6	3,9	2,9	4,5	2,5	3,2	4,8	4,3
Abschreibungen	0,9	1,9	1,9	2,0	1,9	1,9	2,0	2,0
Bruttonationaleinkommen	4,0	3,6	2,7	4,2	2,5	3,0	4,4	4,0
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	5,1	3,4	2,9	4,7	2,7	3,2	5,1	4,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	10,5	1,5	1,5	5,3	0,3	2,7	6,9	3,7
Arbeitnehmerentgelt	2,5	4,4	3,6	4,5	3,8	3,4	4,2	4,8
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte[2]								
a) in Mrd. Euro								
Masseneinkommen	1 080,0	1 099,5	1 128,4	1 159,5	543,9	584,5	558,3	601,2
Nettolöhne und -gehälter	688,5	713,6	737,6	766,5	347,9	389,7	361,0	405,5
monetäre Sozialleistungen	476,6	469,8	475,6	477,9	238,4	237,2	239,8	238,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen,					0,0	0,0	0,0	0,0
verbrauchsnahe Steuern	85,1	83,9	84,8	85,0	42,4	42,4	42,6	42,4
übrige Primäreinkommen[4]	552,6	584,6	605,9	632,7	314,3	291,6	327,9	304,9
sonstige Transfers (Saldo)[5]	- 56,8	- 57,4	- 57,5	- 54,5	- 29,0	- 28,5	- 27,0	- 27,5
verfügbares Einkommen	1 575,9	1 626,7	1 676,7	1 737,7	829,2	847,5	859,1	878,6
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	28,0	29,1	30,6	31,5	15,0	15,6	15,4	16,0
Konsumausgaben	1 423,0	1 474,4	1 523,5	1 578,9	741,1	782,3	767,8	811,1
Sparen	180,8	181,4	183,8	190,3	103,1	80,8	106,8	83,5
Sparquote (%)[6]	11,3	11,0	10,8	10,8	12,2	9,4	12,2	9,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Masseneinkommen	3,0	1,8	2,6	2,8	2,5	2,7	2,6	2,9
Nettolöhne und -gehälter	4,1	3,7	3,4	3,9	3,5	3,2	3,8	4,1
monetäre Sozialleistungen	1,2	- 1,4	1,2	0,5	0,8	1,6	0,6	0,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen,								
verbrauchsnahe Steuern	0,9	- 1,3	1,1	0,2	0,5	1,6	0,4	0,0
übrige Primäreinkommen[4]	2,3	5,8	3,6	4,4	3,4	4,0	4,3	4,6
verfügbares Einkommen	2,9	3,2	3,1	3,6	3,0	3,2	3,6	3,7
Konsumausgaben	2,6	3,6	3,3	3,6	3,3	3,4	3,6	3,7
Sparen	4,5	0,3	1,4	3,5	1,1	1,7	3,6	3,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2012 und 2013

	2010	2011	2012	2013	2012		2013	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[7]								
a) in Mrd. Euro								
Einnahmen								
Steuern	548,9	587,8	618,3	645,9	307,6	310,8	318,5	327,4
Sozialbeiträge	418,7	435,3	445,5	462,3	216,7	228,8	224,3	238,0
Vermögenseinkommen	19,6	26,5	23,7	22,4	12,9	10,7	12,3	10,1
sonstige Transfers	15,8	16,2	16,2	16,5	7,6	8,6	7,7	8,8
Vermögenstransfers	9,5	9,8	9,9	10,1	5,1	4,8	5,2	4,9
Verkäufe	66,8	72,2	74,4	76,6	35,8	38,6	36,8	39,7
sonstige Subventionen	0,6	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
insgesamt	1 079,8	1 148,2	1 188,4	1 234,1	585,9	602,5	604,9	629,2
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	323,0	335,2	348,0	359,7	167,5	180,5	173,9	185,8
Arbeitnehmerentgelt	194,5	199,8	204,4	210,3	98,1	106,3	101,1	109,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	61,9	67,7	69,2	72,3	35,2	34,0	36,7	35,7
Subventionen	27,2	26,2	25,9	26,0	12,6	13,3	12,6	13,3
monetäre Sozialleistungen	429,3	423,5	429,3	431,7	215,5	213,8	216,9	214,7
sonstige laufende Transfers	54,0	54,2	56,7	59,0	29,2	27,5	30,0	29,0
Vermögenstransfers	60,8	26,2	27,3	25,2	11,1	16,1	9,7	15,5
Bruttoinvestitionen	40,8	42,3	43,5	44,6	18,9	24,7	19,3	25,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 5,8	- 1,4	- 1,5	- 1,5	- 0,6	- 0,8	- 0,6	- 0,9
insgesamt	1 185,8	1 173,5	1 202,9	1 227,2	587,6	615,3	599,7	627,5
Finanzierungssaldo	- 106,0	- 25,3	- 14,4	6,9	- 1,7	- 12,8	5,3	1,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	0,5	7,1	5,2	4,5	3,5	6,9	3,6	5,3
Sozialbeiträge	2,2	4,0	2,3	3,8	2,6	2,1	3,5	4,0
Vermögenseinkommen	- 8,4	35,5	- 10,7	- 5,4	- 12,3	- 8,6	- 4,9	- 5,9
sonstige Transfers	3,4	3,0	0,1	1,6	1,2	- 0,9	1,7	1,5
Vermögenstransfers	0,4	2,5	1,6	1,8	5,7	- 2,4	0,7	2,9
Verkäufe	5,5	8,2	3,0	2,9	3,2	2,8	2,9	2,9
sonstige Subventionen	–	–	–	–	–	–	–	–
insgesamt	1,3	6,3	3,5	3,8	2,7	4,3	3,3	4,4
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	3,6	3,8	3,8	3,4	3,6	4,0	3,8	2,9
Arbeitnehmerentgelt	2,5	2,7	2,3	2,9	1,4	3,1	3,2	2,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 3,1	9,3	2,3	4,5	2,9	1,7	4,0	5,0
Subventionen	0,1	- 3,8	- 0,9	0,2	- 2,8	1,0	0,2	0,2
monetäre Sozialleistungen	0,9	- 1,4	1,4	0,6	0,9	1,8	0,7	0,4
sonstige laufende Transfers	4,2	0,3	4,7	3,9	3,8	5,8	2,7	5,2
Vermögenstransfers	88,9	- 56,9	4,0	- 7,5	- 1,0	7,8	- 13,1	- 3,6
Bruttoinvestitionen	- 1,5	3,6	3,0	2,3	3,4	2,8	2,3	2,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	–	–	–	–	–	–	–
insgesamt	3,8	- 1,0	2,5	2,0	2,0	3,0	2,1	2,0
nachrichtlich:								
Defizitquote in % in Relation zum BIP	- 4,3	- 1,0	- 0,5	0,3	- 0,1	- 0,9	0,4	0,1
Außenbeitrag in % in Relation zum BIP	5,5	5,1	4,6	4,4	5,0	4,1	4,9	4,0

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
[4] Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleisteter Vermögenseinkommen.
[5] Empfangene abzüglich geleisteter sonstiger Transfers.
[6] Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).
[7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen; ab 2012: eigene Prognose.

IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 18 (3), 2012, S. 114-118

IWH-Industrieumfrage in Ostdeutschland zum Jahresauftakt 2012: Verarbeitendes Gewerbe nach Schwäche wieder zuversichtlicher

Cornelia Lang

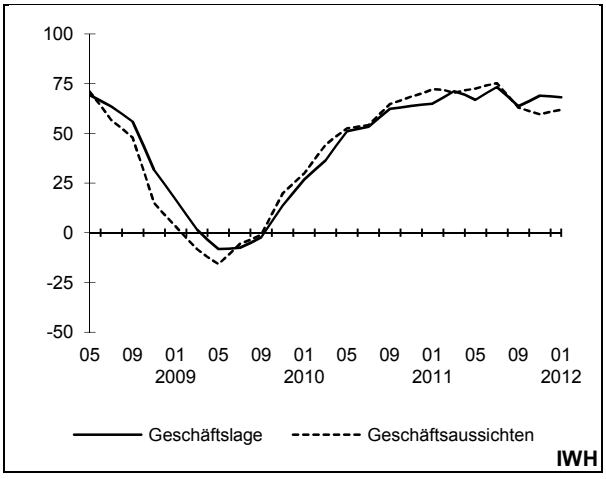
Im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands liefen die Geschäfte im vergangenen Jahr recht gut. Viel Dynamik war in der ersten Jahreshälfte zu beobachten, und mehrheitlich erreichten die Geschäftsaktivitäten im Sommer einen Höhepunkt. Wie schon im Vorjahr sind die Geschäfte auch im Jahr 2011 vor allem für mittlere und große Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten gut gelaufen. Die Ertragslage der Industrieunternehmen hat sich gegenüber dem Jahr 2010 leicht, bei den Investitionsgüterherstellern stärker verbessert. Die Unternehmen berichten auch im Jahr 2011 wieder über positive Entwicklungen beim Umsatz. Zwei Drittel erzielten mehr Umsatz als 2010, 12% genauso viel und 21% weniger. Den kräftigsten Schub im Vergleich zum Vorjahr erreichten 2011 die Hersteller von Investitionsgütern. Nicht so gut lief es bei den Konsumgüterproduzenten, sie rechnen eine unterdurchschnittliche Entwicklung ab. Für das laufende Jahr 2012 sind die Erwartungen an die Umsatzentwicklung im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe insgesamt etwas zurückhaltender. Nur noch die Hälfte der Unternehmen geht von einem Zuwachs aus. Vergrößert hat sich vor allem die Gruppe derjenigen Befragten, die von gleichbleibendem Umsatz ausgehen. Die Beschäftigungspläne der Unternehmen für das Jahr 2012 sind per saldo im Plus. 36% der Unternehmen wollen Personal einstellen und 54% den aktuellen Bestand beibehalten.

Ansprechpartnerin: Cornelia Lang (Cornelia.Lang@iwh-halle.de)
JEL-Klassifikation: L60
Schlagwörter: Ostdeutschland, Industrie, Konjunktur

Die ostdeutschen Industrieunternehmen sind mit viel Elan ins Geschäftsjahr 2012 gestartet. Nachdem sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres die Schere zwischen einer verbesserten Lagebewertung und skeptischer werdenden Erwartungen geöffnet hatte, haben sich die Aussichten nunmehr leicht verbessert, die aktuelle Geschäftslage hingegen hat sich geringfügig verschlechtert (vgl. Abbildung). Alles in allem bewegt sich die Geschäftstätigkeit der vom IWH regelmäßig befragten Unternehmen am aktuellen Rand in ruhigen Bahnen auf hohem Niveau.

Hinter diesem von saisonalen Einflüssen bereinigten Gesamtbild stehen jedoch unterschiedliche Verläufe in den Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes. Die Hersteller von Vorleistungsgütern meldeten im ersten Halbjahr 2011 ein Auf und Ab der aktuellen Geschäftslage, nunmehr ist sie auf hohem Niveau stabil. Die Aussichten trübten sich zur Jahresmitte leicht ein und verharren seitdem auf etwas niedrigerem Niveau als die Lage. Im Investitionsgütergewerbe liefen die Geschäfte in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres sehr gut. Die Sparte profitierte von Exporten und der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern. Dementsprechend herrschte auch bis zum Sommer viel Optimismus bei den Geschäftsaussichten. Danach dämpften Auftragsrückgänge diese Erwartungen deutlich. Sie

Abbildung:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten im Verarbeitenden Gewerbe der Neuen Bundesländer
- Salden[a], saisonbereinigte Monatswerte -



[a] Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur“ unter www.iwh-halle.de.

Quelle: IWH-Industrieumfragen.

sanken von der Jahresmitte bis zum Jahresende um mehr als 20 Prozentpunkte und haben sich seitdem auf diesem Stand eingependelt. Die Geschäftsaktivitäten der Hersteller von Ge- und Verbrauchsgütern zeigen einen eher schwankenden Verlauf. Nach einem stärkeren ersten Halbjahr mit hochfliegenden Erwartungen kühlte die Stimmung ab, und erst zum Jahreswechsel nahm die Produktion hier wieder Fahrt auf.

Wie schon im Vorjahr sind auch im Jahr 2011 vor allem für mittlere und große Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten die Geschäfte gut gelaufen.

Umsatzerwartungen für das Jahr 2011 weitgehend erfüllt

Zu Beginn des Jahres 2011 erwarteten von den damals befragten Unternehmen 69%, dass der Umsatz 2011 höher liegen wird als im Jahr 2010, 14% rechneten mit gleichbleibendem und 17% mit sinkendem Umsatz. Damit war der Anteil von Unternehmen mit optimistischen Erwartungen nach der krisenhaften Entwicklung des Jahres 2009 ein weiteres Mal angestiegen.

Tabelle 1 zeigt einen Vergleich der Erwartungen an die Umsätze, wie sie im Januar 2011 geäußert wurden, mit den tatsächlich realisierten Umsätzen der Unternehmen.

Tabelle 1:
Für 2011 erwartete und tatsächlich realisierte Umsatzentwicklung in der ostdeutschen Industrie
- in % der Unternehmen mit Umsatzplänen für 2011 -

für 2011 erwartete Umsatzentwicklung	tatsächliche Umsatzentwicklung 2011		
	Zunahme	Gleichstand	Abnahme
Zunahme	86	4	10
Gleichstand	31	34	35
Abnahme	50	7	43
insgesamt	71	10	19

Fälle: n = 194. Unternehmen mit Angaben zu den Jahren 2010 und 2011 in den Befragungen Januar 2011 und 2012. Zahlenangaben gerundet.
Quelle: IWH-Industrieumfragen vom Januar 2011 und 2012.

86% der Unternehmen, die mit einem Umsatzzuwachs gerechnet hatten, haben diesen auch verwirklichen können, und nur 14% haben dieses Ziel nicht erreicht. Vor einem Jahr waren es noch 25%. Wie schon in den Jahren zuvor ist es für die Pessimisten besser gekommen als ursprünglich angenommen. Die Hälfte von ihnen verbuchte am Jahresende entgegen der Erwartung ein Umsatzplus. Enttäuscht wurde hingegen reichlich ein Drittel der Unternehmen, die von unverändertem Umsatz im Vergleich zum Vorjahr ausgingen und am Ende Umsatzeinbußen hinnehmen mussten.

Investitionsgütergewerbe 2011 mit überdurchschnittlichen Umsatzzuwächsen

Das arbeitstäglich bereinigte Umsatzvolumen im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands insgesamt lag im Jahr 2011 um 7,2% über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Das Inlandsgeschäft ist dabei um 6,9% gestiegen und der Auslandsumsatz um 7,6%.[1]

Zu Beginn des Jahres 2011 hatten wie oben erwähnt auch die befragten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland eine Fortschreibung der positiven Umsatzentwicklung von 2010 erwartet, ohne jedoch hochschießende Vorstellungen zu äußern. Diese Erwartungen sind im Großen und Ganzen eingetroffen: 67% der Unternehmen haben mehr Umsatz als im Jahr 2010 erzielt, 12% genauso viel und 21% weniger (vgl. Tabelle 2).

Wenngleich die Unternehmen bezogen auf die Richtung der Umsatzentwicklung damals richtig lagen, so unterschätzten sie doch die Dynamik der Zuwächse. Reichlich zwei Drittel der Industrieunternehmen, die im Jahr 2011 mehr Umsatz als 2010 erwirtschafteten, erreichten einen Zuwachs von mehr als 10%. Erwartet hatten dies nur 40%.

Den kräftigsten Schub bei den Umsätzen im Vergleich zum Vorjahr erreichten 2011 die Hersteller von Investitionsgütern. 73% dieser Unternehmen konnten ihren Umsatz erhöhen, zwei Drittel davon um mehr als 10%. Dieses Ergebnis ist aber auch einem „Nachholeffekt“ geschuldet, denn die Sparte hatte sich im Vergleich zu den Vorleistungsgüterproduzenten verzögert von der vergangenen Wirtschaftskrise erholt. Die Erwartungen der Sparte an das Geschäftsjahr 2012 zeigen, dass die Unternehmen nicht mehr mit der Dynamik des Jahres 2011 rechnen. Nur noch die Hälfte geht von nochmals steigenden Umsätzen aus, 23% erwarten Umsätze in gleicher Höhe wie im Jahr 2011, und 27% rechnen mit einem Rückgang.

[1] Vgl. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 43 vom 08.02.2012.

Tabelle 2:
Umsatzentwicklung 2011 und Umsatzerwartungen 2012 im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- in % der jeweiligen Unternehmensgruppe -

	Zunahme					Abnahme				
	über 10%	5% bis 10%	bis 5%	ins-gesamt	Gleich-stand	ins-gesamt	bis 5%	5% bis 10%	über 10%	Saldo aus Zu- und Abnahme
	Umsatzentwicklung 2011 gegenüber 2010									
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	46	14	7	67	12	21	5	7	9	46
darunter: Exportunternehmen	*49*	*16*	*6*	*71*	*7*	*22*	*6*	*8*	*8*	*49*
Vorleistungsgütergewerbe	48	12	7	67	14	19	4	7	8	48
Investitionsgütergewerbe	49	17	7	73	9	18	3	6	9	55
Ge- und Verbrauchs-gütergewerbe	37	12	10	59	12	29	10	9	10	30
	Umsatzerwartungen 2012 gegenüber 2011									
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	22	16	12	50	23	27	10	10	7	23
darunter: Exportunternehmen	*25*	*19*	*13*	*57*	*17*	*26*	*10*	*11*	*5*	*31*
Vorleistungsgütergewerbe	23	14	13	50	20	30	11	11	8	20
Investitionsgütergewerbe	24	15	11	50	23	27	11	7	9	23
Ge- und Verbrauchs-gütergewerbe	18	23	11	52	27	21	7	10	4	31

Fälle: Verarbeitendes Gewerbe insgesamt: n = 266 zur Umsatzentwicklung, n = 258 zu Umsatzerwartungen; Exportunternehmen: n = 175 zur Umsatzentwicklung, n = 171 zu Umsatzerwartungen. Zahlenangaben gerundet. Abweichungen zu den Angaben in Tabelle 1 durch unterschiedliche Fallzahlen.

Quelle: IWH-Industrieumfrage vom Januar 2012.

Das Konsumgütergewerbe war vor einem Jahr in seinen Erwartungen an den Umsatz eher zurückhaltend. Die Unternehmen gingen nicht mehr von so kräftigen Zuwächsen wie im Jahr 2010 aus und rechnen nunmehr auch eine unterdurchschnittliche Entwicklung für 2011 ab. Für das Jahr 2012 schließen sie sich den gedämpften Erwartungen der anderen Sparten an. Etwas positiver als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes sind die Annahmen der Exportunternehmen bezüglich der Umsatzentwicklung 2012. Die deutsche Wirtschaft hat Ende 2011 noch wenig vom Stocken der Weltwirtschaft zu spüren bekommen, und das vergangene Jahr ist auch für die ostdeutsche Industrie insgesamt gut gelaufen.

Ertragslage geringfügig besser als 2010

Auch in den Meldungen der Unternehmen zur Ertragslage zeigt sich, dass 2011 ein erfolgreiches Jahr für die ostdeutsche Industrie war. Der Anteil der Unternehmen, die Gewinn erwirtschaftet haben, liegt mit 66% geringfügig höher als 2010 (64%; vgl. Tabelle 3). 89% der Unternehmen, die 2010 in der Gewinnzone waren, sind es auch 2011 wieder.

Die Ertragslage der Exportunternehmen hebt sich nicht vom Durchschnitt aller befragten Industrieunternehmen ab. Von den Exportunternehmen mit Gewinn im Jahr 2010 ordnen sich 90% auch 2011 wieder in diese Kategorie ein.

Wie bereits erwähnt war der Konjunkturmotor im ostdeutschen Investitionsgütergewerbe nach der krisenhaften Entwicklung von 2008/2009 später angesprungen als im Vorleistungsgütergewerbe, und im Jahr 2011 wurden kräftige Umsatzzuwächse realisiert. Im Zuge dessen konnten die Investitionsgüterhersteller den Anteil von Unternehmen in der Verlustzone um zehn Prozentpunkte reduzieren.

Nicht so gut gelaufen ist es bei den Herstellern von Konsumgütern. In den vergangenen Jahren hatte sich die Sparte krisenfester als die anderen gezeigt; jedoch ist der Aufwuchs beim Umsatz nicht so stark gewesen, und die Ertragslage im Jahr 2011

Tabelle 3:
Entwicklung der Ertragslage in den befragten ostdeutschen Industrieunternehmen
- in % der befragten Unternehmen -

	2009	2010	2011
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt			
Gewinn	60	64	66
Kostendeckung	19	18	20
Verlust	21	18	14
darunter: Exportunternehmen			
Gewinn	57	66	67
Kostendeckung	19	15	19
Verlust	24	19	14
Vorleistungsgütergewerbe			
Gewinn	53	62	65
Kostendeckung	23	19	19
Verlust	24	19	16
Investitionsgütergewerbe			
Gewinn	66	64	68
Kostendeckung	11	17	23
Verlust	23	19	9
Ge- und Verbrauchsgütergewerbe			
Gewinn	62	70	65
Kostendeckung	25	16	18
Verlust	13	14	17
jeweils insgesamt	100	100	100

Fälle: n = 284.

Quelle: IWH-Industrieumfrage vom Januar 2012.

stellt sich gegen den Trend etwas schlechter dar als 2010. Die Geschäftstätigkeit der befragten Unternehmen ist hier im Jahr 2011 durch ein Auf und Ab gekennzeichnet, wobei sich die hohen Erwartungen vom Sommer nicht in der Lagebewertung der zweiten Jahreshälfte wiedergefunden haben.

Vor allem größere Unternehmen wollen Beschäftigung aufbauen

Die ostdeutschen Industrieunternehmen beabsichtigen mehrheitlich, im Jahr 2012 ihren Personalbestand beizubehalten. Das geben zu Jahresbeginn 54% der Befragten an. 36% planen, bis zum Jahresende Personal einzustellen, und 10% gehen davon aus, dass sie Personal abbauen werden (vgl. Tabelle 4). Die Beschäftigungspläne ähneln im Wesentlichen denen des Vorjahres.

Die Beziehung zwischen den Erwartungen an die Umsatzentwicklung und den Beschäftigungsplänen zeigt Tabelle 5. Etwa die Hälfte der Unternehmen, die mit Umsatzzuwächsen im laufenden Jahr rechnen, gehen auch davon aus, dass sie Beschäftigung aufbauen werden. Dieser Zusammenhang ist statistisch hochsignifikant.

71% der Unternehmen, die von einem unveränderten Umsatz ausgehen, wollen auch die Beschäftigtenzahl unverändert halten, und nur jedes zehnte rechnet mit einer Personalreduzierung.

Circa ein Viertel der Unternehmen, die dieses Jahr weniger Umsatz als 2011 erwarten, wollen trotzdem Beschäftigung aufbauen, 23% hingegen den Personalbestand reduzieren.

Fazit

Im vergangenen Jahr liefen die Geschäfte im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe insgesamt recht gut. Die vom IWH regelmäßig befragten Unternehmen berichteten jedoch von Schwankungen der Geschäftslage, und die Befunde verweisen auf viel Dynamik in der ersten Jahreshälfte. Mehrheitlich er-

Tabelle 4:
Beschäftigungspläne der ostdeutschen Industrieunternehmen für das Jahr 2012
- in % der jeweiligen Unternehmensgruppe -

	voraussichtliche Beschäftigungsentwicklung Ende 2012 gegenüber Anfang 2012			
	Zunahme	Gleichstand	Abnahme	Saldo
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	36	54	10	26
darunter: Exportunternehmen	40	48	12	28
fachliche Hauptgruppen:				
Vorleistungsgütergewerbe	38	50	12	26
Investitionsgütergewerbe	36	55	9	27
Ge- und Verbrauchsgütergewerbe	34	61	5	29
Größengruppen:				
1 bis 49 Beschäftigte	29	65	6	23
50 bis 249 Beschäftigte	40	49	11	29
250 und mehr Beschäftigte	47	37	16	31

Fälle: n = 247. Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IWH-Industrieumfrage vom Januar 2012.

reichten die Geschäftsaktivitäten im Sommer 2011 einem Höhepunkt. Durch starke Auftragsrückgänge vor allem im dritten Quartal trübten sich dann besonders die Aussichten ein.

Tabelle 5:
Umsatzerwartungen und Beschäftigungspläne im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands
- in % der Unternehmen gemäß den Umsatzerwartungen 2012 -

Umsatzerwartungen	Beschäftigungspläne für das Jahr 2012[a]		
2012 gg. 2011	Zunahme	Gleichstand	Abnahme
Zunahme	49	46	5
Gleichstand	19	71	10
Abnahme	26	51	23
insgesamt	36	53	11

[a] Ausgehend von der Beschäftigtenzahl Januar 2012. Fälle: n = 247. Zahlenangaben gerundet. Abweichungen zu den Angaben in Tabelle 2 und 4 ergeben sich aus unterschiedlichen Fallzahlen.

Quelle: IWH-Industrieumfrage vom Januar 2012.

Dennoch konnten die Unternehmen im Jahr 2011 kräftige Umsatzzuwächse erzielen. Circa zwei Drittel gaben an, dass sie den Umsatz gegenüber 2010 steigern konnten. Überdurchschnittlich fielen die Zuwächse der Investitionsgüterproduzenten aus. Bei den Konsumgütern hingegen gab es im Jahr 2011 weniger Unternehmen mit Umsatzsteigerungen als im Vorjahr. Für das laufende Jahr 2012 geht nur noch die Hälfte der befragten Unternehmen von Zuwächsen aus. Dabei fällt auf, dass die Hersteller von Vorleistungs- und Investitionsgütern dann aber in höherem Maße als Konsumgüterhersteller erwarten, dass der Zuwachs zweistellig ausfällt. Vergrößert hat sich vor allem die Gruppe derjenigen Befragten, die von gleichbleibendem Umsatz ausgehen. Die Angaben aus den Exportunternehmen deuten zudem an, dass auch der Exportmotor in diesem Jahr ins Stottern geraten könnte.

Die Beschäftigungspläne der Unternehmen für das Jahr 2012 sind per saldo im Plus. Diese Entwicklung zieht sich durch alle Sparten und Größengruppen. 36% der Unternehmen wollen Personal einstellen und 54% den aktuellen Bestand beibehalten.

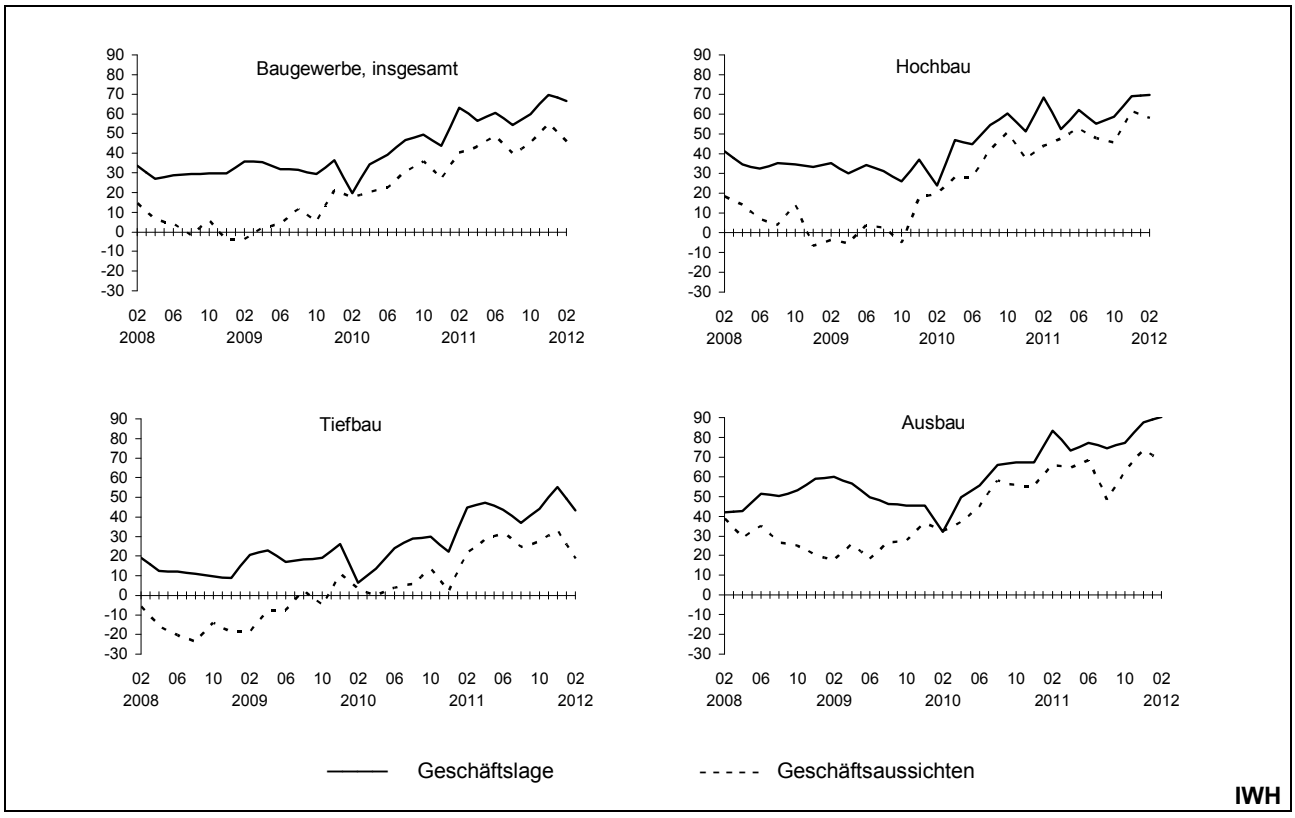
IWH-Bauumfrage im Februar 2012: Stimmung am Bau etwas weniger euphorisch

Die vom IWH befragten 300 ostdeutschen Bauunternehmen signalisierten – wohl aufgrund des Kälteeinbruchs im Februar 2012 – eine Verschlechterung der Geschäftslage gegenüber der vorangegangenen Umfrage im Dezember. Zudem war die Stimmung seinerzeit aufgrund der außergewöhnlich milden Witterung konjunkturell überzeichnet. Die Geschäftsaussichten werden mit Blick auf den Sommer wieder etwas günstiger als zuvor beurteilt (vgl. Tabelle). Unter Ausschluss der Saisoneffekte ergibt sich für beide Stimmungskomponenten nur eine leichte Eintrübung (vgl. Abbildung).

Die derzeitige Geschäftslage erreicht mit zwei Dritteln guter bzw. eher guter Urteile einen Wert, der nur drei Saldenpunkte unter dem überzeichneten Höchstwert vom Dezember 2011 liegt. Bei den Geschäftsaussichten bildet sich die Euphorie zurück. Der Wert entspricht nun etwa dem hohen Stand von Mitte vergangenen Jahres. Die Baukonjunktur dürfte somit alles in allem robust bleiben, auch wenn mit nachlassender Dynamik zu rechnen ist. Darauf deuten auch die amtlichen Zahlen zu den Auftragseingängen im Bauhauptgewerbe hin, die im zurückliegenden Herbst- und Winterquartal stabil waren. Die Situation ist allerdings zwischen den Bausparten gespalten.

Im *Hochbau* und im *Ausbau* konnte das hohe Konjunkturniveau im Februar knapp behauptet werden. Die Urteile zur aktuellen Geschäftslage verharren in saisonbereinigter Betrachtung auf dem zuletzt erreichten hohen Stand. Die bis in den Spätsommer 2012 reichenden Aussichten bleiben in den Bewertungen nur knapp darunter. Dafür dürfte vor allem der Wohnungsbau verantwortlich sein; die Nachfrage nach dessen Leistungen hatte zum Jahresende sogar kräftig zugelegt. Auch von Unter-

Abbildung:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe
- Salden[a], saisonbereinigte Monatswerte -



[a] Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur“ unter www.iwh-halle.de.

Quelle: IWH-Bauumfragen.

nehmensseite (Wirtschaftsbau) sind zuletzt wieder mehr Aufträge eingegangen, der Anstieg bleibt jedoch deutlich hinter dem des Wohnungsbaus zurück. Das niedrige Zinsniveau wirkt in beiden Segmenten stimulierend, den Wohnungsbau beflügelt zusätzlich die derzeitige und wohl auch für die Zukunft erwartete Verbesserung der Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation. Davon profitiert in Ostdeutschland das Ausbaugewerbe in besonderem Maß. Hier wird mit einem saisonbereinigten Saldo aus positiven und negativen Stimmen von 90 ein neuer Rekordwert seit Beginn der Befragung im Jahr 1993 erreicht.

Im *Tiefbau* geben im Unterschied zu den beiden anderen Sparten sowohl die Werte zur aktuellen Geschäftslage als auch zu den Aussichten außergewöhnlich deutlich nach. Dabei ist zu berücksichtigen, dass hier wegen des hohen Anteils von Außenarbeiten die konjunkturelle Überzeichnung am Jahresende 2011 aufgrund des milden Winters und die konjunkturelle Unterzeichnung zum Jahresanfang 2012 aufgrund des Kälteeinbruchs am stärksten zu Buche schlagen. Dämpfend dürften allerdings darüber hinaus finanzpolitische Faktoren wirken. Insbesondere die Anforderungen der Schuldenbremse dürften mittelfristig das Volumen der von den öffentlichen Haushalten ausgehenden Tiefbauaufträge deutlich begrenzen.

Brigitte Loose
(Brigitte.Loose@iwh-halle.de)

Tabelle:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe im Februar 2012
- Ursprungswerte im Vergleich mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (−)			schlecht (−)			Saldo		
	Feb. 11	Dez. 11	Feb. 12	Feb. 11	Dez. 11	Feb. 12	Feb. 11	Dez. 11	Feb. 12	Feb. 11	Dez. 11	Feb. 12	Feb. 11	Dez. 11	Feb. 12
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe[a] -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	***25***	***36***	***18***	***38***	***51***	***48***	***31***	***13***	***28***	***6***	***1***	***6***	***25***	***72***	***32***
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	18	34	13	39	48	46	35	16	32	8	2	8	14	65	19
darunter[b]															
Hochbau	21	33	15	45	51	54	29	16	26	5	0	5	32	68	38
Tiefbau	15	35	8	34	47	41	41	16	40	10	2	11	–2	63	–3
Ausbaugewerbe	43	39	31	34	56	51	22	5	17	2	0	1	52	90	64
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	23	42	25	34	44	35	33	13	33	9	1	7	15	73	20
20 bis 99 Beschäftigte	27	33	18	36	52	47	30	13	30	7	2	5	26	70	30
100 und mehr Beschäftigte	21	33	8	48	57	72	31	10	12	0	0	8	38	80	60
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	***25***	***12***	***18***	***46***	***48***	***54***	***24***	***36***	***26***	***5***	***4***	***2***	***41***	***20***	***45***
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	18	11	14	47	42	53	29	43	31	7	4	2	29	7	34
darunter[b]															
Hochbau	25	13	17	45	49	60	26	37	20	3	1	3	41	24	54
Tiefbau	12	8	8	48	38	49	31	50	41	10	5	3	19	–9	14
Ausbaugewerbe	42	15	30	43	61	57	12	22	12	2	3	1	71	51	74
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	21	20	20	53	43	55	21	35	24	5	2	1	48	25	50
20 bis 99 Beschäftigte	27	9	19	43	47	50	24	39	28	6	6	3	40	12	38
100 und mehr Beschäftigte	24	10	12	45	59	68	28	31	20	3	0	0	38	38	60

[a] Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – [b] Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Bauumfragen.

Municipality Size and Efficiency of Local Public Services: Does Size Matter?

Seit Mitte der 1990er Jahre findet auch in Ostdeutschland – ähnlich wie in den 1960er und 1970er Jahren in Westdeutschland – ein noch keineswegs abgeschlossener Prozess mit zahlreichen Verschmelzungen auf der Ebene der Landkreise, Städte und Gemeinden statt. Was die behaupteten Einsparungen von Ausgaben und die Effizienzgewinne durch Gemeindegebietsreformen betreffen, so sind die Ergebnisse in der ökonomischen Literatur uneinheitlich. Aus diesem Grund untersucht der vorliegende Beitrag die globale Effizienz der Gemeinden in Sachsen-Anhalt unter Anwendung eines in diesem Zusammenhang bislang noch nicht verwendeten statistischen Verfahrens, das es ermöglicht, Umweltvariablen einzubeziehen, um so den Einfluss exogener Bestimmungsfaktoren der gemeindlichen Effizienz zu berücksichtigen. Der Fokus liegt dabei auf institutionellen und fiskalischen Variablen. Außerdem wird die Skaleneffizienz berechnet, um zu prüfen, ob große Gemeinden nötig sind, um von Skaleneffekten profitieren zu können.

Im Gegensatz zu den Arbeiten anderer Autoren wurde bei kommunalen Verbänden („Verwaltungsgemeinschaften") das aggregierte Budget als Untersuchungsgegenstand gewählt, da wichtige Entscheidungsbefugnisse der Mitgliedsgemeinden auf der gemeinsamen Verwaltungsebene angesiedelt sind. Zudem wurde der verwendete Datensatz sorgfältig um reine Buchhaltungspositionen und Transferzahlungen innerhalb der Gemeindeebene bereinigt.

Am „Vorabend" einer umfassenden Gemeindereform erwies sich die Größe der Gemeinden mehrheitlich als annähernd skaleneffizient, und stärker zentralisierte Verwaltungsformen („Einheitsgemeinden") wiesen keinen Effizienzvorteil gegenüber Gemeindeverbänden auf.

Peter Bönisch, Peter Haug, Annette Illy, Lukas Schreier: Municipality Size and Efficiency of Local Public Services: Does Size Matter? IWH-Diskussionspapiere Nr. 18/2011, http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/18-11.pdf.

Emissionsrechtemanagement mit dem „CO_2-Navigator"

Das Modul „Emissionsrechtemanagement" des Softwarepakets „CO_2-Navigator" ist ein Instrument zum unternehmensinternen Management von Emissionsrechten im Rahmen des europäischen Emissionshandels. Es liefert zu jedem Zeitpunkt eines Kalenderjahres einen Überblick über den tagesaktuellen Bestand an Emissionszertifikaten sowie über Transaktionen von CO_2-Emissionszertifikaten wie Zuteilung, Kauf- und Verkaufsaktivitäten. Dabei werden die relevanten Zeitpunkte, Mengen und Preise erfasst.

Ausgehend vom aktuellen Stand der Emissionen einer Anlage wird mit Hilfe eines unternehmenstypischen Emissionsprofils eine Abschätzung der Zertifikatedeckung zum Bilanzstichtag des aktuellen Jahres möglich. Eine eventuelle Zertifikateunter oder -überdeckung wird quantifiziert und graphisch verdeutlicht. Das Modul stellt somit ein nützliches Hilfsmittel im Risikomanagementprozess von emissionsintensiven Unternehmen dar. Auf den von diesem Modul gelieferten Daten baut eine eventuell anschließende Investitionsanalyse auf, beispielsweise eine stochastische Investitionsplanung.

Wilfried Ehrenfeld: Emissionsrechtemanagement mit dem „CO_2-Navigator". IWH-Diskussionspapiere Nr. 19/2011, http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/19-11.pdf.

On the Twin Deficits Hypothesis and the Import Propensity in Transition Countries

Der Beitrag bedient sich der Kointegration und verwandter Techniken, um die Existenz einer langfristigen und kausalen Beziehung zwischen den fiskalischen und den externen Defiziten (die so genannte Hypothese der Zwillingsdefizite) von drei Post-Transformationsländern in Mittel- und Osteuropa (Polen, Tschechien und Ungarn) statistisch zu prüfen. Darüber hinaus wird ein Modell geschätzt, welches die (steigende) Importneigung in den drei Ländern erklärt. Alle Testergebnisse lehnen die Hypothese der Zwillingsdefizite ab. Stattdessen wird deutlich, dass nicht die fiskalische Position, sondern spezifische Transformationsfaktoren wie eine hohe Importintensität der Exporte und Nettokapitalzuflüsse die Handelsbilanz beeinflussen.

Hubert Gabrisch: On the Twin Deficits Hypothesis and the Import Propensity in Transition Countries. IWH-Diskussionspapiere Nr. 20/2011, http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/20-11.pdf.

Towards a Theory of Climate Innovation – A Model Framework for Analyzing Drivers and Determinants

Der Klimawandel – einschließlich seiner möglichen Ursachen und Folgen – ist eines derjenigen Themen, die derzeit am intensivsten und kontroversesten diskutiert werden. Unternehmen in Europa sind heute allerdings weniger durch die direkten Auswirkungen des Klimawandels betroffen als vielmehr durch dessen indirekte Konsequenzen. Hierzu gehören vor allem veränderte Ansprüche seitens ihres betrieblichen Umfeldes. Ziel dieses Beitrags ist es, ein umfassendes theoretisches Rahmenwerk zur Analyse von Treibern, Determinanten und Ergebnissen betrieblicher Klimainnovationen zu entwickeln.

Im Vordergrund steht hierbei die Frage, wie die Wahrnehmung des Klimawandels betriebliche Innovationsprozesse beeinflusst. Zum einen werden die neuen Forderungen berücksichtigt, die seitens betrieblicher Anspruchsgruppen an Unternehmen gestellt werden. Zum anderen werden die Innovationen erfasst, mit denen Unternehmen auf diese Impulse reagieren. Schließlich wird untersucht, welchen externen und internen Determinanten bei diesen Prozessen welche Funktion und Relevanz zukommt.

Wilfried Ehrenfeld: Towards a Theory of Climate Innovation – A Model Framework for Analyzing Drivers and Determinants. IWH-Diskussionspapiere Nr. 1/2012, http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/1-12.pdf.

24. und 25. Mai 2012: 9th Workshop on Money, Banking, and Financial Markets

The Halle Institute for Economic Research (IWH), the Faculty of Business and Economics at the Heinrich-Heine-University Düsseldorf, and the Frankfurt School of Finance and Management jointly organise the 9th Workshop on "Money, Banking, and Financial Markets".

16. und 17. Juli 2012: 4th Halle Workshop on Efficiency and Productivity Analysis (HAWEPA) – Issues in Dynamic Efficiency Analysis

The 4th Halle Workshop on Efficiency and Productivity Analysis will take place at the Leibniz-Institute of Agricultural Development in Central and Eastern Europe (IAMO) on July 16th-17th, 2012. The workshop is organized by IAMO and the Halle Institute for Economic Research (IWH).

Weitere Informationen jeweils unter: www.iwh-halle.de – Veranstaltungen.

Durchgeführte Veranstaltungen:

15. und 16. März 2012: 6. Hallescher Input-Output-Workshop

Am 15. und 16. März 2012 trafen sich Input-Output-Experten aus Forschungseinrichtungen und statistischen Ämtern des deutschsprachigen Raums im IWH und diskutierten über erreichte Fortschritte bei der Erstellung von Input-Output-Tabellen sowie über neue Anwendungen. Das Vortragsspektrum reichte von der wirtschaftshistorischen Betrachtung über methodische und statistische Probleme regionaler Input-Output-Tabellen bis zur Analyse umweltökonomischer Fragestellungen sowie von Wissensverflechtungen.

19. und 20. März 2012: 2nd IWH/INFER-Workshop on Applied Economics and Economic Policy: "Sovereign Debt Crises and the Interaction of Fiscal and Monetary Policy"

Am 19. und 20. März 2012 veranstaltete das IWH gemeinsam mit dem International Network for Economic Research (INFER) bereits zum zweiten Mal den „Workshop on Applied Economics and Economic Policy". Der Workshop zielte vor allem auf die Ableitungen wirtschaftspolitischer Empfehlungen aus makroökonomischen Analysen. Ein besonderer Fokus lag dabei auf der Betrachtung von Staatsschuldenkrisen und der Interaktion von Geld- und Fiskalpolitik, was insbesondere auch durch die Vorträge der Keynote-Redner Andrew Hughes Hallet (George Mason University und Universität St. Andrews) und Peter Lutz (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – BaFin, Leiter der Grundsatzabteilung Bankenaufsicht) zum Ausdruck kam.

Dabei ging Hughes Hallet in seinem Vortrag auf die Nachhaltigkeit von Staatsfinanzen unter der Berücksichtigung optimaler Verschuldungsziele ein. Lutz hingegen beleuchtete in seiner Rede die Implikationen der jüngsten Krise(n) auf die Regulierung von Banken und derer Eigenkapitalanforderungen. Die Teilnehmer des Workshops kamen nicht nur von Universitäten vierer Kontinente, sondern auch von Zentralbanken und Regierungsbehörden.